

COVID-GEOGRAPHIEN

COVID GEOGRAPHIES

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DIE DEMOGRAPHISCHE STRUKTUR ÖSTERREICHS

Alexander WISBAUER, Julia SCHUSTER und Pauline POHL, alle Wien*

*Erste Einreichung / initial submission: 11/2022; revidierte Fassung / revised submission: 12/2022;
endgültige Annahme / final acceptance: 01/2023*

mit 24 Abbildungen und 3 Tabellen im Text

INHALT

<i>Zusammenfassung</i>	10
<i>Summary</i>	10
1 Einleitung	11
2 Statistische Datengrundlagen	12
3 Der Pandemieverlauf in Österreich – eine Chronologie	15
4 Regionale und soziodemographische Unterschiede im Infektionsgeschehen	21
5 Veränderung des Mortalitätsniveaus und der Lebenserwartung während der Pandemie	29
6 Auswirkungen der Pandemie auf die Entwicklung der Geburtenzahlen, das Fertilitätsniveau und den Kinderwunsch	39
7 Auswirkungen der Lockdowns auf das Heirats- und Scheidungsverhalten der Bevölkerung	44
8 Migrationsverhalten in der Pandemie – Internationale Migration und Binnen- wanderung	48

* Mag. Alexander WISBAUER, Julia SCHUSTER PhD und Pauline POHL MSc, alle: Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria), Direktion Bevölkerung, Bereich Demographie und Gesundheit, Guglgasse 13, A-1110 Wien. – E-Mails: alexander.wisbauer@statistik.gv.at, julia.schuster@statistik.gv.at, pauline.pohl@statistik.gv.at.

Besonderer Dank gilt Maria WURSTER MSc (Statistik Austria, Direktion Raumwirtschaft, Regionale Gliederungen und Kartographie) für die Gestaltung der Kartogramme sowie Sabine MITTEREGGER (Statistik Austria, Zentrale Dienste, Layout und Grafik) für die Gestaltung der Grafiken in diesem Beitrag.

9	Die gestiegene Bedeutung von Nebenwohnsitzmeldungen während der Pandemie..	57
10	Fazit.....	66
11	Literaturverzeichnis.....	68

Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung verhängten politischen Maßnahmen beeinflussten die Gesundheit und Lebensgestaltung der Menschen. Basierend auf von der Bundesanstalt Statistik Austria zur Verfügung stehendem Datenmaterial fragt dieser Beitrag nach demographischen Auswirkungen der Pandemiejahre 2020 und 2021 (sowie teilweise darüber hinaus) auf die österreichische Bevölkerungsstruktur. Es zeigt sich, dass die Mortalität in dieser Zeit deutlich angestiegen ist, jedoch im Zeitverlauf nicht nur mit Infektionswellen, sondern auch mit Einsetzen von Maßnahmenbündeln (z. B. Lockdown) variiert hat. Auch bei der Zahl der Geburten gibt es Veränderungen über den Zeitverlauf der Pandemie, die sich durch Unsicherheiten mit Bezug auf Lockdowns, aber auch Impfungen interpretieren lassen. Personen, die während der Pandemiejahre eine Ehe eingehen oder scheiden lassen wollten, waren mit stark eingeschränktem Parteienverkehr sowie Auflagen zur Abhaltung von Feiern konfrontiert, weswegen es zu deutlich weniger Hochzeiten und Scheidungen kam.

Die internationale Migration brach insbesondere im Frühjahr 2020, als die europa- und weltweite Mobilität generell stark eingeschränkt war, deutlich ein, wobei es Unterschiede zwischen Personen verschiedener Staatsangehörigkeiten gab. Dies zeigte sich auch in der Zahl der in Österreich gestellten Asylanträge. Migrationsvorgänge innerhalb Österreichs reduzierten sich während des ersten Lockdowns 2020 stark, alle weiteren Lockdowns hatten weniger Einfluss darauf. Allerdings gab es 2020 und 2021 mehrere Phasen, in denen mehr Personen von städtischen in ländliche Räume umgezogen sind als vor der Pandemie. Auch bei der Zahl der angemeldeten Nebenwohnsitze – die im Kontext von Ausgangsbeschränkungen und Home-Office neue Relevanz erhielten – tat sich einiges: Insgesamt erhöhte sich ihre Anzahl während der Pandemie, allerdings machten sich in vielen Gemeinden auch Abmeldungen von Tourismusarbeitskräften bemerkbar.

Schlagwörter: COVID-19 Pandemie, Demographie von Österreich, demographische Struktur, Mortalität, Fertilität, Eheschließung, Scheidung, Migration, Nebenwohnsitze

Summary

IMPACT OF THE CORONA PANDEMIC ON THE DEMOGRAPHIC STRUCTURE IN AUSTRIA

The COVID-19 pandemic and the policy measures imposed to contain the virus affected people's health and lifestyles. Based on data available to the Federal Agency "Statistics Austria", this paper asks about the impact of the pandemic years 2020 and 2021 (and partly beyond) on the Austrian demographics and population. It shows that mortality in-

creased significantly during this period but varied by waves of infection also with the introduction of different policy measures (e.g., lockdowns). There are also changes in the number of births over the course of the pandemic, which can be interpreted through insecurities related to lockdowns and vaccinations. People who wanted to marry or get divorced during the pandemic years were confronted with closed offices and restrictions on holding celebrations, which is why there were significantly fewer marriages and divorces.

International migration dropped significantly, especially in the spring of 2020, when European and global mobility was severely restricted, with differences between people of different nationalities. This was also reflected in the number of asylum applications filed in Austria. Migrations within Austria were strongly reduced during the first lockdown in 2020, all further lockdowns had less influence on them. However, in 2020 and 2021 there were several phases in which more people moved from urban to rural areas than before the pandemic. The number of registered secondary residences – which took on new relevance in the context of mobility restrictions and the use of home offices – also changed: overall, their number increased during the pandemic, but in many municipalities, deregistrations of seasonal workers were also noticeable.

Keywords: COVID-19 pandemic, demography of Austria, population structure, mortality, fertility, marriages, divorce, migration, secondary residences

1 Einleitung

Als das Coronavirus Ende Februar 2020 erstmals in Österreich nachgewiesen wurde, hatte die globale Ausbreitung von COVID-19 offiziell noch nicht das Ausmaß einer Pandemie erreicht. Diese wurde erst am 11. März 2020 von der Weltgesundheitsorganisation WHO ausgerufen (vgl. ROSNER 2022a). Bereits am Tag zuvor hatte die österreichische Bundesregierung mit der Limitierung der maximal zulässigen Personenanzahl bei Veranstaltungen erste Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens verkündet. Tags darauf, am 12. März 2020, wurde bei der nächsten Pressekonferenz die Umstellung des Präsenzunterrichts an Schulen und Universitäten auf das sogenannte „Distance Learning“ angekündigt und am 13. März 2020 das vorzeitige Ende der Skisaison und die Schließung der Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe für touristische Zwecke beschlossen. Einen Tag später folgte die Ankündigung der Schließung sämtlicher nicht für die Grundversorgung nötiger Geschäfte sowie der Erlass einer allgemeinen Ausgangsbeschränkung, die das Betreten öffentlicher Orte untersagte, sofern kein explizit in der Verordnung genannter Ausnahmegrund (beispielsweise berufliche Gründe oder das Einkaufen in Geschäften zur Grundversorgung) geltend gemacht werden konnte (vgl. IZA 2020). In dieser allerersten Phase der Pandemie war die Bevölkerung sehr plötzlich mit einer völlig neuen Situation konfrontiert und die allerwenigsten hatten damals eine konkrete Vorstellung, was die kommenden Wochen, Monate oder gar Jahre bringen würden.

Ohne Zweifel hat sich seit Februar 2020 vieles verändert. Neben dem individuellen gesundheitlichen Risiko durch das Coronavirus haben insbesondere Einschränkungen im Kindergartenbetrieb sowie monatelanges Distance Learning an Schulen und Universitäten

zusammen mit der Verlagerung zahlreicher beruflicher Tätigkeiten in das „Homeoffice“ das Leben vieler Menschen nachhaltig beeinflusst. Wirtschaftliche Unsicherheit, Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit bei Beschäftigten in von den behördlichen Schließungen betroffenen Betrieben kamen dazu.

Im vorliegenden Beitrag wird daher untersucht, welche Auswirkungen die ersten zweieinhalb Jahre der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Veränderungen des Lebens auf die demographische Lage in Österreich hatten. Welchen Einfluss hatte das Coronavirus auf das Mortalitätsgeschehen im Lauf der Zeit? Wie wirkte die Pandemie auf die Lebenserwartung der Menschen? Wie haben sich das Fertilitätsniveau und der Kinderwunsch seit Beginn der Pandemie verändert? Hatte die Pandemie in Österreich auch Auswirkungen auf das Heirats- und Scheidungsverhalten der Bevölkerung? Verhinderten verschärfte Grenzkontrollen internationale Migration und Asylmigration? Wirkt sich die zunehmende Verlagerung zahlreicher beruflicher Tätigkeiten in das Homeoffice auf das innerösterreichische Wanderungsgeschehen aus? Haben multilokale Wohnformen an Bedeutung gewonnen? Antworten auf diese Fragen liefert der vorliegende Beitrag.

2 Statistische Datengrundlagen

Bevor dieser Artikel im Detail auf die Auswirkungen der Pandemie auf Österreichs demographische Entwicklung eingeht, zeichnet Kapitel 3 das Pandemiegeschehen in Österreich vom Auftreten der ersten bestätigten Infektion mit dem neuartigen Coronavirus bis zum Sommer 2022 anhand der Informationen aus dem Epidemiologischen Meldesystem (EMS) nach. Die dafür benötigten Daten erhielt die Bundesanstalt Statistik Austria zwischen September 2021 und September 2022 auf Grundlage des Epidemiegesetzes, um beauftragte Auswertungen¹⁾ über den COVID-19 Geimpf- und Genesungsstatus der österreichischen Bevölkerung sowie bestimmter Berufs- und Personengruppen erstellen zu können. In diesem Zeitraum gab es sowohl monatliche, stichtagsbezogene Datenlieferungen aus dem Nationalen Impfreister Österreichs,²⁾ die alle in Österreich gegen COVID-19 geimpften Personen umfassten, als auch vom Gesundheitsministerium monatlich gelieferte Daten des Epidemiologischen Meldesystems (EMS), in denen personenbezogene Informationen über in Österreich gemeldete COVID-19 Fälle enthalten waren. Diese beiden Datenquellen konnten unter anderem mit Daten der Registerbasierten Erwerbsverläufe und des Bildungsstandregisters sowie mit den Daten zum Bevölkerungsstand verknüpft werden, um sozio-demographische Informationen etwa über Erwerbsstatus, Bildungsstand oder Haushaltskomposition zu erhalten. Die entsprechenden Ergebnisse werden in Kapitel 4 analysiert.

Zu beachten ist hierbei, dass die Daten des EMS über positiv bestätigte Coronavirus-Infektionen kein vollständiges Bild des tatsächlichen Infektionsgeschehens ermöglichen, da über den gesamten Verlauf der Pandemie eine gewisse Dunkelziffer an nicht erfassten

¹⁾ Auftraggeber waren das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie das Bundesministerium für Inneres.

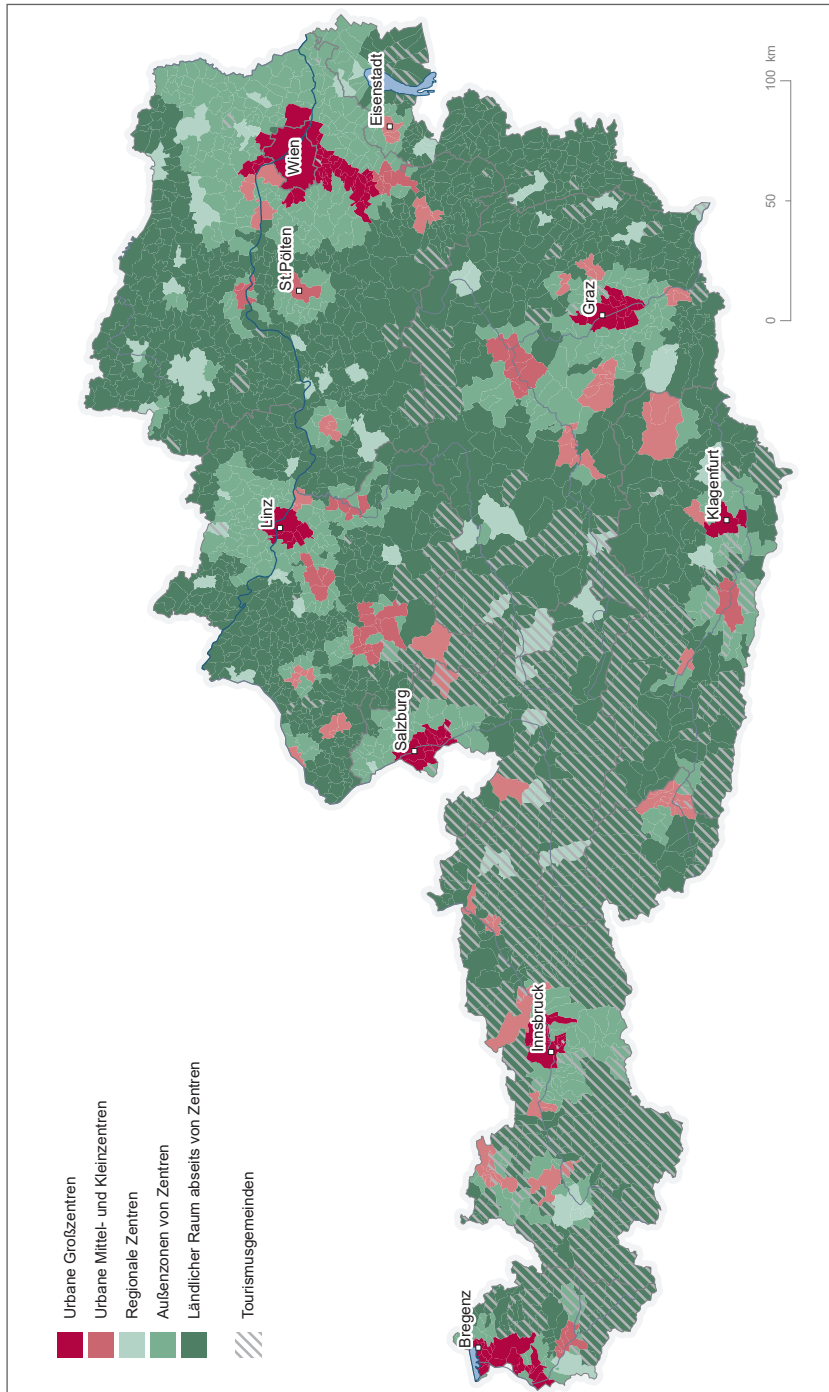
²⁾ Das Nationale Impfreister ist Teil der elektronischen Gesundheitsakte (ELGA).

Infektionsfällen angenommen werden muss. Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben: Einerseits dürften symptomlose bzw. nur sehr schwach-symptomatische Krankheitsverläufe dazu geführt haben, dass Infektionen unerkannt blieben. Andererseits ist davon auszugehen, dass manche Personen auch bei symptomatischen Krankheitsverläufen trotz Verdacht auf eine Infektion mit dem Coronavirus das Durchführen eines amtlichen PCR-Tests bewusst unterlassen haben, sei es, weil eine Testung mittels Nasen-Rachen-Abstrich als unangenehm oder das Aufsuchen einer Teststation insbesondere im ländlichen Raum als mühsam und aufwändig empfunden wurde oder sei es, weil die mit einem positiven Testergebnis verbundene Ausstellung eines Absonderungsbescheides³⁾ vermieden werden wollte. Die verschiedenen zeitlichen Phasen der COVID-19-Maßnahmen in Österreich haben sicherlich auch beeinflusst, wie oft sich Personen individuell testen ließen. In jenen Phasen, in denen ein negatives Testergebnis für die Teilnahme am Präsenzunterricht in Schulen vorgewiesen werden musste, um den Arbeitsplatz betreten zu dürfen oder Restaurants besuchen zu können, wurden höchstwahrscheinlich mehr Infektionen erfasst als in der Anfangsphase der Pandemie, als Tests generell nur in geringem Umfang verfügbar waren, oder auch als in späteren Phasen die Testkapazitäten wieder reduziert wurden und das Erbringen eines negativen Coronavirus-Tests als Eintrittsnachweis nicht mehr notwendig war.

Die von Statistik Austria und der Medizinischen Universität Wien im Zeitraum vom 12. bis 14. November 2020 durchgeführte COVID-19 Prävalenz-Studie ergab, dass weniger als die Hälfte der nachgewiesenen Infektionen mit SARS-CoV-2 auch behördlich bekannt waren. Die im Rahmen einer Zufallsstichprobe aus allen in Privathaushalten in Österreich lebenden Personen ab 16 Jahren gezogenen Studienteilnehmer/innen wurden sowohl mittels PCR-Test auf eine aktive Infektion als auch mittels serologischer Analyse von Blutproben auf Antikörper gegen SARS-CoV-2, also eine in der Vergangenheit bereits durchgemachte Infektion mit dem Coronavirus, untersucht. Ein Abgleich der Ergebnisse mit den Einträgen im epidemiologischen Meldesystem ergab, dass 53 Prozent der zum Studienzeitpunkt aktiven Infektionen sowie 61 Prozent der weiter zurückliegenden Infektionen zwischen Pandemiebeginn und etwa Mitte/Ende Oktober behördlich nicht bekannt waren (Statistik Austria und Medizinische Universität Wien 2021, S. 36, 40).

Die in den Kapiteln 5 bis 9 präsentierten Auswertungen basieren im Wesentlichen auf den amtlichen Bevölkerungsstatistiken in Österreich, die von Statistik Austria erstellt werden. Für die quartalsweise Statistik des Bevölkerungsstandes sowie die Wanderungsstatistik dienen die Wohnsitzmeldungen im Zentralen Melderegister als Datengrundlage (vgl. Statistik Austria 2023a; Statistik Austria 2023b). Die Statistiken über Geborene, Gestorbene sowie Eheschließungen und Begründungen von eingetragenen Partner/innen/schaften werden auf Basis der von den Standesämtern in das Zentrale Personenstandsregister eingetragenen Meldungen erstellt (vgl. Statistik Austria 2022a). Für die Statistiken zu Scheidungen und Auflösungen von eingetragenen Partner/innen/schaften werden die

³⁾ Bis 31. Juli 2022 erhielten alle positiv auf SARS-CoV-2 getestete Personen von der zuständigen Gesundheitsbehörde einen Absonderungsbescheid, der ihnen für einen bestimmten Zeitraum untersagte, den eigenen Wohnbereich zu verlassen. Die Absonderung dauerte anfangs 14 Tage, wurde dann später mehrmals verkürzt, unter anderem mit der Option, sich mit einem negativen PCR-Test „freizutesten“.



Quelle: Statistik Austria, Urban-Rural-Typologie. Eigener Entwurf

Abb. 1: Gliederung der österreichischen Gemeinden in fünf zusammengefasste Urban-Rural-Typen sowie nach der Bedeutung des Tourismus in Tourismusemieden

Meldungen der Bezirksgerichte an Statistik Austria herangezogen (vgl. Statistik Austria 2022b).

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags lagen für alle diese Statistiken endgültige Ergebnisse bis zum Berichtsjahr 2021 sowie vielfach vorläufige Ergebnisse für das erste Halbjahr 2022, teilweise auch bereits für das dritte Quartal 2022, vor. Der Betrachtungszeitraum umfasst somit im Wesentlichen die Zeitspanne vom 1. Jänner 2020 bis zur Jahresmitte 2022.

Regional differenzierte Auswertungen erfolgen in diesem Beitrag einerseits auf Basis der administrativen Gliederung Österreichs in Bundesländer, politische Bezirke und Gemeinden, andererseits aber auch auf Basis der von Statistik Austria entwickelten „Urban-Rural-Typologie“. Letztere ist eine Erweiterung der früheren Definition von Stadtregionen (letztmals im Anschluss an die Volkszählung 2001 erstellt), unter anderem mit dem Ziel einer genaueren Unterscheidung des ländlichen Raums, der nun nicht mehr bloß als Komplementärmenge zur Menge der Stadtregionen begriffen werden sollte.

Die Urban-Rural-Typologie unterscheidet zunächst dichotom zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden. Die städtischen Gemeinden sind dabei identisch mit den Gemeinden in den Kernzonen der neuen Stadtregionen. Bei den ländlichen Gemeinden wird auf einer Zwischenebene weiter unterschieden zwischen regionalen Zentren, ländlichem Raum im Umland von Zentren und ländlichem Raum (abseits von Zentren). Schließlich werden die Stadtregionen unterschieden in urbane Groß-, Mittel- und Kleinzentren und der ländliche Raum (ausgenommen regionale Zentren) jeweils in zentrale, intermediär und peripher gelegene Gemeinden gegliedert.

Es ergeben sich somit insgesamt elf unterschiedliche Ausprägungen im Rahmen der Urban-Rural-Typologie. Darüber hinaus kann auch noch die Bedeutung des Tourismus für die einzelnen Gemeinden als Zusatzkriterium berücksichtigt werden, was eine Erweiterung auf bis zu 22 verschiedene Gemeindetypen (vgl. Statistik Austria 2021), von denen derzeit jedoch nur 20 tatsächlich vorkommen, zur Folge hätte. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der statistischen Belastbarkeit der Ergebnisse werden die Gemeindetypen der originalen Urban-Rural-Typologie für Zwecke dieses Beitrags hauptsächlich zu fünf Kategorien zusammengefasst (siehe Abb. 1): Innerhalb des städtischen Raumtyps wird zwischen urbanen Großzentren und urbanen Mittel- und Kleinzentren unterschieden. Innerhalb des ländlichen Raumtyps erfolgt die Differenzierung zwischen regionalen Zentren, Außenzonen von Zentren und dem ländlichen Raum abseits von Zentren (vgl. WISBAUER und KLOTZ 2019).

3 Der Pandemieverlauf in Österreich – Eine Chronologie

Das Jahr 2020 – von der Anfangsphase bis zur ersten großen Herbstwelle

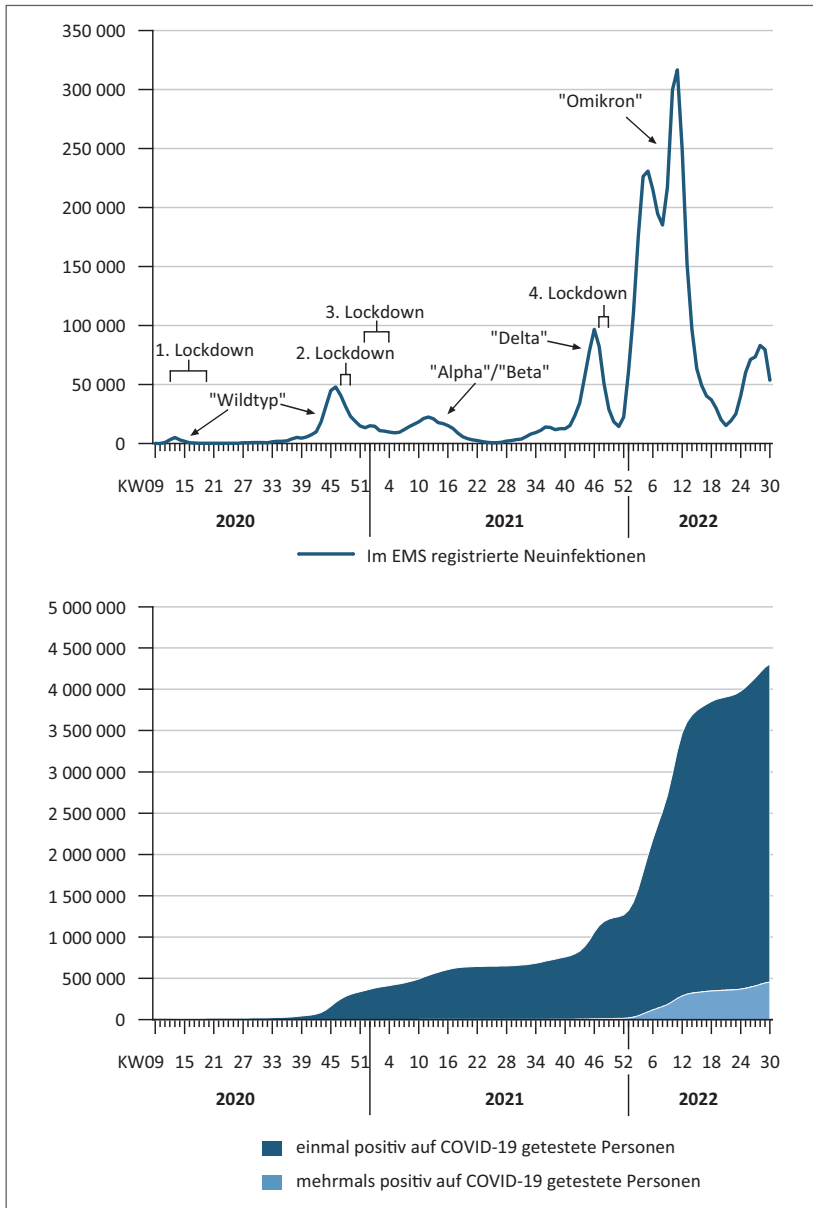
Wie lässt sich also der Verlauf der Pandemie in Österreich (vgl. u. a. Kurier 2020; Die Presse 2021; Kleine Zeitung 2021; Wiener Zeitung 2022) anhand der verfügbaren Daten nachzeichnen? In den Daten des epidemiologischen Meldesystems (EMS) des Gesundheitsministeriums wurden in der 9. Kalenderwoche 2020 die ersten 12 Infektionsfälle mit

dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 eingetragen, der erste Fall wurde mit 26. Februar 2020 datiert. In den darauffolgenden Wochen stieg die Anzahl der Neuinfektionen – ausgehend von diesem noch sehr niedrigen absoluten Niveau – relativ rasant an. In der 10. Kalenderwoche gab es 114 Infektionsfälle und in der Woche darauf bereits 873. Am 16. März 2020, also mit Beginn der 12. Kalenderwoche, in der insgesamt 3.078 Neuinfektionen registriert wurden, trat bereits der erste bundesweite Lockdown in Kraft.

Die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus zeigten mit kurzer Verzögerung ihre Wirkung: In der 13. Kalenderwoche erhöhte sich die Zahl der Infektionen noch ein vorerst letztes Mal auf 5.209, ehe sich ab der 14. Kalenderwoche mit 3.059 Neuinfektionen bereits ein Abwärtstrend bemerkbar machte. In der darauffolgenden Karwoche sank die Zahl der Infektionen auf 1.838. Nach Ostern, in der 16. Kalenderwoche 2020, öffneten kleinere Geschäfte, die Bau- und Gartenmärkte sowie auch die zuvor versperrt gebliebenen Bundesgärten wieder ihre Pforten. Gleichzeitig wurden 685 Neuinfektionen registriert, wobei das Niveau auch in den kommenden Wochen dreistellig blieb und bis zu den nächsten Öffnungsschritten in der ersten Mai-Woche, als alle Geschäfte wieder aufsperrten konnten und auch die zuvor bestehenden Ausgangsbeschränkungen ausliefen, auf 312 weiter zurückging. Mitte Mai kehrten die Schüler/innen wieder in den Präsenzunterricht zurück und auch Gastronomiebetriebe durften wieder Gäste bewirten, ab Ende Mai konnten auch Beherbergungsbetriebe sowie Fitnessstudios und Bäder wieder ihren Betrieb aufnehmen. Auf die Entwicklung der Infektionszahlen hatten diese etappenweisen Öffnungsschritte nach dem ersten bundesweiten Lockdown keine gravierenden Auswirkungen. In der 24. Kalenderwoche (vom 8. bis 14. Juni 2020) wurden nur 172 Neuinfektionen mit dem Coronavirus registriert, so wenige Fälle gab es seither bis zum Ende des Untersuchungszeitraums zur Jahresmitte 2022 nie wieder.

Bis Ende Juni 2020 infizierten sich österreichweit insgesamt 17.813 Personen nachweislich mit dem Coronavirus. Damit hatten 0,2 Prozent der Bevölkerung zum Stichtag 1. Juli 2020 bereits bestätigten Kontakt mit dem Virus gehabt. Im Lauf des Juli 2020 begannen die Infektionszahlen wieder allmählich anzusteigen, sie blieben aber in jeder einzelnen Kalenderwoche noch auf dreistelligem Niveau, letztmalig in der 32. Kalenderwoche 2020 (vom 3. bis 9. August 2020), als 720 Neuinfektionen registriert wurden. In der 33. Kalenderwoche waren es bereits 1.462 Infektionen bei weiter steigender Tendenz, sodass im September zu Schulbeginn in Ost-Österreich (37. Kalenderwoche) bereits 4.002 Infektionsfälle auftraten. In der darauffolgenden Kalenderwoche, der ersten Schulwoche in West-Österreich, wurde mit 5.229 Neuinfektionen innerhalb einer Woche der bisherige Höchstwert aus der ersten Infektionswelle vom März 2020 überschritten. Bis Ende September 2020 wurde österreichweit bei 45.902 Personen eine Infektion mit dem Coronavirus nachgewiesen. 0,5 Prozent der Bevölkerung zum Stichtag 1. Oktober 2020 waren somit bereits einmal von einer Infektion betroffen, 6 Personen hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt sogar bereits zweimal infiziert.

Im vierten Quartal des Jahres 2020 beschleunigte sich das Infektionsgeschehen in Österreich rasant (siehe Abb. 2). In der 42. Kalenderwoche (vom 12. bis 18. Oktober 2020) lag die Zahl der Neuinfektionen mit 9.927 letztmals in diesem Jahr unter der 10.000er-Schwelle. Bereits in der darauffolgenden Woche wurden mit 18.363 Neuinfizierten fast doppelt so viele Fälle verzeichnet. In der letzten Oktober-Woche erhöhte sich die Zahl der



Datenquelle: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), Epidemiologisches Meldesystem (EMS). Eigener Entwurf

Abb. 2: Wöchentliche Neuinfektionen mit SARS-CoV-2 sowie kumulative Entwicklung der Anzahl jemals positiv auf COVID-19 getesteter Personen in Österreich von Anfang 2020 bis Mitte 2022

Infektionsfälle auf 31.784. Um die rasche Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, trat mit 3. November 2020 ein sogenannter „Lockdown light“ in Kraft, der für nächtliche Ausgangsbeschränkungen, Betriebsschließungen im Hotel- und Gastgewerbe sowie eine Umstellung der AHS-Oberstufe und der berufsbildenden Schulen auf Distance-Learning sorgte.

Da die Infektionszahlen trotzdem weiter stiegen – in der 46. Kalenderwoche vom 9. bis 15. November 2020 wurde mit 48.073 Neuinfektionen innerhalb nur einer Woche ein neuer Rekord verzeichnet – verkündete die Bundesregierung einen zweiten harten Lockdown ab 17. November 2020 für die Dauer von drei Wochen, in dem es abermals zu Fernunterricht für alle Schulstufen, geschlossenen Geschäften, deren Warensortiment nicht zur Deckung der Grundbedürfnisse des täglichen Lebens benötigt wurde, sowie zu ganztägigen Ausgangsbeschränkungen kam. Bis zur letzten Woche dieses harten Lockdowns halbierte sich die Zahl der Neuinfektionen auf 23.168 – und das, obwohl in dieser Woche erstmals österreichweite Massentests angeboten wurden, an denen sich ungefähr 2 Millionen Menschen beteiligten. Zwischen 7. und 25. Dezember 2020, also in der unmittelbaren Vorweihnachtszeit und zu Weihnachten selbst, galten in Österreich im Wesentlichen wieder die Regelungen des bereits zuvor beschriebenen „Lockdown light“. Am zweiten Weihnachtsfeiertag begann dann aber, nicht zuletzt, weil inzwischen die neue Alpha-Variante des Coronavirus dominant wurde, bereits der dritte harte Lockdown.

Die Zahlen der wöchentlichen Neuinfektionen zeigten bis zur 52. Kalenderwoche des Jahres 2020 (vom 21. bis 27. Dezember 2020) einen weiteren Rückgang auf insgesamt 13.521 Fälle. In der Woche nach Weihnachten (53. Kalenderwoche vom 28. Dezember 2020 bis 3. Jänner 2021) gab es hingegen wieder einen leichten Anstieg (14.998 Infektionen). Bis zum Jahresende 2020 haben sich österreichweit 362.112 Personen mit dem Coronavirus infiziert, 102 von ihnen sogar zweimal. Bis zum Stichtag 1. Jänner 2021 hatten 3,8 Prozent der Bevölkerung eine nachgewiesene Infektion durchgemacht.

Das erste Halbjahr 2021 – Die Alpha-Variante dominiert das Infektionsgeschehen

In den ersten fünf Wochen des Jahres 2021 reduzierte sich die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen von Woche zu Woche und erreichte im Zeitraum vom 1. bis 7. Februar 2021 (5. Kalenderwoche 2021) mit 9.192 Fällen ein vorübergehendes Minimum. Gegen Ende dieser Woche endete auch der dritte harte Lockdown in Österreich, der abermals durch einen Lockdown light abgelöst wurde, da zunächst nur Geschäfte aufsperrten konnten und an Schulen wieder Präsenzunterricht – in höheren Schulstufen jedoch nur in einem alternierenden zwei Gruppen-Schichtbetrieb – abgehalten wurde sowie die Ausgangsbeschränkungen auf die Nachtstunden reduziert wurden. Die Zahl der Neuinfektionen stieg in den folgenden Wochen wieder merkbar an und lag in der zweiten März-Hälfte auf einem Niveau von mehr als 20.000 wöchentlichen Infektionen. Der Höhepunkt der Infektionswelle im ersten Halbjahr 2021 wurde mit 22.504 Fällen in der 12. Kalenderwoche (vom 22. bis 28. März 2021) registriert.

Aufgrund der im Frühjahr 2021 regional relativ unterschiedlichen Entwicklung des Pandemieverlaufs traten erstmals auch auf Bundesland-Ebene unterschiedliche gesetz-

liche Regelungen in Kraft: Während in Vorarlberg bereits ab 15. März 2021 die Gastronomiebetriebe für negativ auf das Coronavirus getestete Personen aufsperrten durften, wurden kurz darauf die Maßnahmen im Osten Österreichs abermals verschärft. Ab Gründonnerstag, dem 1. April 2021 trat in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland die sogenannte „Osterruhe“ in Kraft, bei der es sich jedoch im Wesentlichen um eine nur anders benannte Form eines harten Lockdowns handelte. Im Burgenland endete die „Osterruhe“ nach zweieinhalb Wochen mit 19. April 2021, während sie in Wien und Niederösterreich noch weitere zwei Wochen bis zum 2. Mai 2021 andauerte.

Die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen reduzierte sich jedenfalls seit Ende März markant und lag Anfang Mai in der 18. Kalenderwoche (vom 3. bis 9. Mai 2021) mit 8.931 Infektionen erstmals seit elf Wochen wieder unterhalb der 10.000er-Schwelle. Innerhalb von nur zwei Wochen, bis zur 20. Kalenderwoche (vom 17. bis 23. Mai 2021) halbierte sich die Zahl wöchentlicher Neuinfektionen auf 4.187 Fälle. In dieser Woche traten auch bundesweit umfangreiche Öffnungsschritte in Kraft, die unter anderem dafür sorgten, dass Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe wieder aufsperrten und Schulunterricht wieder zur Gänze in Präsenz abgehalten werden konnte. Gleichzeitig wurde für den Besuch von Veranstaltungen und Freizeiteinrichtungen sowie der Gastronomie- und Hotellerie die sogenannte „3G-Regel“ eingeführt, die den Zutritt nur für geimpfte, genesene oder getestete Personen ermöglichte. Bis Ende Juni ging die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen weiter deutlich zurück. In der 25. und 26. Kalenderwoche (21. bis 27. Juni bzw. 28. Juni bis 4. Juli 2021) wurden mit 684 bzw. 633 Infektionen so wenige Fälle wie seit knapp einem Jahr nicht mehr verzeichnet.

In Summe haben sich österreichweit bis zum 30. Juni 2021 insgesamt 647.191 Personen nachweislich mit dem Coronavirus infiziert, darunter 1.297 Personen sogar mehrfach. Damit hatten 6,8 Prozent der Bevölkerung zum Stichtag 1. Juli 2021 bereits Kontakt mit dem Virus gehabt.

Das zweite Halbjahr 2021 – Die Delta-Variante breitet sich aus

Seit Anfang Juli 2021 dominierte wieder eine neue Virusvariante, diesmal mit der Bezeichnung „Delta“, das Infektionsgeschehen in Österreich. Im Juli und August 2021 stieg die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen kontinuierlich an und überschritt in der 35. Kalenderwoche (vom 30. August bis 5. September 2021) mit 11.257 Fällen bereits wieder die 10.000er-Marke, die bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Sommer 2022 auch nicht mehr unterschritten wurde. Nach einem weiteren Anstieg der Infektionsfälle auf 14.059 in der darauffolgenden 36. Kalenderwoche sorgten vermutlich Verschärfungen bei der FFP2-Maskenpflicht, die ab 15. September in Kraft traten, für einen leichten Rückgang und eine darauffolgende Stagnation der Infektionsfälle bis zur ersten Oktoberhälfte.

Danach erhöhte sich die Zahl der wöchentlichen Neuinfektionen von 15.264 in der 41. Kalenderwoche (11. bis 17. Oktober 2022) innerhalb von nur fünf Wochen schlagartig auf 96.743 in der 46. Kalenderwoche (15. bis 21. November 2022). Um die rasante Ausbreitung des Coronavirus in den Griff zu bekommen, verfügte die Bundesregierung ab 22. November für die Dauer von drei Wochen abermals einen allgemeinen und bun-

desweiten Lockdown, der sich von den vorangegangenen Lockdowns lediglich durch die Beibehaltung des Präsenzunterrichts an Schulen unterschied. Die Infektionszahlen gingen daraufhin deutlich zurück: Sie lagen nach Beendigung des Lockdowns in der 50. Kalenderwoche 2021 (vom 13. bis 19. Dezember 2021) bei 18.677 Fällen und erreichten in der darauffolgenden 51. Kalenderwoche mit 14.384 Neuinfektionen eine vorübergehende Talsohle (siehe Abb. 2).

Bis zum Ende des Jahres 2021 hatten sich österreichweit 1.262.603 Menschen mit dem Coronavirus nachweislich infiziert, knapp die Hälfte davon (48,7 Prozent) im zweiten Halbjahr 2021. Bei insgesamt 14.293 Personen wurden bis Jahresende 2021 in den Daten des epidemiologischen Meldesystems Reinfektionen erfasst, bei 88 Personen wurden sogar jeweils drei Infektionsereignisse dokumentiert. Zum Stichtag 1. Jänner 2022 lag der Anteil bereits infizierter Personen an der Gesamtbevölkerung bei 13,4 Prozent und war damit beinahe doppelt so hoch wie noch vor einem halben Jahr (6,8 Prozent am 1. Juli 2021).

Im Rahmen einer im Dezember 2021 durchgeführten Seroprävalenzstudie wurden stichprobenhaft Blutproben von zuvor weder jemals positiv getesteten noch gegen das Coronavirus geimpften Personen auf Antikörper untersucht. Darauf aufbauende Schätzungen besagten, dass zum Zeitpunkt der Erhebung etwa jede fünfte nicht geimpfte und nicht behördlich als genesen bekannte Person unbemerkt eine SARS-CoV-2-Infektion durchgemacht hatte. In absoluten Zahlen wären dies etwa 394.000 Personen, deren Infektion mit dem Coronavirus keinen Eintrag in den offiziellen Daten des epidemiologischen Melderegisters gefunden hat (Statistik Austria und Medizinische Universität Wien 2022, S. 9).

Das Jahr 2022 – Die Omikron-Variante bestimmt das Infektionsgeschehen

Mit Beginn des Jahres 2022 brachte die zu diesem Zeitpunkt gerade dominant gewordene Omikron-Variante des Coronavirus eine völlig neue Dynamik in das Infektionsgeschehen. Ausgehend von 22.444 Neuinfektionen in der 52. Kalenderwoche 2021 (vom 27. Dezember 2021 bis 2. Jänner 2022) kam es innerhalb von nur vier Wochen zu einer Verzehnfachung der Infektionszahlen. In der 4. Kalenderwoche 2022 (24. bis 30. Jänner 2022) wurden 226.384 Infektionen registriert, in der Woche darauf wurde mit 231.002 Fällen ein vorübergehender Höchststand erreicht, ehe es drei Wochen lang zu einem geringfügigen Rückgang auf 185.261 Infektionen in der 8. Kalenderwoche 2022 (21. bis 27. Februar 2022) kam.

Im März folgte bereits ein zweiter Gipfel der Omikron-Welle, der mit insgesamt 316.784 Infektionen in der 11. Kalenderwoche 2022 (14. bis 20. März 2022) seinen Höhepunkt erreichte (siehe Abb. 2). Alleine in dieser einen Woche haben sich gut 3,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit dem Virus infiziert, im gesamten ersten Quartal 2022 waren es rund 28,8 Prozent. Bis Ende März 2022 wurde bei insgesamt 3.565.677 Menschen in Österreich eine Infektion mit dem Coronavirus nachgewiesen, darunter bei 302.387 Personen sogar bereits mehrfach. Mit Stichtag 1. April 2022 hatten somit etwa 38,2 Prozent der Bevölkerung nachweislich eine Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht.

Im zweiten Quartal 2022 bremste sich das Infektionsgeschehen relativ schnell ein. Bereits Anfang April, in der 14. Kalenderwoche 2022 (4. bis 10. April 2022), wurde mit 96.864 Neuinfektionen die 100.000er-Schwelle unterschritten und zwei Wochen später gab es bereits weniger als 50.000 Infektionsfälle. In der 21. Kalenderwoche (23. bis 29. Mai 2022) wurde schließlich mit 15.192 Neuinfektionen eine Talsohle erreicht. In den darauffolgenden Wochen stieg die Zahl der positiv auf das Coronavirus getesteten Menschen in Österreich wieder deutlich an. Zur Jahresmitte, in der 26. Kalenderwoche (vom 27. Juni bis 3. Juli 2022) lag die Zahl der Neuinfektionen bei 71.222.

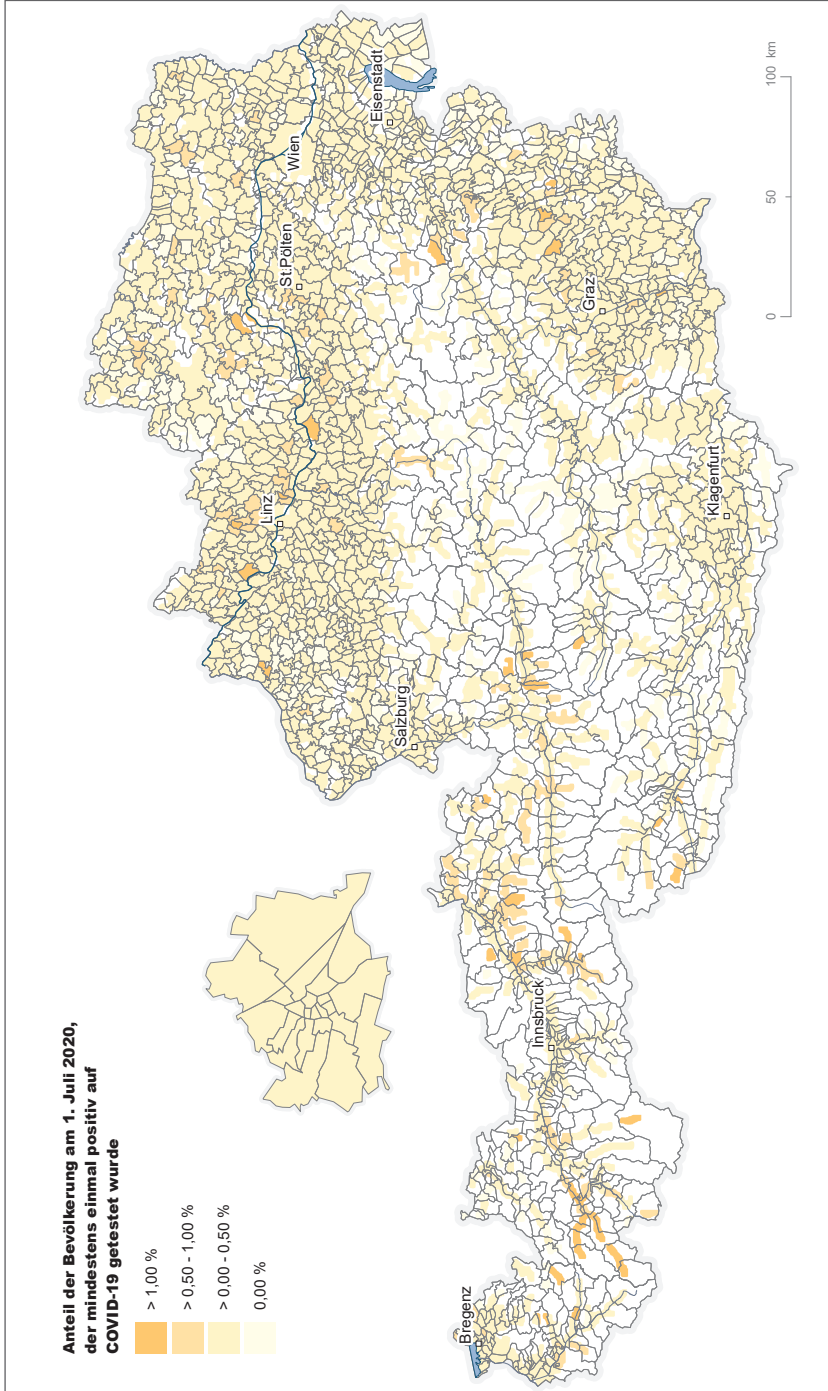
Bis Ende Juni 2022 haben sich insgesamt 4.060.792 Menschen in Österreich nachweislich mit dem Coronavirus infiziert. Bei 390.032 Personen wurden im Laufe der Zeit sogar mehrfache Infektionen festgestellt, meistens waren es zwei Infektionen, 9.555 Personen haben sich jedoch dreimal und weitere 93 Personen viermal infiziert. Betrachtet man den Bevölkerungsstand zum 1. Juli 2022, so lag der Anteil der jemals mit dem Coronavirus nachweislich infizierten Personen bundesweit bei 43,3 Prozent.

4 Regionale und soziodemographische Unterschiede im Infektionsgeschehen

Regionale Unterschiede

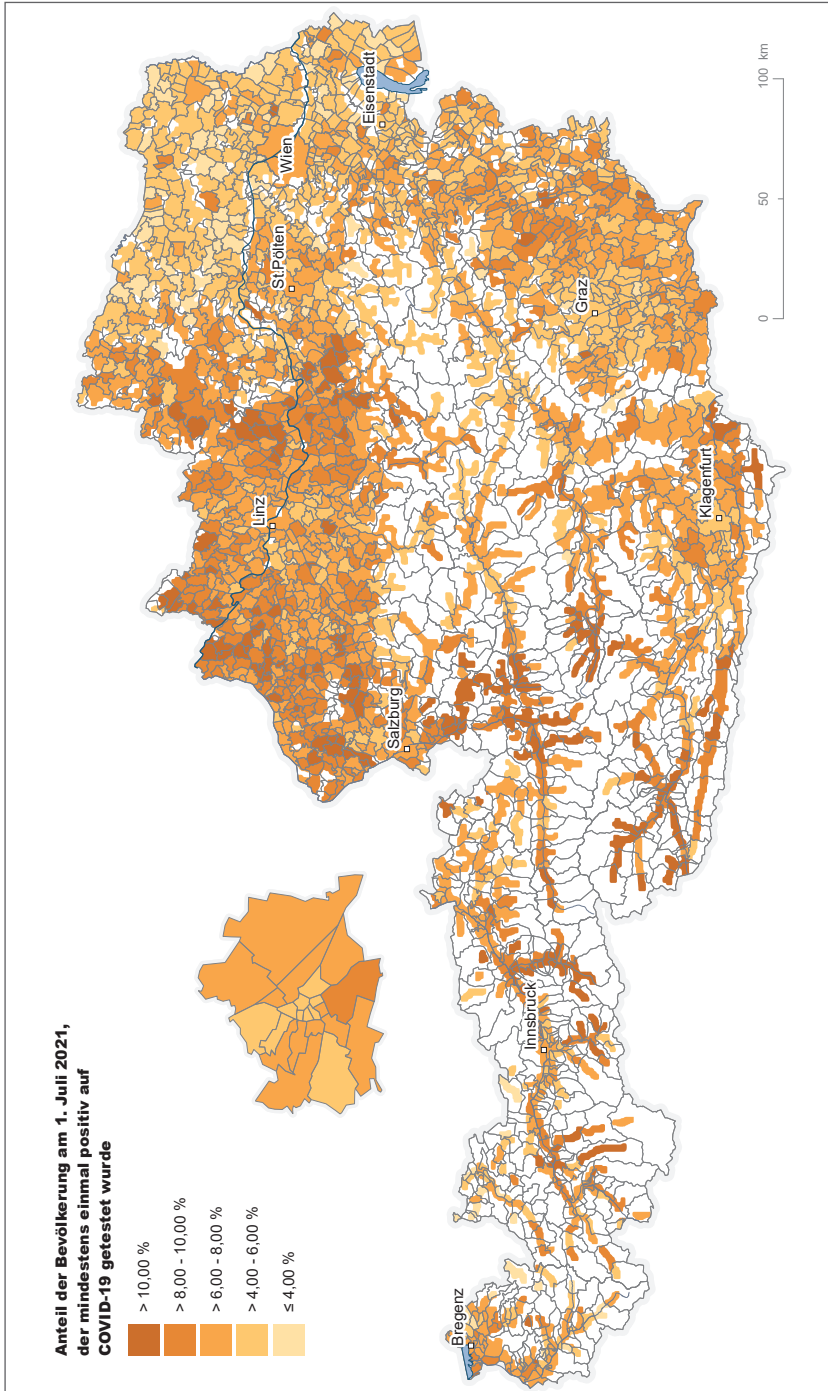
Das Infektionsgeschehen betraf sowohl die einzelnen Regionen Österreichs als auch verschiedene Bevölkerungsteilgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. In der Anfangsphase der Pandemie war nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung direkt von einer Infektion betroffen. Bis Ende Juni 2020 hatten bundesweit lediglich 0,2 Prozent der Bevölkerung bereits Kontakt mit dem Virus gehabt. Regional gab es allerdings durchaus erhebliche Unterschiede (siehe Abb. 3). Insbesondere in jenen Tiroler Wintersportorten, die bereits im März 2020 wegen einiger „Superspreader“-Ereignisse in Après-Ski-Lokalen in den Schlagzeilen waren (vgl. AL-SERORI 2020), lag der Anteil bereits infizierter Personen auf besonders hohem Niveau: In der Gemeinde Ischgl hatten sich bis zum 1. Juli 2020 bereits 7,8 Prozent der Bevölkerung mit dem Coronavirus infiziert, in Sankt Anton am Arlberg waren es 7,3 Prozent. Galtür, die im oberen Paznauntal gelegene Nachbargemeinde von Ischgl, belegte mit einem Anteil von 4,7 Prozent den dritten Platz unter den Gemeinden mit dem höchsten Bevölkerungsanteil an bereits Infizierten. Es gab zum Stichtag 1. Juli 2020 österreichweit aber auch 494 Gemeinden, in denen noch niemand aus der Bevölkerung positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Größtenteils handelte es sich zwar um kleinere Gemeinden in der Osthälfte des Landes, aber auch die beiden Bezirkshauptstädte Gmünd in Niederösterreich und Liezen in der Steiermark sowie die Statutarstadt Rust im Burgenland zählten damals zu diesen Gemeinden.

Ein Jahr später, zum Stichtag 1. Juli 2021, lag der Anteil der Bevölkerung mit bereits durchgemachter Infektion bundesweit bei 6,8 Prozent. Bei regionaler Differenzierung (siehe Abb. 4) ergaben sich jedoch abermals markante Unterschiede. Insbesondere im Zillertal, in Osttirol sowie im Lungau, Pongau und Tennengau zeigen sich flächendeckend zusammenhängende Gebiete von Gemeinden mit überdurchschnittlich hohem



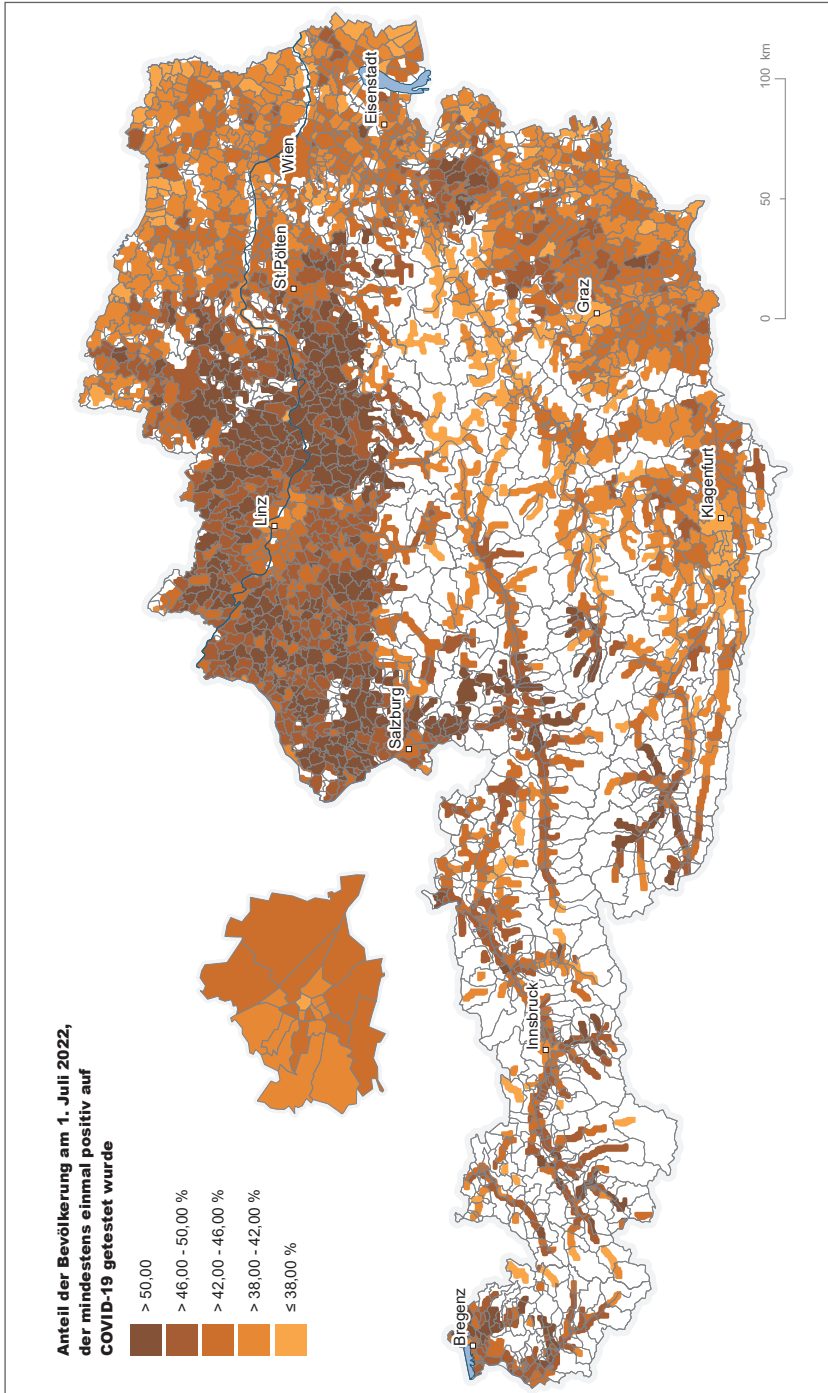
Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS). Eigener Entwurf

Abb. 3: Anteil der Bevölkerung, die bis zum 1. Juli 2020 mindestens einmal positiv auf COVID-19 getestet wurde, differenziert nach Gemeinden



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS). Eigener Entwurf

Abb. 4: Anteil der Bevölkerung, die bis zum 1. Juli 2021 mindestens einmal positiv auf COVID-19 getestet wurde, differenziert nach Gemeinden



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS). Eigener Entwurf
Abb. 5: Anteil der Bevölkerung, die bis zum 1. Juli 2022 mindestens einmal positiv auf COVID-19 getestet wurde, differenziert nach Gemeinden

Bevölkerungsanteil an bereits Infizierten. Auch in weiten Teilen Oberösterreichs sowie im westlichen Wald- und Mostviertel Niederösterreichs lag der Anteil infizierter Personen meist über dem Bundesdurchschnitt. Unterdurchschnittliche Anteile gab es hingegen im östlichen Teil Niederösterreichs, weiten Teilen der Steiermark und des Burgenlands. Dort gab es mit Tschanigraben im Bezirk Güssing auch die einzige Gemeinde Österreichs, in der zum Stichtag 1. Juli 2021 niemand wohnte, der sich zuvor nachweislich mit dem Coronavirus infiziert hatte. Das andere Extrembeispiel war die Gemeinde Gerlosberg im Zillertal, in der bereits rund ein Fünftel der Bevölkerung (19,5 Prozent) positiv auf das Coronavirus getestet wurde.

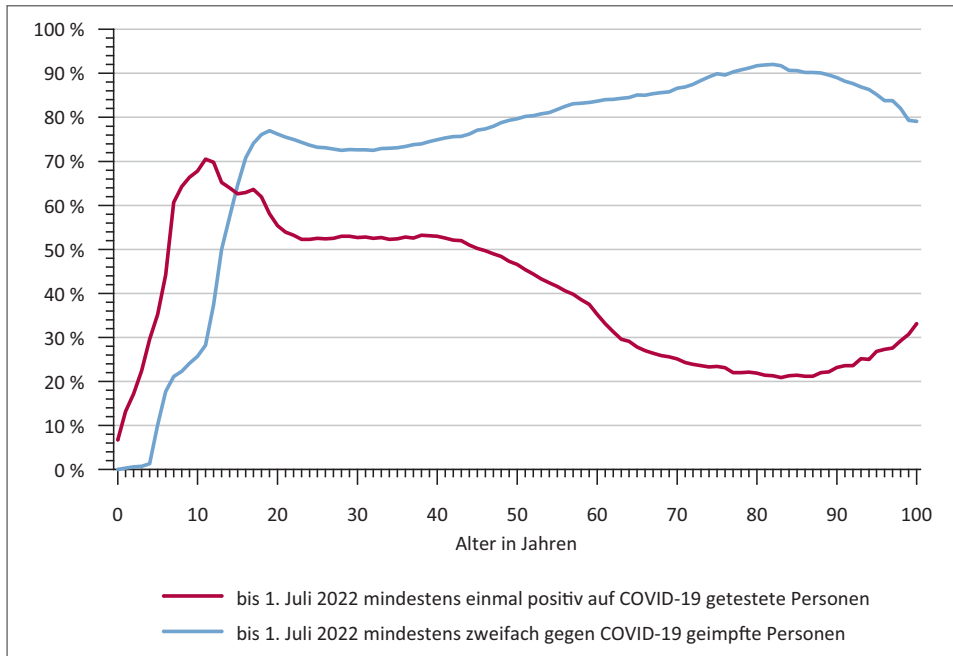
Bis Ende Juni 2022 stieg der Anteil jemals nachweislich mit dem Coronavirus infizierter Personen bundesweit auf 43,3 Prozent. Auf Gemeindeebene (siehe Abb. 5) lag die Spannweite des Anteils zwischen 23,2 Prozent in der Tiroler Exklave Jungholz im Bezirk Reutte und 62,8 Prozent in der im niederösterreichischen Mostviertel gelegenen Gemeinde Kirnberg an der Mank. Generell fällt auf, dass vor allem im Norden und Osten Niederösterreichs, in weiten Teilen des Burgenlands, Kärntens und der Steiermark, und hier insbesondere im Mürztal, die Anteile der mit dem Coronavirus nachweislich in Kontakt gekommenen Bevölkerung unter dem Bundesdurchschnitt lagen.

Im Gegensatz dazu konzentrierten sich im Westen Niederösterreichs, in Oberösterreich und Salzburg besonders viele Gemeinden, in denen bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung eine Infektion durchgemacht hat. In Tirol und Vorarlberg ist die Situation wesentlich kleinteiliger, während beispielsweise im Wipptal, im oberen Inntal, im Großen Walsertal und in zahlreichen Gemeinden des Bregenzerwaldes die Anteile der bereits infizierten Bevölkerung überdurchschnittlich hoch waren, gab es daneben auch Regionen und Talschaften mit verhältnismäßig geringen Anteilen, wie zum Beispiel im Kleinwalsertal, im Achental und im Zillertal sowie in den Regionen um Kitzbühel oder Seefeld in Tirol. Besonders interessant ist die Tatsache, dass in der Gemeinde Ischgl, die von der allerersten Infektionswelle im März 2020 besonders hart getroffen wurde, zum Stichtag 1. Juli 2022 nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung (35,1 Prozent) nachweislich jemals positiv auf das Coronavirus getestet wurde.

Altersspezifische Unterschiede

Neben den regionalen Disparitäten im Infektionsgeschehen zeigen sich auch markante Unterschiede in demographischer und sozioökonomischer Hinsicht sowie in Abhängigkeit von der familiären Haushaltsstruktur der Bevölkerung. Die größten Anteile an nachweislich Infizierten gab es bei Kindern im schulpflichtigen Alter: Mehr als zwei Drittel aller 9- bis 12-Jährigen wurden bis zum 1. Juli 2022 mindestens einmal positiv auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 getestet, bei den 11-Jährigen waren es sogar knapp mehr als 70 Prozent. Dieses Ergebnis ist nicht weiter überraschend, zumal Schulkinder durch den mehrstündigen Aufenthalt in oft schlecht durchlüfteten Klassenzimmern einem relativ hohen Infektionsrisiko ausgesetzt waren und gleichzeitig über viele Monate hinweg mehrmals wöchentlich in der Schule getestet wurden, sodass auch die meisten asymptomatischen Infektionen detektiert wurden. Dass die Anteile der mit dem Coronavirus in-

fizierten Schüler/innen im Alter von 15 bis 18 Jahren mit rund 62 Prozent etwas niedriger ausfielen als bei den jüngeren, ist vermutlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass in einzelnen Phasen der Pandemie nur an Pflichtschulen Präsenzunterricht abgehalten wurde, während die Oberstufenklassen der allgemeinbildenden höheren Schulen sowie die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ihren Unterricht auf Distance Learning umstellen mussten.



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS); Nationales Impfreister Österreich. Eigener Entwurf

Abb. 6: Anteil der Bevölkerung, die bis zum 1. Juli 2022 mindestens einmal positiv auf COVID-19 getestet wurde, im Vergleich zum Bevölkerungsanteil der bis zum 1. Juli 2022 mindestens zweifach gegen COVID-19 geimpft wurde, differenziert nach dem Alter

Etwas mehr als die Hälfte aller Menschen im jüngeren Erwachsenenalter von etwa 20 bis 45 Jahren hat sich bis zur Jahresmitte 2022 bereits mindestens einmal nachweislich mit SARS-CoV-2 infiziert. Danach geht der Anteil der jemals Infizierten mit zunehmendem Alter deutlich zurück: Bei den 57-Jährigen waren es rund 40 Prozent, bei den 63-Jährigen nur rund 30 Prozent und bei den 83-Jährigen gar nur 21 Prozent. Danach zeigen sich bei den Hochaltrigen wieder zunehmend steigende Infizierten-Anteile: Beispielsweise hatten 31 Prozent aller 99-Jährigen und 33 Prozent aller 100-Jährigen bis zum 1. Juli 2022 eine Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht. Grund dafür

dürfte das höhere Infektionsrisiko bei Bewohner/innen von Alten- und Pflegeheimen sein.

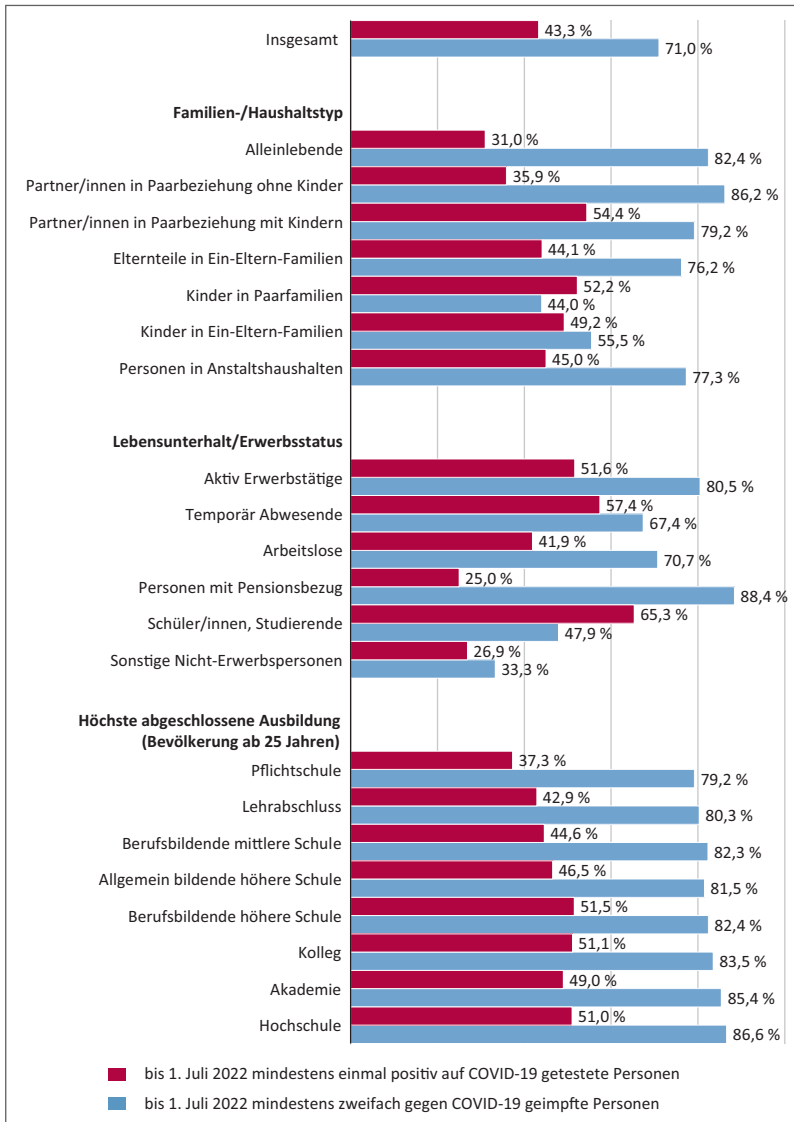
Besonders auffällig ist der Zusammenhang zwischen der Altersverteilung der Bevölkerung, die mindestens einmal nachweislich mit SARS-CoV-2 infiziert war und jener, die sich zumindest zweimal gegen COVID-19 impfen ließ (siehe Abb. 6). Bei den jüngeren Erwachsenen zwischen etwa 25 und 35 Jahren ist der Anteil der Geimpften mit etwa 73 Prozent vergleichsweise gering und steigt dann mit zunehmendem Alter kontinuierlich an. Unter den 77- bis 88-Jährigen haben sogar mehr als 90 Prozent mindestens zwei Corona-Schutzimpfungen erhalten. Bei den Über-90-Jährigen geht der Anteil der Geimpften wieder allmählich zurück und erreicht bei den 99- und 100-Jährigen nur mehr einen Wert von 79 Prozent. Sieht man von den Kindern und Jugendlichen mit generell eher niedrigen Impfquoten ab, so kann man zusammenfassend feststellen, dass in Altersgruppen mit höheren Anteilen an geimpften Personen der Anteil an bereits infizierten Personen deutlich niedriger ausfällt und umgekehrt.

Sozioökonomische Unterschiede

Die altersspezifischen Unterschiede in den Infektions- und Impfhäufigkeiten spiegeln sich auch in den Ergebnissen nach dem Lebensunterhalt bzw. dem Erwerbsstatus der Bevölkerung wider (siehe Abb. 7). So weisen Schüler/innen und Studierende mit 65,3 Prozent den höchsten Anteil aller betrachteten Gruppen an bereits mit dem Coronavirus infizierten Personen auf. Ebenfalls hohe Werte ergeben sich bei den aktiv Erwerbstätigen (51,6 Prozent) sowie den temporär abwesenden Erwerbspersonen (57,4 Prozent), zu denen beispielsweise Frauen in Mutterschutz und Personen in Elternkarenz sowie Personen mit einem länger andauernden Krankenstand zählen. Bei Arbeitslosen liegt der Anteil an Personen, die bereits eine Coronavirus-Infektion durchgemacht haben, mit 41,9 Prozent leicht unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Besonders niedrig fielen hingegen die Anteile der bereits infizierten Bevölkerung bei den Personen mit Pensionsbezug (25,0 Prozent) sowie den sonstigen Nicht-Erwerbspersonen (26,9 Prozent) aus. Offensichtlich lassen sich Infektionen im Schul- und Erwerbssalltag weniger gut vermeiden als von Personen, die nicht bzw. nicht mehr im Berufsleben stehen. Allerdings bleibt anzunehmen, dass nicht nur Schüler/innen, sondern auch Erwerbstätige in vielen Berufen über einen längeren Zeitraum regelmäßige PCR-Tests durchführen mussten und somit bei diesen Gruppen mehr Infektionen festgestellt und behördlich erfasst wurden als bei den Nicht-Erwerbspersonen.

Bei einem Vergleich der Bevölkerung ab 25 Jahren nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung fallen die Unterschiede in der Infektionshäufigkeit verhältnismäßig gering aus. Die höchsten Anteile an Personen, die bereits eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus durchgemacht haben, ergeben sich bei den Absolvent/inn/en berufsbildender höherer Schulen (51,5 Prozent) und jenen von Kollegs (51,1 Prozent), während sie bei Personen mit einem Lehrabschluss (42,9 Prozent) oder Pflichtschulabschluss als höchster Ausbildung (37,3 Prozent) am niedrigsten waren. Ein weitgehend klarer und eindeutiger Trend zeigt sich hingegen beim Vergleich der Impfquote nach der höchsten abgeschlosse-



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes, Registerbasierte Erwerbsverläufe, Bildungsstandregister; BMSGPK, Epidemiologisches Meldesystem (EMS); Nationales Impfregister Österreich. Eigener Entwurf

Abb. 7: Anteil der Bevölkerung, die bis zum 1. Juli 2022 mindestens einmal positiv auf COVID-19 getestet wurde, im Vergleich zum Bevölkerungsanteil der bis zum 1. Juli 2022 mindestens zweifach gegen COVID-19 geimpft wurde, differenziert nach Familien- und Haushaltstyp, Lebensunterhalt bzw. Erwerbsstatus sowie höchster abgeschlossener Ausbildung

nen Ausbildung der Bevölkerung ab 25 Jahren: Während nur 79,2 Prozent der Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss mindestens zweifach gegen COVID-19 geimpft wurden, waren es bei Hochschulabsolvent/inn/en sogar 86,6 Prozent.

Unterschiede in Hinblick auf Haushalts- und Familientypen

Weitere deutliche Unterschiede bei der Infektionshäufigkeit ergeben sich in Bezug auf die familiäre Situation und den Haushaltstyp (Abb. 7). Mit 31 Prozent war der Anteil der Personen, die bislang eine Coronavirus-Infektion durchgemacht hatten, bei den Alleinlebenden besonders gering. Auch Personen, die in einer Paarbeziehung ohne Kinder zusammenlebten, waren mit 35,9 Prozent vergleichsweise selten infiziert. Im Gegensatz dazu hatten sich bereits mehr als die Hälfte aller Partner/innen, die zusammen mit Kindern in einem Haushalt lebten, mit dem Coronavirus infiziert (54,4 Prozent). Bei deren Kindern lag der Anteil bereits Infizierter mit 52,2 Prozent nur geringfügig darunter. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse darf man jedoch nicht davon ausgehen, dass die Unterschiede ausschließlich durch die Existenz der Kinder und das Einschleppen der Infektion aus den Schulen in die privaten Haushalte zu erklären sind, denn Personen in Paarbeziehungen mit Kindern sind mit einem Durchschnittsalter von rund 47 Jahren deutlich jünger als jene in Paarbeziehungen ohne Kinder, die im Mittel 59 Jahre alt sind und sich zu einem gewissen Teil bereits im Ruhestand befinden, wodurch die weiter oben bereits beschriebenen alters- und erwerbsstrukturspezifischen Unterschiede zum Tragen kommen.

Personen, die am 1. Juli 2022 in einem Anstaltshaushalt lebten, hatten zu rund 45 Prozent bereits eine nachgewiesene Infektion mit dem Coronavirus durchgemacht. Diese Gruppe ist allerdings relativ heterogen und umfasst verschiedenste Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise Studierende in Studierendenheimen, Asylsuchende in Flüchtlingsquartieren, Strafgefangene in Justizvollzugsanstalten oder Personen in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen.

5 Veränderung des Mortalitätsniveaus und der Lebenserwartung während der Pandemie

In demographischer Hinsicht zeigen sich die Folgen einer Pandemie unmittelbar und am deutlichsten bei den Sterbezahlen. Im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Corona-Pandemie, verstarben in Österreich insgesamt 91.599 Personen, so viele wie seit 1983 (93.041) nicht mehr. Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 2019, als 83.386 Todesfälle registriert wurden, ergab sich ein deutlicher Anstieg um 8.213 Sterbefälle bzw. 9,8 Prozent. Verglichen mit dem Durchschnitt der Sterbefälle der drei vorangegangenen Jahre 2017 bis 2019 ergibt sich ein Anstieg um 9,6 Prozent (Tab. 1). Im Jahr 2021 starben insgesamt 91.962 Personen, womit auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie die Mortalität auf hohem Niveau blieb und es sogar noch zu einem weiteren – wenn auch geringfügigen – Anstieg um 363 Sterbefälle bzw. 0,4 Prozent gegenüber dem Jahr 2020 kam. Die rohe Sterberate

(Gestorbene auf 1.000 der Bevölkerung) kletterte von 9,4 Promille im Jahr 2019 auf jeweils 10,3 Promille in den Jahren 2020 und 2021.

	2020	2021
Sterbefälle	91.599	91.962
Prognostizierte Sterbefälle gemäß Hauptvariante	85.075	85.217
Prognostizierte Sterbefälle gemäß hoher Lebenserwartungsvariante	83.208	82.831
Prognostizierte Sterbefälle gemäß niedriger Lebenserwartungsvariante	86.988	87.679
Abweichung der Sterbefälle gegenüber ...		
... dem Durchschnitt der Sterbefälle der Jahre 2017 bis 2019 (83.544)	+ 9,6 %	+ 10,1 %
... den prognostizierten Sterbefällen gemäß Hauptvariante	+ 7,7 %	+ 7,9 %
... den prognostizierten Sterbefällen gemäß hoher Lebenserwartungsvariante	+ 10,1 %	+ 11,0 %
... den prognostizierten Sterbefällen gemäß niedriger Lebenserwartungsvariante	+ 5,3 %	+ 4,9 %

Datenquelle: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, Bevölkerungsprognose 2019.

Tab. 1: Sterbefälle in den Jahren 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 sowie zu den prognostizierten Sterbefällen gemäß Bevölkerungsprognose 2019 von Statistik Austria

Angesichts der jährlich steigenden Bevölkerungszahl Österreichs sowie erwartbarer Effekte durch Veränderungen in der Altersstruktur (beispielsweise rückten die besonders geburtenstarken Jahrgänge 1940 und 1941 kürzlich in die Altersgruppe der 80- und Mehrjährigen auf und erreichten somit ein typisches Sterbealter), wäre in den Jahren 2020 und 2021 auch ohne Pandemie mit einem leichten Anstieg der Sterbefälle zu rechnen gewesen. Im Rahmen der von Statistik Austria im Herbst 2019 – also noch vor Beginn der Corona-Pandemie – erstellten Bevölkerungsprognose (vgl. HANIKA 2020) wurden gemäß Hauptszenario für das Jahr 2020 insgesamt 85.075 Sterbefälle prognostiziert, wobei die Spannweite zwischen 83.208 (Hohe Lebenserwartungsvariante) und 86.410 (Niedrige Lebenserwartungsvariante) lag. Die tatsächliche Zahl der Sterbefälle lag 2020 um 7,7 Prozent bzw. 6.524 Personen über dem prognostizierten Wert der Hauptvariante, aber auch um 5,3 Prozent bzw. 4.611 Personen über dem höheren Erwartungswert aus der niedrigen Lebenserwartungsvariante. Gemäß Todesursachenstatistik verstarben 2020 insgesamt 6.491 Personen an den Folgen ihrer COVID-19-Erkrankung, was ziemlich genau der Anzahl an zusätzlichen Sterbefällen im Vergleich zur Hauptvariante der Bevölkerungsprognose entspricht.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für das Jahr 2021, für das die Hauptvariante der 2019 erstellten Bevölkerungsprognose 85.217 Sterbefälle vorhersagte und dieser Wert um 7,9 Prozent bzw. 6.745 Todesfälle überschritten wurde. Die Spannweite der prognostizierten Zahl an Sterbefällen lag 2021 zwischen 82.831 (Hohe Lebenserwartungsvariante) und

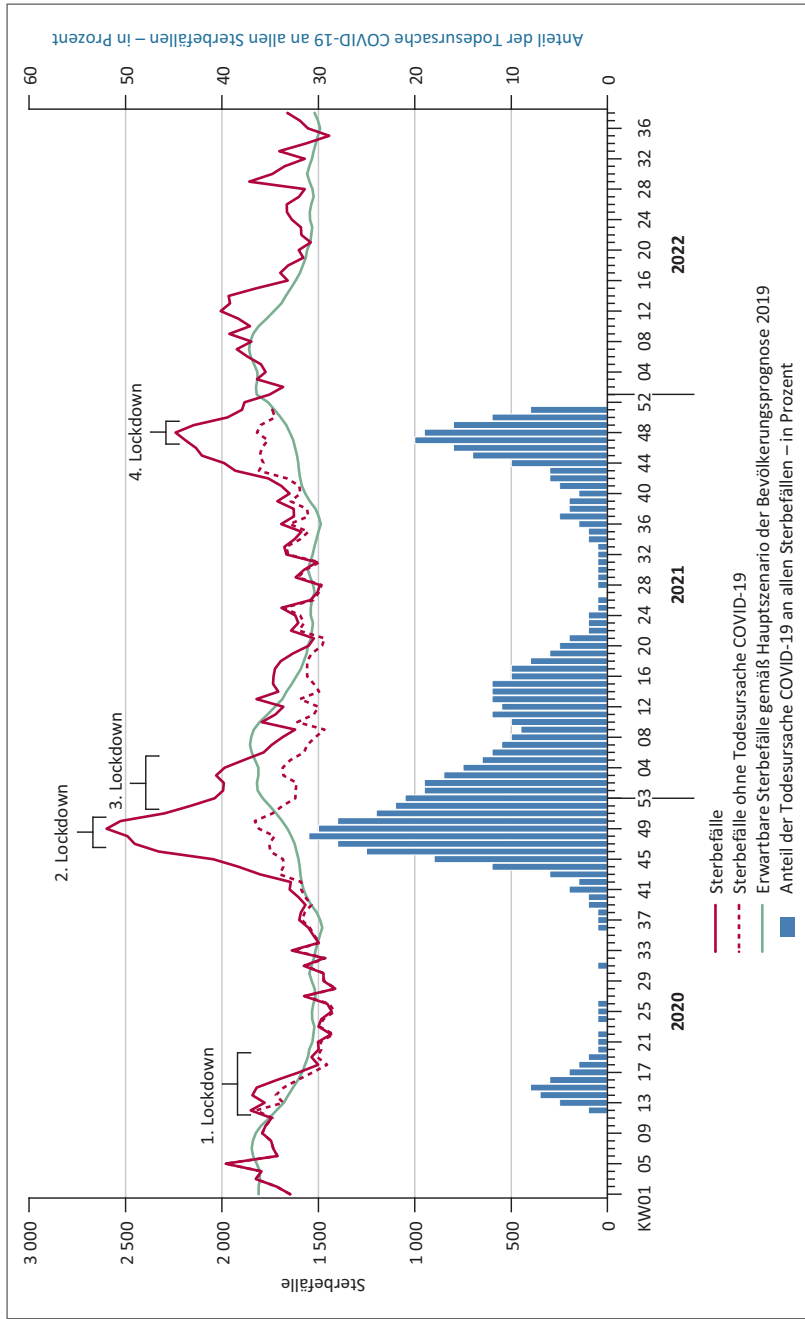
87.679 (Niedrige Lebenserwartungsvariante), wobei sogar der Wert der niedrigen Lebenserwartungsvariante noch um 4,9 Prozent bzw. 4.283 Personen überschritten wurde (Tab. 1). Die Zahl der laut Todesursachenstatistik an COVID-19 verstorbenen Personen war 2021 mit 7.863 sogar noch etwas höher als die Zahl der zusätzlichen Sterbefälle in Relation zum Hauptszenario der Prognose.

Das Mortalitätsgeschehen im zeitlichen Verlauf der Corona-Pandemie

In Abbildung 8 wird die tatsächliche Zahl der Sterbefälle der einzelnen Kalenderwochen mit der prognostizierten Zahl der Sterbefälle gemäß Hauptvariante der Bevölkerungsprognose 2019 verglichen. Es wurden zwar nur Sterbefallzahlen für gesamte Kalenderjahre prognostiziert, auf Basis der durchschnittlichen Verteilung der tatsächlichen Sterbefälle auf die einzelnen Wochen der Jahre 2001 bis 2019 wurden diese prognostizierten Jahressummen jedoch rechnerisch auf die einzelnen Kalenderwochen aufgeteilt, um einen besseren Vergleich mit den tatsächlichen Sterbefallzahlen zu ermöglichen. Darüber hinaus ist für die einzelnen Kalenderwochen der Jahre 2020 und 2021 der Prozentanteil der an der Todesursache COVID-19 verstorbenen Personen an allen Sterbefällen sowie die Anzahl der Sterbefälle ohne die an den Folgen einer COVID-19-Erkrankung verstorbenen Personen ersichtlich. Für 2022 ist diese Darstellung noch nicht möglich, da Ergebnisse der Todesursachenstatistik 2022 beim Verfassen dieses Beitrags noch nicht verfügbar waren.

Im zeitlichen Verlauf wird deutlich, dass die erste Infektionswelle im Frühjahr 2020 nur für einen leichten und kurzen Anstieg der Zahl der Sterbefälle sorgte, welcher durch den ersten Lockdown zur Eindämmung der Pandemie ab Kalenderwoche 12 anscheinend rasch beendet werden konnte. In der 15. Kalenderwoche (vom 6. bis 12. April 2020), als die erste Infektionswelle ihren Höhepunkt bei den Sterbefällen erreichte, war COVID-19 für etwa acht Prozent aller Sterbefälle verantwortlich. Von Anfang Mai bis Mitte Oktober 2020 lag die Zahl der Sterbefälle in allen Kalenderwochen nahe dem erwartbaren Verlauf gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose, wobei sich bis Anfang August tendenziell etwas weniger und danach geringfügig mehr Sterbefälle ereigneten als jeweils vorhergesagt. In dieser Zeit war COVID-19 als Todesursache auch nur für etwa ein Prozent aller Sterbefälle Österreichs verantwortlich.

Im Herbst 2020 entfaltete das Infektionsgeschehen eine deutlich größere Dynamik, ehe seitens der Politik begonnen wurde, mit eindämmenden Maßnahmen gegenzusteuern. Die in dieser Zeit bereits stark gestiegenen Infektionszahlen wirkten sich mit einer Zeitverzögerung von rund drei Wochen auch in einem deutlichen Anstieg der Sterbezahlen aus. Wurden in der 42. Kalenderwoche 2020 (vom 12. bis 18. Oktober 2020) noch 1.643 Todesfälle registriert, waren es drei Wochen später bereits mehr als 2.000. Die 49. Kalenderwoche 2020 (von 30. November bis 6. Dezember 2020) bildete dann mit 2.598 Sterbefällen in einer einzigen Woche den traurigen Höhepunkt der bisherigen Pandemie, wobei mehr als drei Zehntel davon den Folgen ihrer COVID-19-Erkrankung erlegen sind. Alleine in dieser Woche starben rund 940 Menschen mehr, als unter normalen Bedingungen ohne Pandemie zu erwarten gewesen wären. Die Zahl der Sterbefälle lag somit um rund 57 Prozent über dem prognostizierten Wert.



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (für 2022: vorläufige Ergebnisse); Todesursachenstatistik (für 2022 noch nicht verfügbar); Bevölkerungsprognose 2019, Eigener Entwurf

Abb. 8: Entwicklung der wöchentlichen Sterbefälle in Österreich (mit und ohne Todesursache COVID-19) von Anfang 2020 bis Mitte 2022 im Vergleich zur erwartbaren Zahl an Sterbefällen gemäß Bevölkerungsprognose 2019 (KW = Kalenderwoche)

Ab der 50. Kalenderwoche 2020 machte sich der Effekt des zweiten Lockdowns in Form kontinuierlich sinkender Sterbezahlen in der Statistik bemerkbar. Lediglich die kurzfristige Lockerung der Maßnahmen sowie die vermehrten Kontakte in der Bevölkerung zu Weihnachten führten – abermals zeitverzögert – zu einer kurzen Phase der Stagnation mit minimalem Wiederanstieg der Sterbefälle in der 3. Kalenderwoche des Jahres 2021 (von 18. bis 24. Jänner 2021), ehe sich danach wieder ein Rückgang der wöchentlichen Todesfälle ergab. Im Februar und März 2021 lag die Zahl der beobachteten Sterbefälle sogar etwas unter dem erwarteten hohen Niveau. Grund dafür ist die ausgebliebene Grippewelle, die üblicherweise um diese Zeit grassiert und für ein alljährliches Maximum an Sterbefällen sorgen würde. COVID-19 blieb in dieser Zeit allerdings eine quantitativ bedeutende Todesursache und war für rund 10 Prozent aller Todesfälle zwischen Mitte Februar und Mitte März verantwortlich.

Von Ende März bis Mitte Oktober 2021 lagen die wöchentlichen Todesfallzahlen zwar durchaus nahe den prognostizierten Werten, aber in den allermeisten Wochen doch etwas darüber – im Durchschnitt um gut fünf Prozent pro Woche. In absoluten Zahlen starben somit im gesamten Sommerhalbjahr 2021 um rund 2.500 Menschen mehr, als unter normalen Bedingungen gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose zu erwarten gewesen wäre. Differenziert nach der Todesursache war COVID-19 Ende März und Anfang April noch für etwa 12 Prozent aller Sterbefälle verantwortlich, hatte dann aber von Woche zu Woche einen immer kleineren Anteil an allen Todesursachen. Im Hochsommer lag er – ähnlich wie auch bereits im Jahr zuvor – nur mehr bei rund einem Prozent und stieg erst ab Ende August wieder etwas an.

Ab Mitte/Ende Oktober machte sich – ebenfalls ähnlich wie im Vorjahr – das steigende Infektionsgeschehen, diesmal mit der neuen Virusvariante Delta, in Kombination mit dem zögerlichen Zuwarten der Politik beim Beschluss eindämmender Maßnahmen abermals in einem Anstieg der Todesfälle bemerkbar. Während in der 41. Kalenderwoche 2021 (vom 11. bis 17. Oktober 2021) noch etwas weniger als 1.700 Menschen starben, waren es in der 48. Kalenderwoche (vom 29. November bis 5. Dezember 2021) 2.241 Sterbefälle, wobei knapp zwei Zehntel davon auf COVID-19 als Todesursache zurückzuführen waren. Die Zahl der Verstorbenen lag in dieser Woche um knapp 600 Personen bzw. 36 Prozent über dem unter normalen Bedingungen erwarteten Wert. Ab der 49. Kalenderwoche 2021 ging die Zahl der Sterbefälle von Woche zu Woche wieder zurück und lag dann zu Jahresbeginn 2022 sogar kurze Zeit unter dem aus der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose abgeleiteten Erwartungswert.

Seit der 6. Kalenderwoche 2022 (vom 7. bis 13. Februar 2022) übersteigen die tatsächlich registrierten Sterbefälle die erwarteten Werte jedoch wieder in beinahe jeder Kalenderwoche, teilweise sogar ziemlich deutlich. Einen ersten Gipfel, für den die Omikron-Virusvariante verantwortlich war, gab es von Ende März bis Anfang April, als von der 12. bis zur 14. Kalenderwoche jeweils rund 2.000 Todesfälle pro Woche verzeichnet wurden, was ein Plus von 16 bis 18 Prozent gegenüber den erwarteten Sterbefällen in diesen drei Kalenderwochen bedeutete. Danach näherte sich der Verlauf der beobachteten Sterbefälle wieder für einige Wochen dem unter normalen Umständen zu erwartenden Verlauf an, ehe sich in den Sommermonaten abermals einige deutliche Spitzen nach oben ergaben.

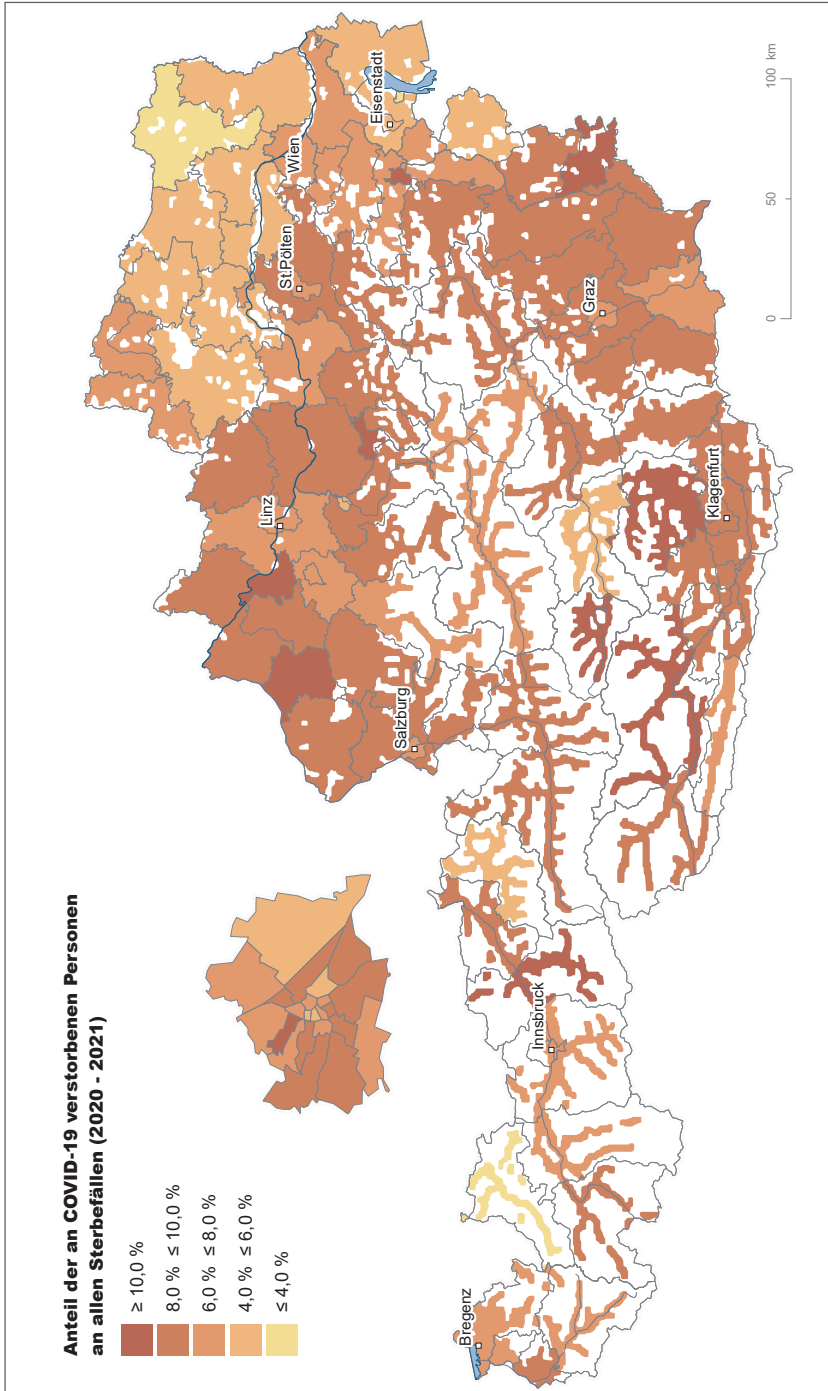
In der 29. Kalenderwoche 2022 (vom 18. bis 24. Juli 2022) gab es beispielsweise mehr als 300 zusätzliche Sterbefälle im Vergleich zum prognostizierten Erwartungswert, was einem Plus von rund 20 Prozent entsprach. Dieser Ausreißer nach oben dürfte aber nicht oder zumindest nur teilweise auf die Pandemie zurückzuführen sein, da in dieser Woche in ganz Österreich eine starke Hitzewelle herrschte und die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik Temperaturen, die im Flächenmittel um bis zu 4,6 Grad Celsius über dem Tagesmittel des Bezugszeitraums 1991 bis 2020 lagen, ausweist, wobei auf lokaler Ebene teilweise noch deutlich größere Abweichungen gemessen wurden (ZAMG 2022).

Regionale Disparitäten bei COVID-19 als Todesursache

In Summe der beiden Kalenderjahre 2020 und 2021 waren 7,8 Prozent aller Sterbefälle auf die Todesursache COVID-19 zurückzuführen. Auf regionaler Ebene gab es dabei durchaus erhebliche Unterschiede (Abb. 9): Am seltensten war COVID-19 als Todesursache in der burgenländischen Kleinstadt Rust (1,1 Prozent) sowie in den politischen Bezirken Reutte (2,5 Prozent) und Mistelbach (3,2 Prozent). Im Gegensatz dazu war der Anteil der an den Folgen einer COVID-19-Erkrankung verstorbenen Personen in den Bezirken Tamsweg (12,4 Prozent), Spittal an der Drau (11,7 Prozent) sowie in St. Veit an der Glan und in der Statutarstadt Wiener Neustadt (jeweils 11,1 Prozent) besonders hoch.

Auch wenn sich beispielsweise im Nordosten Österreichs eine etwas größere, zusammenhängende Region mit relativ niedrigem Anteil an Coronatodesfällen ergibt, lassen sich aus dem Kartenbild kaum klare regionale Muster ableiten. Vielfach liegen Bezirke mit hohem Anteil an COVID-19-Sterbefällen unmittelbar neben Bezirken mit vergleichsweise niedrigem Anteil. Das Ergebnis wird dabei auch maßgeblich davon beeinflusst, in welcher Phase der Pandemie ein Bezirk besonders stark vom Infektionsgeschehen betroffen war, zumal das Risiko, an den Folgen einer Coronavirusinfektion zu sterben, im ersten Jahr der Pandemie, als weder eine Schutzimpfung noch wirksame Medikamente verfügbar waren, deutlich höher ausfiel als im späteren Verlauf der Pandemie. So war COVID-19 im zweiten Halbjahr 2020 österreichweit für 12 Prozent aller Sterbefälle die hauptverantwortliche Todesursache. Dieser Anteil reduzierte sich im ersten Halbjahr 2021 auf 10,1 Prozent und im zweiten Halbjahr 2021 gar auf 7 Prozent.

Jene Bezirke mit einem besonders hohen Anteil an Corona-Sterbefällen waren alle bereits im zweiten Halbjahr 2020 von größeren lokalen bzw. regionalen Infektionsausbrüchen betroffen. Insgesamt gab es fünf politische Bezirke, in denen mehr als ein Fünftel aller Sterbefälle des zweiten Halbjahres 2020 auf die Todesursache COVID-19 zurückzuführen war: In St. Veit an der Glan waren es 22,4 Prozent, in Tamsweg 22,3 Prozent, in Rohrbach 21,7 Prozent, in Schwaz 21,0 Prozent und in der Landeshauptstadt Klagenfurt 20,7 Prozent. In zwei weiteren Bezirken kam es im ersten Halbjahr 2021 zu größeren Infektionsausbrüchen, die sich in der Todesursachenstatistik deutlich bemerkbar machten. So erlagen im ersten Halbjahr 2021 in Spittal an der Drau 21,6 Prozent sowie in Güssing 20,4 Prozent aller Verstorbenen den Folgen einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus.



Datenquelle: Statistik Austria, Todesursachenstatistik, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Eigener Entwurf.

Abb. 9: Anteil der an COVID-19 Verstorbenen an allen Sterbefällen in den Jahren 2020 und 2021, differenziert nach Politischen Bezirken

Internationaler Vergleich des Mortalitätsniveaus während der Corona-Pandemie

Räumliche Unterschiede im Mortalitätsgeschehen zeigten sich nicht nur innerhalb Österreichs, sondern auch bei einem Blick über die Staatsgrenzen hinweg. Zu Beginn der Pandemie sorgten internationale Nachrichten über stark erhöhte Sterbefälle, insbesondere aus Italien, für Besorgnis (vgl. STRAUB 2020). Tatsächlich entwickelte sich die Mortalität in vielen europäischen Staaten sehr unterschiedlich, wofür vermutlich mehrere gleichzeitig wirkende Faktoren verantwortlich waren – neben dem national unterschiedlichen Pandemiemanagement von Seiten der Regierungen sowie der gesellschaftlichen Bereitschaft zur Maßnahmenumsetzung gehörten dazu auch Unterschiede in der Siedlungsstruktur und Bevölkerungsdichte sowie der Alters-, Familien- und Haushaltsstruktur der jeweiligen Bevölkerungen.

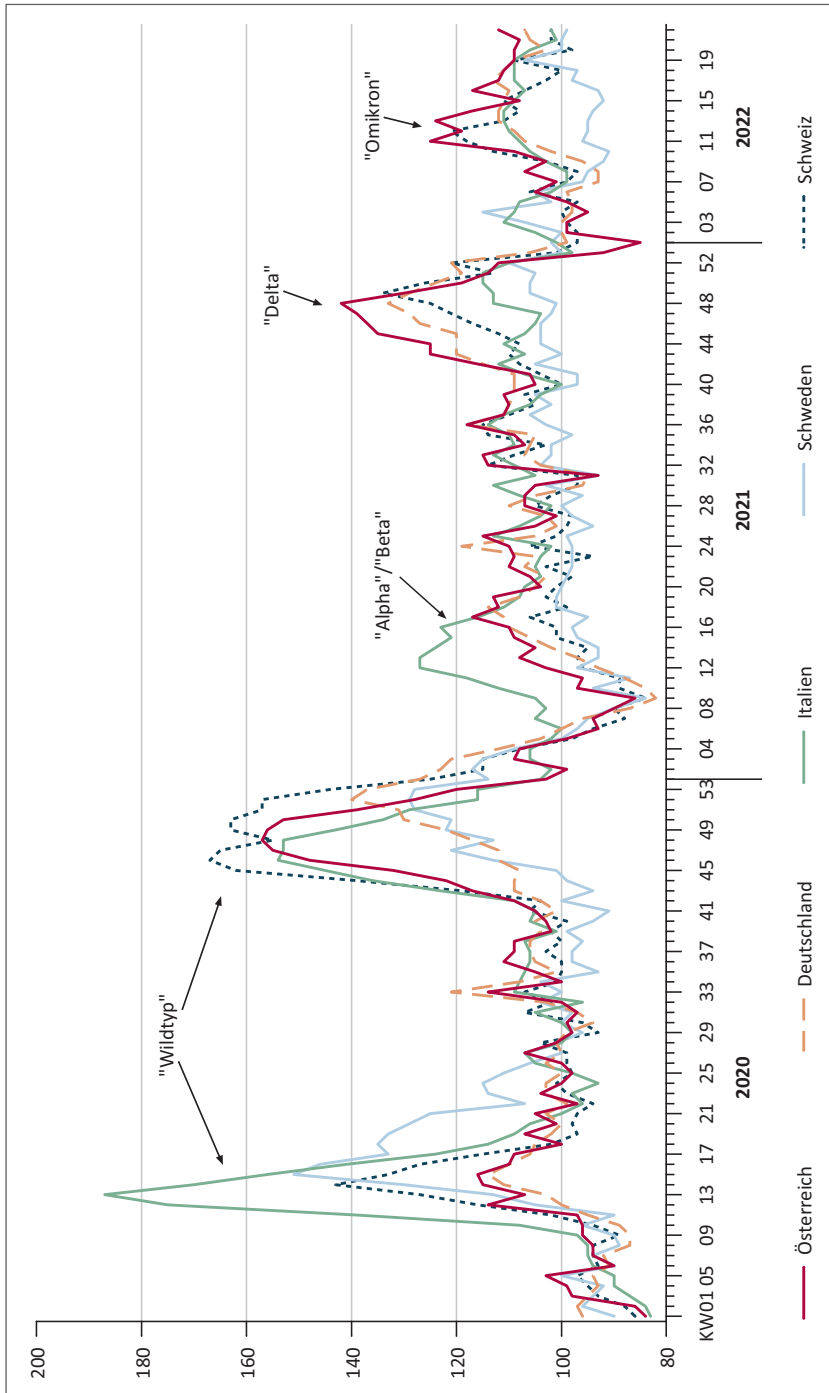
Basierend auf Daten von EUROSTAT zeigt Abbildung 10 den Verlauf der Sterbefallzahlen von 2020 bis Mitte 2022 für ausgewählte europäische Staaten. Um das aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen stark variierende Niveau der absoluten Sterbefälle länderübergreifend vergleichbar zu machen, wird hier der nationale Durchschnittswert der drei Jahre vor der Pandemie (2017 bis 2019) für jede Kalenderwoche als Basiswert (100) herangezogen und die jeweilige relative Abweichung dazu dargestellt.

Während die Zahl der Sterbefälle in Italien im Frühjahr 2020 besonders hoch war, verzeichneten auch Schweden und die Schweiz – zwei Staaten, in denen nur wenige Kontaktbeschränkungen verhängt wurden (IZA 2020) – zu dieser Zeit vergleichsweise viele Verstorbene. In Schweden fiel danach allerdings die Zahl der Sterbefälle und stieg auch während der Pandemiewelle Ende 2020 – als der „Wildtyp“ des Virus noch vorherrschend war und in Österreich, der Schweiz und Deutschland die bedauerlichen Höhepunkte der Todesfälle verursachte – nicht mehr so stark an. Gemessen an den Sterbefällen traf die „Alpha-Welle“ im Frühjahr 2021 Italien früher und stärker als die anderen hier dargestellten Staaten.

Während der „Delta-Welle“ kam es Ende 2021 in Österreich wieder zu deutlich erhöhten Todesfällen, aber auch in Deutschland und der Schweiz waren verhältnismäßig viele Verstorbene zu beklagen. In Schweden blieben die Sterbefälle auf eher durchschnittlichem Niveau und fielen im Frühjahr 2022 – als Österreich, die Schweiz, aber auch Deutschland und Italien mit überdurchschnittlich vielen Todesfällen der „Omikron-Welle“ konfrontiert waren – sogar deutlich unter den Durchschnitt.

Rückgang der Lebenserwartung

Die Berechnung der Lebenserwartung auf Basis sogenannter Periodensterbetafeln bietet einen Querschnittsblick auf die Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Zeitraums (z. B. eines Kalenderjahres), indem aus den Lebensspannen aller im Beobachtungszeitraum lebenden oder gar verstorbenen Personen eine hypothetische Kohorte konstruiert wird, die den aktuellen Mortalitätsverhältnissen unterworfen ist (vgl. ENGELHARDT 2011, S. 285). Das Ergebnis entspricht dem Alter, das ein neugeborenes Baby durchschnittlich erreichen würde, wenn die altersspezifischen Sterbewahr-



Datenquelle: EUROSTAT. Eigener Entwurf

Abb. 10: Entwicklung der wöchentlichen Sterbefälle in Österreich, Deutschland, Italien, Schweden und der Schweiz von Anfang 2020 bis Mitte 2022 im Verhältnis zum jeweiligen Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019

scheinlichkeiten künftig konstant bleiben würden. Diese leicht interpretierbare Maßzahl eignet sich daher besonders gut, um die Mortalitätsverhältnisse verschiedener Zeitpunkte sowie verschiedener Raumeinheiten miteinander vergleichen zu können, da sie frei von störenden Effekten aufgrund unterschiedlicher Bevölkerungsgrößen oder unterschiedlicher Altersstrukturen ist.

Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahrzehnte (seit 1970) stieg in Österreich die Lebenserwartung bei der Geburt pro Dekade um beachtliche 2,50 Jahre für Männer bzw. 2,07 Jahre für Frauen. Dieser in der Vergangenheit beobachtbare Trend einer von Jahr zu Jahr gestiegenen Lebenserwartung bei der Geburt fand mit dem Einsetzen der Coronapandemie ein vorübergehendes Ende. Zwar gab es auch früher einzelne Jahre, in denen die Lebenserwartung stagnierte oder leicht rückläufig war – beispielsweise im Jahr 2015 (vgl. KLOTZ und WISBAUER 2017) –, ein derart deutlicher Rückgang der Lebenserwartung wurde jedoch seit Ende der 1950er-Jahre nicht mehr verzeichnet.

Von 2019 auf 2020 reduzierte sich die Lebenserwartung für Männer um 0,60 und für Frauen um 0,47 Jahre (siehe Tab. 2). Zwischen 2020 und 2021 änderte sich an der Lebenserwartung kaum mehr etwas: Während jene der Männer um weitere 0,14 Jahre zurückging, stieg jene der Frauen bereits wieder minimal um 0,02 Jahre an. Unter den Sterblichkeitsverhältnissen des Jahres 2021 werden neugeborene Knaben im Durchschnitt 78,80 Jahre und neugeborene Mädchen 83,76 Jahre alt. Damit entsprach die Lebenserwartung

Regionstyp	Männer					Frauen				
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021
Österreich	79,27	79,29	79,54	78,94	78,80	83,89	84,01	84,21	83,74	83,76
Städtisch / Urban	78,90	78,78	79,03	78,40	78,19	83,49	83,49	83,82	83,22	83,33
Urbane Großzentren	78,98	78,82	79,08	78,37	78,27	83,60	83,48	83,89	83,29	83,37
Urbane Mittel- und Kleinzentren	78,66	78,65	78,92	78,56	77,98	83,13	83,58	83,66	83,03	83,28
Ländlich / Rural	79,66	79,82	80,07	79,47	79,41	84,35	84,58	84,66	84,33	84,22
Regionale Zentren	78,53	79,05	79,38	78,78	78,12	83,15	83,47	83,31	83,11	83,25
Außenzonen von Zentren	80,17	80,26	80,43	80,04	79,84	84,70	84,81	84,89	84,71	84,60
Ländlicher Raum abseits von Zentren	79,63	79,73	80,02	79,30	79,45	84,44	84,70	84,83	84,41	84,25

Datenquelle: Statistik Austria, Demographische Indikatoren.

Tab. 2: Entwicklung der mittleren Lebenserwartung ab der Geburt von 2017 bis 2021, differenziert nach der Urban-Rural-Typologie (siehe Kapitel 2) und dem Geschlecht (in Jahren)

der Jahre 2020 und 2021 in etwa jener des Jahres 2014 (!), als sie für Männer bei 78,91 Jahren bzw. für Frauen bei 83,74 Jahren lag.

Differenziert nach der Urban-Rural-Typologie ergaben sich zwischen 2019 und 2020 sowohl in den urbanen Großzentren als auch im ländlichen Raum abseits von Zentren mit jeweils $-0,71$ Jahren besonders große Rückgänge der Lebenserwartung bei den Männern. Im Gegensatz dazu reduzierte sich die Lebenserwartung der Männer in den Außenzonen von Zentren ($-0,39$ Jahre) und in den urbanen Mittel- und Kleinzentren ($-0,36$ Jahre) weniger stark. Bei den Frauen fielen die Lebenserwartungsverluste in den urbanen Gemeinden mit $-0,60$ Jahren zwischen 2019 und 2020 beinahe doppelt so hoch aus wie in den rural geprägten Gemeinden ($-0,32$ Jahre), wobei sie innerhalb dieser Gruppe in den regionalen Zentren ($-0,20$ Jahre) sowie den Außenzonen von Zentren ($-0,18$ Jahre) noch geringer waren als im ländlichen Raum abseits von Zentren ($-0,42$ Jahre). Von 2020 bis 2021 kam es vor allem in den regionalen Zentren ($-0,66$ Jahre) sowie in den urbanen Mittel- und Kleinzentren ($-0,58$ Jahre) abermals zu einem deutlichen Lebenserwartungsrückgang bei den Männern. Überall sonst gab es meist nur mehr geringere Veränderungen in der Lebenserwartung (vgl. Tab. 2).

6 Auswirkungen der Pandemie auf die Entwicklung der Geburtenzahlen, das Fertilitätsniveau und den Kinderwunsch

Die Zeit der Pandemie, insbesondere die Anfangsphase, war für die meisten Menschen in Abhängigkeit von ihrer familiären Situation unterschiedlich belastend. Während reduzierte soziale Kontakte für Alleinlebende mehr Einsamkeit bedeuteten, erschwerte sich der Alltag für Paare oder Alleinerziehende mit Kindern vor allem durch den eingeschränkten Präsenzbetrieb an Schulen und Kindergärten. Während viele Eltern zu Hause im Homeoffice arbeiten sollten, mussten Kinder beschäftigt und beim Distance-Learning unterstützt werden. Gleichzeitig galten aber ältere Familienangehörige wie beispielsweise Großeltern als besonders vulnerabel und sollten daher möglichst nicht zur innerfamiliären Unterstützung bei der Beaufsichtigung von Kindern eingeteilt werden. Kinderbetreuung bekam plötzlich eine völlig neue Dimension, die von Paaren bei der Entscheidung über einen allfälligen (weiteren) Kinderwunsch berücksichtigt werden musste. Dazu kam gerade zu Beginn der Pandemie eine für von plötzlicher Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffene Menschen unsichere finanzielle Zukunft, die sich ebenfalls auf einen möglichen Kinderwunsch auswirken konnte. Daher ist es auf den ersten Blick nicht überraschend, dass es in vielen europäischen Ländern zu einem Rückgang der Geburtenzahlen während der Pandemie kam (DE GEYTER et al. 2022).

Zeitliche Entwicklung der Geburtenhäufigkeit

Welche Rolle die Corona-Pandemie auf die Entwicklung der Geburtenzahlen in Österreich hatte, zeigen die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Da in den Daten der Geburtenstatistik neben dem Geburtsdatum des Neugeborenen auch in den meisten

Fällen⁴⁾ die Schwangerschaftsdauer in abgeschlossenen Wochen und Tagen angegeben ist, lässt sich daraus das ungefähre Zeugungsdatum rechnerisch bestimmen. Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der in den einzelnen Kalenderwochen der ersten beiden Pandemie-Jahre 2020 und 2021 gezeugten Babys jeweils im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019.

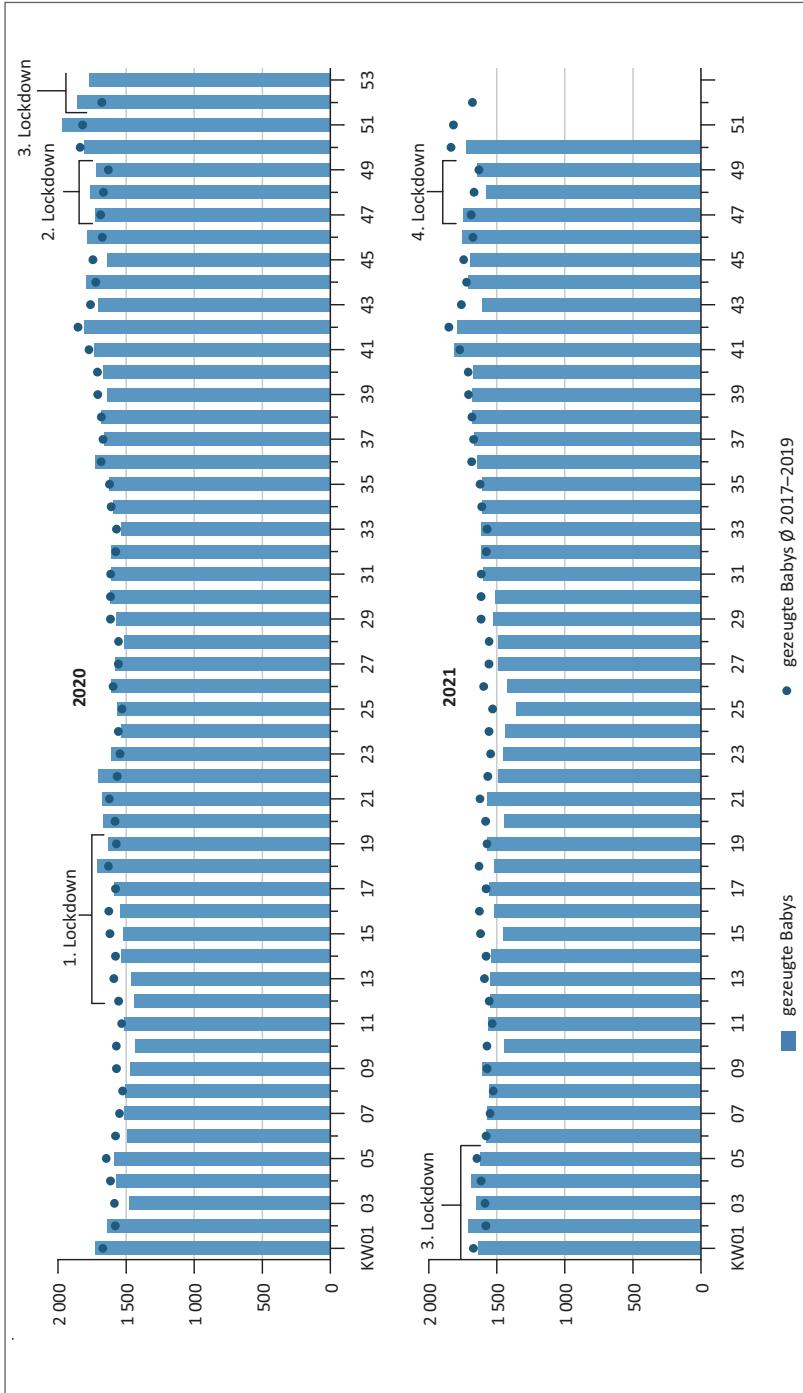
Während in den ersten beiden Kalenderwochen zu Jahresbeginn 2020 noch etwas mehr Kinder gezeugt wurden als im Durchschnitt der drei Vorjahre, blieb die Zahl der gezeugten Babys bereits ab Mitte Jänner rund drei Monate lang jede Woche unter dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. In Summe wurden zwischen Mitte Jänner und Mitte April 2020 (3. bis 16. Kalenderwoche) um rund 1.000 Babys weniger gezeugt als im entsprechenden Referenzzeitraum, wobei sich besonders große Abweichungen Ende Februar und Anfang März, als die ersten Coronavirus-Infektionen in Österreich auftraten und die mediale Berichterstattung bereits kaum ein anderes Thema kannte, sowie dann in der zweiten März-Hälfte, also in den ersten beiden Wochen des ersten Lockdowns, zeigten. Neben der allgemeinen Unsicherheit, wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird, spielten wohl auch insbesondere wirtschaftliche Unsicherheiten bei von Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit betroffenen Paaren eine entscheidende Rolle für die Zurückhaltung bei der Realisierung eines allfälligen Kinderwunsches.

Ab Mitte April, als das Ende des ersten Lockdowns in absehbare Nähe rückte, die ersten Geschäfte wieder aufsperrten konnten und sich eine allmähliche Entspannung der Lage abzeichnete, stiegen auch die Zahlen der wöchentlich gezeugten Kinder deutlich an und lagen dann ab der 17. Kalenderwoche durchgehend bis zur 23. Kalenderwoche, also zwischen 20. April und 7. Juni 2020, wieder über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. In diesem siebenwöchigen Zeitraum wurden in Summe um 500 Babys mehr gezeugt als im Durchschnitt des Vergleichszeitraums der drei vorangegangenen Jahre.

Während sich über die Sommermonate keine nennenswerten Unterschiede bei den Zahlen gezeugter Babys zwischen dem ersten Pandemiejahr 2020 und den drei vorangegangenen Jahren zeigten, begann ab Ende September 2020 wieder eine Phase der Unsicherheit mit steigenden Infektionszahlen und neuerlichen Spekulationen über bevorstehende Maßnahmen zur Eindämmung der Virusausbreitung, die sich in der Geburtenstatistik bis etwa Ende Oktober 2020 durch leicht unterdurchschnittliche Zahlen gezeugter Babys ausdrückte. Bereits mit Beginn des zweiten Lockdowns kehrte sich dieser Trend jedoch ins Gegenteil um und in den letzten acht Wochen des Jahres 2020 wurden – mit einer Ausnahme in der 50. Kalenderwoche – wieder etwas mehr Babys als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 gezeugt. In Summe über alle Wochen des vierten Quartals 2020 wurden somit annähernd gleich viele Babys gezeugt wie in den entsprechenden Vergleichszeiträumen der drei vorangegangenen Jahre, allerdings eher aufgeschoben auf das Ende des Quartals.

Abgesehen von der 1. Kalenderwoche des Jahres 2021 lagen die Zahlen gezeugter Babys im Jänner 2021 weiterhin etwas über dem Durchschnitt und näherten sich dann im

⁴⁾ Sollte die Angabe der Schwangerschaftsdauer fehlen, wird von Statistik Austria versucht, sie mittels Rückfrage in der Geburtsklinik oder durch Abgleich mit einer weiteren Datenquelle (Geburtenregister) in Erfahrung zu bringen. Sollte dies nicht gelingen, wird im Rahmen eines Imputationsverfahrens eine zum Geburtsgewicht plausible Schwangerschaftsdauer geschätzt (vgl. Statistik Austria 2022a)



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Ergebnisse für 2017 bis 2021 und vorläufige Ergebnisse für Geborene mit Geburtsjahr 2022), Eigener Entwurf

Abb. 11: Lebendgeborene in Österreich nach errechneter Zeugungswoche von Anfang 2020 bis Ende 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019, differenziert nach Kalenderwochen (KW)

Februar weitgehend dem Niveau der drei vorangegangenen Jahre an. Besonders auffällig ist der Zeitraum von Anfang/Mitte März bis Anfang/Mitte August 2021 (10. bis zur 31. Kalenderwoche), in der die Zahlen gezeugter Kinder fast durchgehend mehr oder weniger deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt lagen. In Summe wurden in diesem Zeitraum um rund 1.800 Babys weniger als in den vorangegangenen Jahren gezeugt. Über die genauen Gründe kann an dieser Stelle nur spekuliert werden, naheliegend ist jedoch ein Zusammenhang mit den im Frühjahr 2021 medial weit verbreiteten, aber substanzlosen Behauptungen, dass sich die zu dieser Zeit für die Allgemeinheit verfügbar gewordene Corona-Schutzimpfung negativ auf die Fruchtbarkeit auswirken könne.

Obwohl sich diese Gerüchte in medizinischen Studien als haltlos herausgestellt haben, gab es von einschlägigen Expert/inn/en dennoch die Empfehlung an Frauen, „sich vor der Verwirklichung des Kinderwunsches impfen zu lassen und dann noch vier Wochen zu warten“ (KRUCKENHAUSER 2021). Praktisch alle impfwilligen Frauen im gebärfähigen Alter, die sich für einen der frühestmöglichen Impftermine in ihrem Bundesland entschieden haben, konnten ihre Grundimmunisierung bis Juli 2021 abschließen, weshalb es auch nicht weiter überrascht, dass ab Mitte August 2021 die Zahlen gezeugter Kinder wieder weitgehend dem Niveau der vorangegangenen Jahre entsprach.

Ein Nachholeffekt aufgeschobener Geburten vom ersten Halbjahr 2021 ist allerdings im Lauf der zweiten Jahreshälfte nicht bemerkbar. Beim Verfassen des vorliegenden Beitrags lagen aber erst vorläufige Geburtenstatistiken für die ersten drei Quartale des Jahres 2022 vor und bis zur Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse kann sich die Zahl der Geburten, die im Jahr 2021 gezeugt wurden, durch Nachmeldungen von den Standesämtern noch ein wenig erhöhen. Darüber hinaus ist unklar, wie lange verunsicherte Frauen warten, um eine verschobene Schwangerschaft nachzuholen.

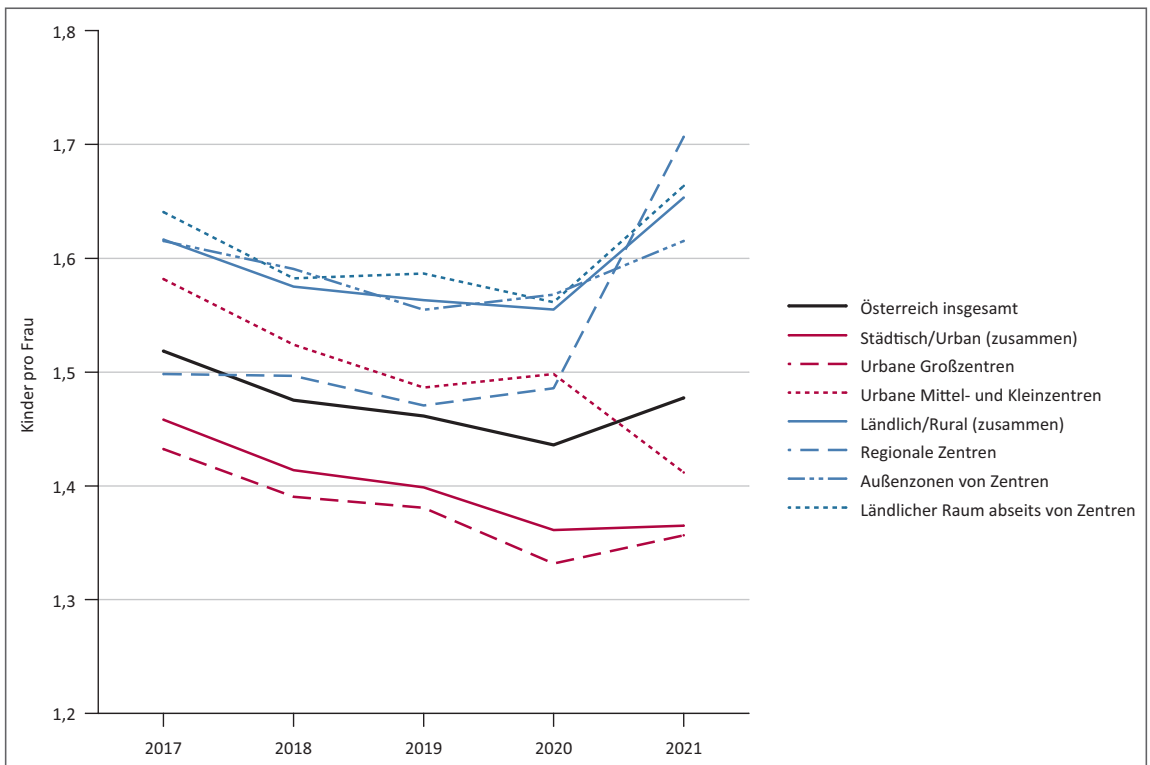
Auswirkung der Corona-Pandemie auf das Fertilitätsniveau

Die Gesamtfertilitätsrate (TFR, „Total Fertility Rate“) ist jene Maßzahl, die angibt, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringen würde, wenn die altersspezifischen Fertilitätsraten einer Beobachtungsperiode (hier jeweils ein Kalenderjahr) während des gesamten gebärfähigen Lebensabschnitts unverändert bleiben würden (BÄHR 2004, S. 160). In Österreich lag die Gesamtfertilitätsrate 2017 bei durchschnittlich 1,52 Kindern pro Frau und reduzierte sich von Jahr zu Jahr bis zu einem Niveau von 1,44 Kindern pro Frau im Jahr 2020. Da ein Großteil der im Jahr 2020 geborenen Babys bereits 2019 gezeugt wurde, ist diese Entwicklung noch weitgehend unbeeinflusst von der Corona-Pandemie. Erst die gegen Jahresende geborenen Kinder hatten einen Zeugungszeitpunkt im Februar oder Anfang März 2020, also schon nach Pandemiebeginn. Bereits zur Gänze aus Babys, die unter dem Einfluss der Pandemie gezeugt wurden, ergibt sich die Gesamtfertilitätsrate des Jahres 2021, die mit 1,48 Kindern pro Frau deutlich über dem Niveau der Jahre 2019 und 2020 lag und praktisch dem Wert des Jahres 2018 entsprach.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei einer Differenzierung zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Im urbanen Bereich ging die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 1,46 im Jahr 2017 auf 1,36 im Jahr 2020 zurück und blieb dann auch 2021 auf

diesem Niveau. Die Stagnation zwischen 2020 und 2021 ergab sich dabei aus der Kombination eines deutlichen Rückgangs der Gesamtfertilitätsrate bei urbanen Mittel- und Kleinzentren von 1,50 auf 1,41 Kinder pro Frau bei gleichzeitig dezertem Anstieg der Gesamtfertilitätsrate in urbanen Großzentren von 1,33 auf 1,36 Kinder pro Frau.

Anders verlief die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahlen in den Gemeinden des ländlichen Raumtyps: Hier gab es ausgehend von 1,62 Kindern pro Frau im Jahr 2017 einen stetigen Rückgang bis auf 1,55 Kinder pro Frau im Jahr 2020, gefolgt von einem sprunghaften Anstieg der Gesamtfertilitätsrate auf 1,65 Kinder pro Frau im Jahr 2021. Hauptverantwortlich für diesen Zuwachs waren die regionalen Zentren, bei denen sich die Gesamtfertilitätsrate nach einer weitgehenden Stagnationsphase zwischen 2017 und 2020 plötzlich von 1,49 Kindern pro Frau im Jahr 2020 massiv auf 1,71 Kinder pro Frau im Jahr 2021 erhöhte. Auch in den Außenzonen von Zentren sowie im ländlichen Raum abseits von Zentren war von 2020 bis 2021 ein deutlicher Anstieg der Gesamtfertilitätsrate zu beobachten, sodass auch hier die durchschnittlichen Kinderzahlen pro Frau im Jahr 2021 auf oder gar über dem Niveau von 2017 lagen (siehe Abb. 12).



Datenquelle: Statistik Austria, Demographische Indikatoren. Eigener Entwurf

Abb. 12: Entwicklung der Gesamtfertilitätsrate von 2017 bis 2021, differenziert nach der Urban-Rural-Typologie

Veränderung des Kinderwunsches

Im dritten Quartal 2021 wurden im Rahmen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung freiwillig zu beantwortende Zusatzfragen zum Einfluss der COVID-19-Pandemie auf den Kinderwunsch gestellt. Befragt wurden in österreichischen Privathaushalten lebende Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren und Männer im Alter von 20 bis 50 Jahren. Die Ergebnisse zeigen, dass nur wenige Personen (4,4 %) ihre Kinderwunschlpläne aufgrund der Pandemie verändert haben. Die Tendenz geht dabei zu weniger Kindern bzw. zu einem späteren Zeitpunkt für (weitere) Kinder: Von jenen Personen, die aufgrund der COVID-19-Pandemie ihre Kinderwunschlpläne geändert haben, wollen 36,4 Prozent nun weniger Kinder bzw. keine Kinder mehr, während sich 6,9 Prozent nun mehr Kinder wünschen. Für 56,7 Prozent gab es keine Änderungen in Bezug auf die gewünschte Kinderzahl. Fragt man nach dem Zeitpunkt, so möchten 12,0 Prozent nun früher ein (weiteres) Kind, verglichen mit 49,1 Prozent, die sich nun später ein (weiteres) Kind wünschen. Für 38,9 Prozent gab es keine Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt.

Vergleicht man die Ergebnisse anhand der Parität, zeigt sich, dass Personen mit einem Kind am häufigsten ihre Kinderwunschlpläne geändert haben (5,9 %). Bei kinderlosen Personen beträgt der Anteil 4,7 %; Personen mit zwei oder mehr Kindern haben ihre Pläne für weitere Kinder seltener geändert (3,2 %). Dieser Zusammenhang ist statistisch signifikant (Pearson-Chi-Quadrat-Test mit Rao-Scott Korrektur zweiter Ordnung, p-Wert = 0,040). Zwischen städtischen und ländlichen Regionen oder Männern und Frauen zeigen sich hingegen keine statistisch signifikanten Unterschiede beim Einfluss der Pandemie auf den Kinderwunsch.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass sich der Befragungszeitraum zum Teil mit der Hauptphase der COVID-19-Grundimmunisierung in Österreich im Sommer 2021 überschneidet. Da die zuvor präsentierten Ergebnisse einen temporären Rückgang der Zeugungen in dieser Phase zeigen, ist nicht auszuschließen, dass sich die für einen Teil der Stichprobe vermutlich rezente Impfung bzw. die (mediale) Präsenz der Impfkampagne auch im Antwortverhalten in der Erhebung widerspiegeln.

7 Auswirkungen der Lockdowns auf das Heirats- und Scheidungsverhalten der Bevölkerung

Eheschließungen

Die COVID-19-Pandemie dürfte, nicht nur in Österreich, die Pläne vieler Personen durcheinandergebracht haben, die vorgehabt hatten, sich 2020 trauen zu lassen (vgl. WAGNER et al. 2021). Hierzulande wurden im Jahr 2020 insgesamt 39.662 Ehen geschlossen, was einem markanten Rückgang um 6.372 Trauungen gegenüber 2019 (46.034 Eheschließungen) entsprach (WISBAUER und SCHUSTER 2021). Jene, die das beliebte Hochzeitsdatum 22.02.2022 (Kalenderwoche 8) für sich beanspruchen wollten, hatten noch Glück und konnten ihre Trauung wie geplant ohne jegliche pandemiebedingte Einschränkung durchführen. Die Verhängung des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 machte jedoch Feier-

lichkeiten jeglicher Größenordnung praktisch unmöglich und führte somit zu zahlreichen Absagen geplanter Hochzeitstermine, sofern die Paare die Trauung nicht unter Ausschluss des Familien- und Freundeskreises durchführen wollten.

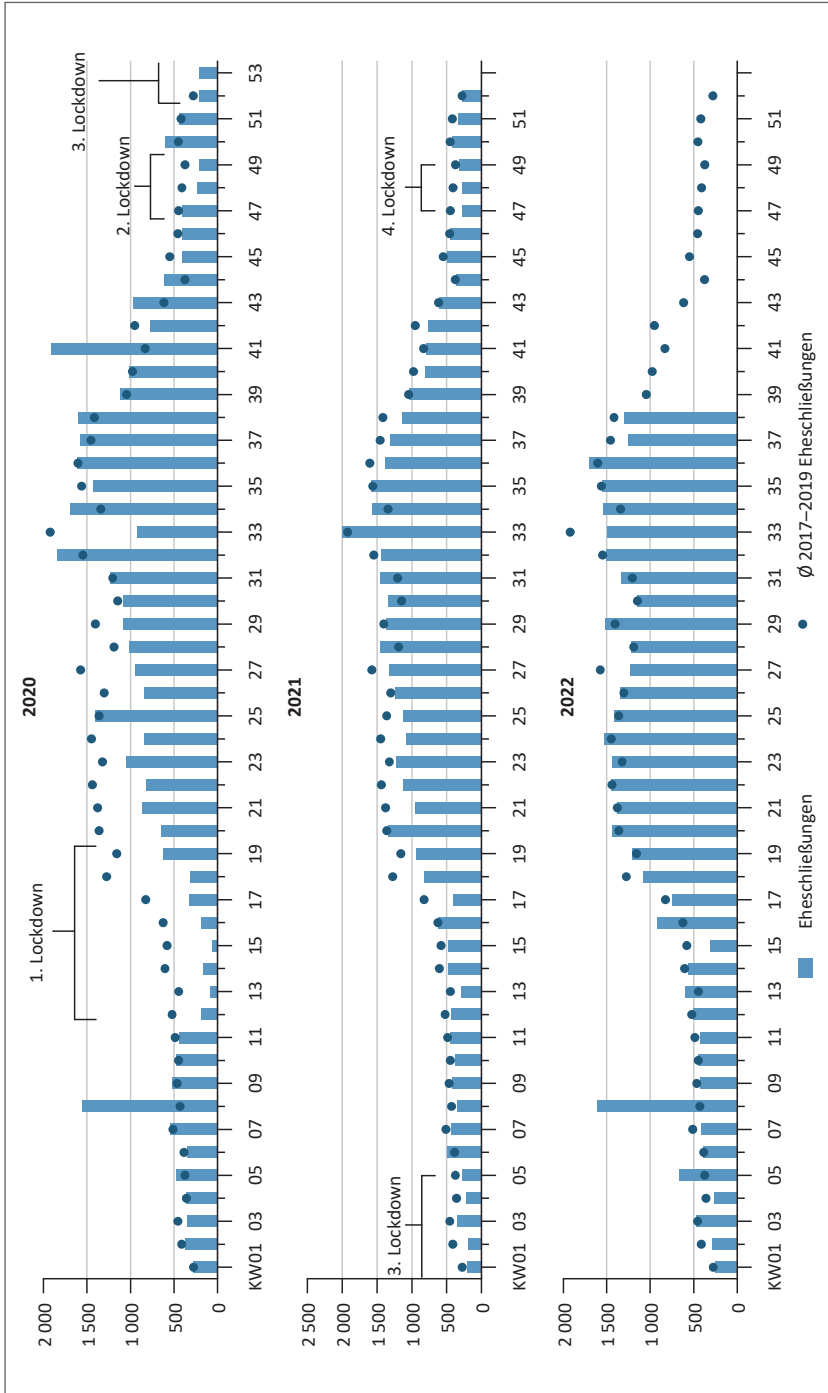
Dementsprechend zeigt Abbildung 13 einen drastischen Einbruch der Zahl der Eheschließungen ab der 12. Kalenderwoche 2020. Etwa in Kalenderwoche 15, in der in den drei Jahren vor der Pandemie durchschnittlich 580 Ehen geschlossen wurden, gaben sich 2020 nur 66 Paare das Ja-Wort (minus 89 %). In Kalenderwoche 18 gab es anstelle von durchschnittlich 1.275 nur 321 Eheschließungen (minus 75 %). Mit Ende des Lockdowns waren Eheschließungen am Standesamt in kleinstem Rahmen wieder möglich, allerdings blieben Feiern mit mehreren Personen noch länger verboten, was wohl viele dazu bewogen hat, ihren Termin zu verschieben bzw. erst für später festzulegen. Der sonst für Hochzeiten beliebte Frühsommer (ab etwa Kalenderwoche 20) wies ein deutlich unterdurchschnittliches Ausmaß an Eheschließungen auf. Deren Zahl näherte sich erst ab etwa der 30. Kalenderwoche wieder dem Durchschnitt der jeweiligen Kalenderwoche der Jahre 2017 bis 2019. Besondere Daten, wie der 08.08. (Kalenderwoche 32) und der 10.10. (Kalenderwoche 41), wurden zu Tagen, an denen in diesem Jahr die meisten Hochzeiten stattfanden.

Während der zwei nächsten Lockdowns kam es wieder zu Einbrüchen in der Zahl der Eheschließungen. Da diese allerdings im Winter stattfanden und zu dieser Zeit traditionell weniger Hochzeiten gefeiert werden, war hier der Rückgang geringer als beim ersten Lockdown. Allerdings blieb auch im Verlauf von 2021 die Zahl der Eheschließungen in den meisten Kalenderwochen unter dem Durchschnitt der jeweiligen Vergleichswochen 2017 bis 2019. Eine Ausnahme bildete beispielsweise Kalenderwoche 20 (Pfingsten). Erst ab Mitte Juli (ab Kalenderwoche 28) kam es zu einem gewissen Aufholeffekt mit überdurchschnittlich vielen Eheschließungen, der bis Anfang September anhielt. Danach gab es bis Jahresende – insbesondere, aber nicht nur, während des vierten Lockdowns – wieder unterdurchschnittlich wenige Hochzeiten. Zu dieser Zeit breitete sich allmählich die Virus-Variante „Delta“ aus und die Durchführung von Feierlichkeiten war wieder mit Unsicherheiten und Einschränkungen verbunden. Insgesamt wurden 2021 insgesamt 41.111 Ehen geschlossen – um 4.923 weniger als im letzten Jahr vor der Pandemie (2019).

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2022 normalisierte sich die Zahl der Eheschließungen und lag in fast allen Kalenderwochen sehr nahe am Durchschnitt der jeweiligen Vergleichswochen der Jahre 2017 bis 2019. Beliebte Hochzeitstermine waren der 02.02.2022 (Kalenderwoche 5) und der 22.02.2022 (Kalenderwoche 8). Zu anderen Feiertagen, wie beispielsweise zu Ostern (Kalenderwoche 15) sank die Zahl der Eheschließungen kurzfristig unter den Durchschnitt.

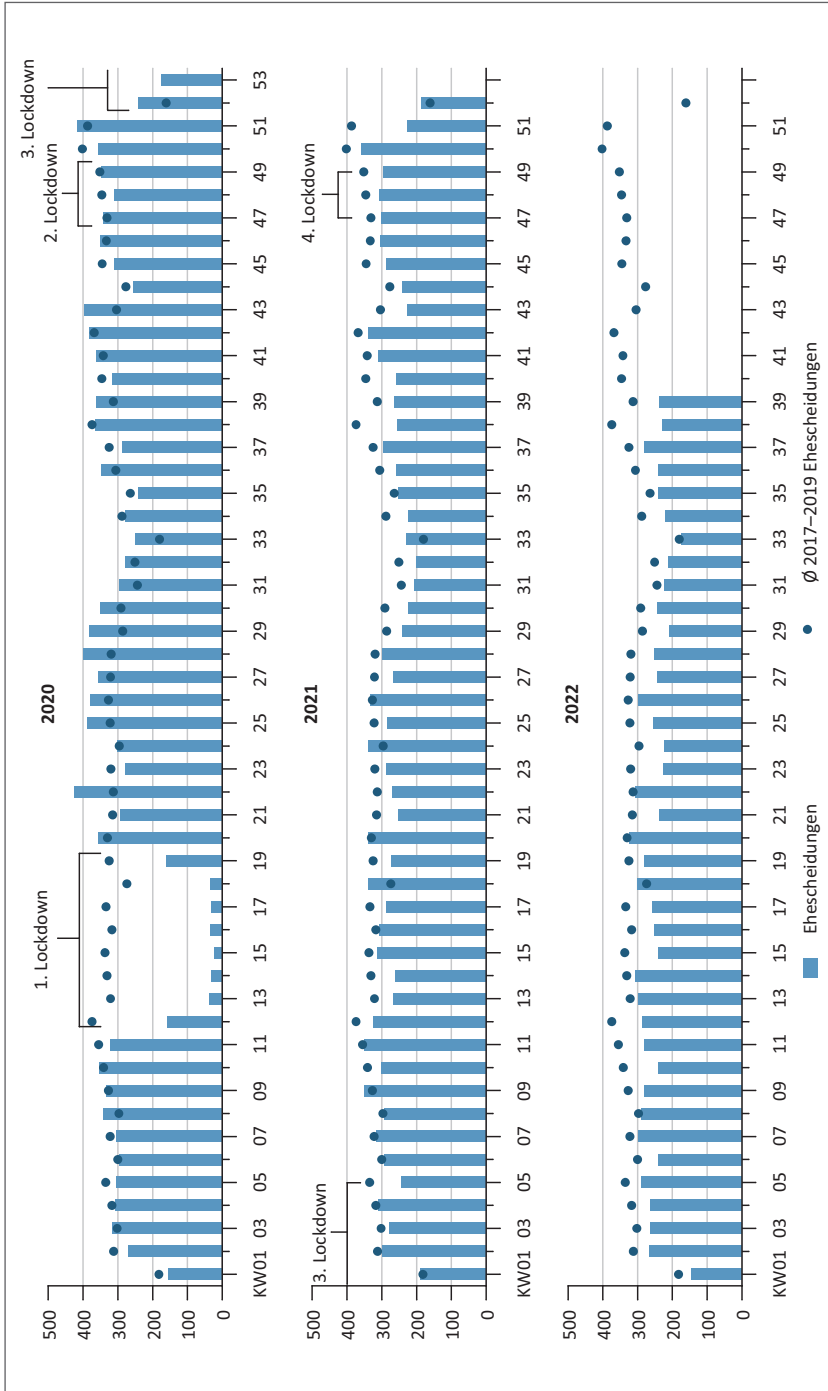
Ehescheidungen

Aber nicht nur für jene Menschen, die eine Ehe eingehen wollten, brachte die Pandemie Hindernisse. International ging die Zahl der Scheidungen während der Pandemie zurück (vgl. FALLESEN 2021; MANNING und PAYNE 2021). Dies zeigte sich auch in Österreich, denn durch die Schließung von Behörden bzw. die Einschränkung von Parteienverkehrszeiten wurde es schwieriger, sich scheiden zu lassen. Abbildung 14 zeigt, wie mit Beginn



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (für 2022: vorläufige Ergebnisse). Eigener Entwurf

Abb. 13: Entwicklung der wöchentlichen Eheschließungen von Anfang 2020 bis zum 3. Quartal 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik der Ehescheidungen (für 2022: vorläufige Ergebnisse). Eigener Entwurf.

Abb. 14: Entwicklung der wöchentlichen Ehescheidungen von Anfang 2020 bis zum 3. Quartal 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)

des ersten Lockdowns in der 12. Kalenderwoche 2020 die Zahl der Scheidungen markant zurückging, zeitweise um 93 Prozent (Kalenderwoche 15). Das Ende des Lockdowns (Kalenderwoche 19) brachte eine gewisse Stabilisierung der Scheidungszahlen im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019, wobei anhaltend reduzierte Parteienverkehrszeiten auch noch nach dem Lockdown die Zahl der Scheidungen unter den Durchschnitt drückten. Erst ab Kalenderwoche 25 wurden Scheidungen nachgeholt und lagen bis Kalenderwoche 33 durchgängig deutlich über dem Durchschnitt, danach schwankten sie bis Jahresende. Insgesamt kam es 2020 mit nur 14.870 Scheidungen (minus 1.449 im Vergleich zu 2019) zur niedrigsten Zahl an Scheidungen seit Ende der 1980er Jahre (WISBAUER und SCHUSTER 2021). Im Jahr 2021 war die Zahl der Scheidungen insgesamt sogar noch etwas niedriger (14.510), wobei sie fast durchgehend mit nur wenigen Ausnahmewochen unter dem Durchschnitt der jeweiligen Vergleichswochen 2017 bis 2019 lag. Auch für die ersten drei Quartale 2022 zeichnet sich noch keine Umkehr dieses Trends ab.

Geschlossene bzw. nur eingeschränkt tätige Gerichte resultierten nicht nur in weniger Scheidungen, sie beeinflussten auch die Verfahrensdauer von Scheidungen. Bei Scheidungen, die während des ersten Lockdowns von der 12. bis inklusive 19. Kalenderwoche 2020 rechtskräftig wurden, waren betroffene Parteien mit einer Verfahrensdauer von durchschnittlich 125 Tagen konfrontiert. Im Jahr davor (2019) betrug die Verfahrensdauer im gleichen Zeitraum nur 90 Tage.

8 Migrationsverhalten in der Pandemie – Internationale Migration und Binnenwanderung

Insbesondere der erste Lockdown, der Mitte März 2020 (ab Kalenderwoche 12) begann, umfasste eine Reihe von persönlichen Einschränkungen, die auch deutliche Auswirkungen auf die Mobilität von Personen hatten (SCHULZ et al. 2021) und damit auch Übersiedlungen von Hauptwohnsitzen erschwerten. Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen machten etwa die Besichtigungen von Wohnungen oder die Organisation von Umzügen schwierig. Die Schließung internationaler Grenzübergänge bzw. deren durch verschiedene Gesundheitsnachweise oder Quarantäneauflagen erschwerte Durchlässigkeit sowie die Einstellung von zahlreichen internationalen Flügen wurden schließlich zum Hindernis für Personen, die in das Ausland ziehen bzw. aus dem Ausland nach Österreich zu wandern wollten. Darüber hinaus hat die generell unsichere Situation vermutlich viele Menschen dazu gebracht, geplante Umzüge zu verschieben, vielleicht auch, weil Jobwechsel an andere Orte und Umzüge für Bildungszwecke vertagt oder abgesagt wurden (vgl. YILDIRIM et al. 2021). All das spiegelt sich in der österreichischen Migrationsstatistik wider.

Internationale Migration

Außenwanderungen, das heißt, internationale Migrationsvorgänge, die als An- und Abmeldungen von österreichischen Hauptwohnsitzen in die Daten von Statistik Austria ein-

gehen, brachen in der Zeit des ersten Lockdowns bis zur Wiederaufnahme des innereuropäischen Reiseverkehrs⁵⁾ in Österreich deutlich ein. Abbildung 15 zeigt, dass zwischen der 12. und der 24. Kalenderwoche 2020 sowohl die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Österreich als auch jene der Wegzüge in das Ausland im Vergleich zum Durchschnitt der jeweiligen Kalenderwochen der Jahre 2017 bis 2019 stark reduziert waren. In Kalenderwoche 18 lagen die Zuzüge sogar 58 Prozent und die Wegzüge 53 Prozent unter dem Durchschnitt der drei Vorjahre.

Nach Ende der strengen Reisebeschränkungen – zu Sommerbeginn 2020 wurden die Beschränkungen an den meisten österreichischen Außengrenzen gelockert und es gab wieder mehr und regelmäßige internationale Flugverbindungen – glichen sich die Werte für Zu- und Wegzüge wieder stückweise an die Durchschnittswerte der drei Jahre vor der Pandemie an.

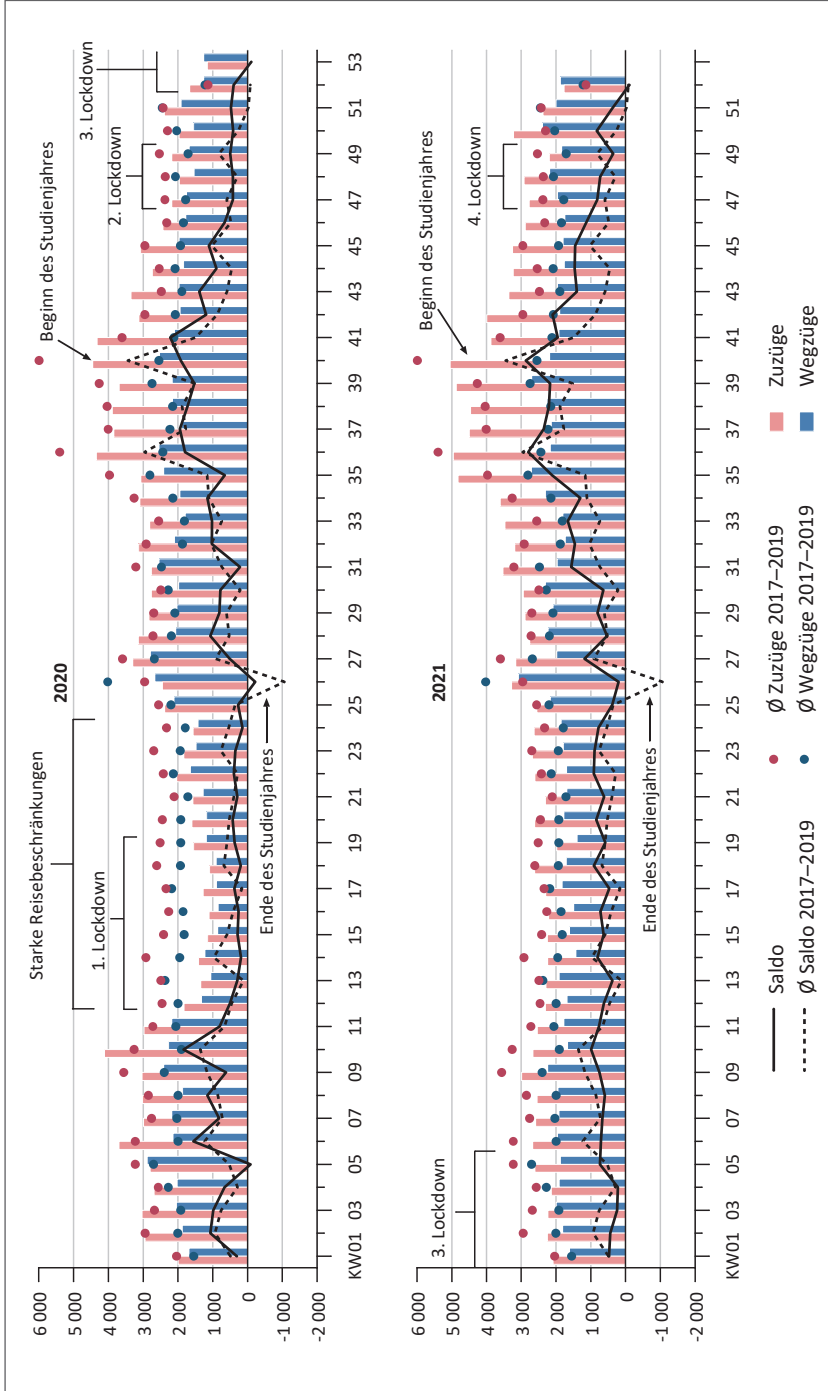
Während in früheren Jahren der Wanderungssaldo Ende Juni (Kalenderwoche 26) regelmäßig deutlich negativ wurde, fiel er 2020 nur vergleichsweise leicht unter Null (2020: –220 Personen, Durchschnitt 2017–2019: –1.062 Personen). Auch blieben die vor der Pandemie üblichen Saldospitzen in den Kalenderwochen 36 (Ende August) und 40 (Ende September) im Jahr 2020 flacher. Im Jahr 2021 wiederholte sich dieses Muster; es kann vermutlich durch die in beiden Pandemie Jahren geringere Inanspruchnahme von Auslandssemestern von Schüler/inne/n und Studierenden erklärt werden.

Die weiteren drei Lockdowns hatten wesentlich geringere Auswirkungen auf die Zahl der Außenwanderungen, was sich an den kleineren Differenzen der Zu- und Wegzüge zu den jeweiligen Durchschnittswerten für 2017 bis 2019 zeigt. Im Gegensatz zum ersten Lockdown waren in den späteren drei Lockdowns die Reisemöglichkeiten mit dem Ausland zwar erschwert, aber nicht so umfassend eingeschränkt.

Vom Sommer 2020 bis Ende 2021 gab es in Abhängigkeit des Pandemiegeschehens immer wieder Phasen von verstärkten Kontrollen an den österreichischen Grenzen, bei denen ein negativer COVID-19-Test und/oder ein Impfnachweis der Einreisenden verlangt wurden. Zwischenzeitlich musste auch nach der Einreise eine mehrtägige Quarantäne angetreten werden (beispielsweise Ende 2020/Anfang 2021). Oft galten solche Maßnahmen aber nur für Einreisen aus Staaten, die gerade als Risikogebiet eingestuft waren. Auch andere Staaten deklarierten Österreich als Risikogebiet und so schloss Ungarn beispielsweise von Herbst 2020 bis Sommer 2021 die Grenze zu Österreich, während Deutschland und andere Länder Reiswarnungen für Österreich verhängten (z. B. ab Mitte September 2020 oder ab Februar 2021), was die Zuwanderung aus diesen Ländern nach Österreich in diesen Perioden sicherlich reduzierte.

Ab der 11. Kalenderwoche 2021 (Mitte März) lagen die Außenwanderungszahlen wieder mehr oder weniger im Durchschnitt der drei Jahre vor der Pandemie. Ende Juli 2021 (ab ca. Kalenderwoche 30) begann schließlich ein Aufholeffekt bei den Zuzügen nach Österreich, die von da an bis fast zum Jahresende überdurchschnittlich hoch blieben. Da

⁵⁾ Innereuropäische Linienflüge von und nach Österreich wurden ab der 25. Kalenderwoche 2020 (zwar eingeschränkt, aber doch) wiederaufgenommen. Langstreckenflüge waren noch weitere zwei Wochen ausgesetzt. Danach gab es wieder regelmäßige Flugverbindungen, allerdings waren diese auch in Abhängigkeit der verschiedenen COVID-19-Regelungen in den Destinationsländern reduziert (vgl. Kleine Zeitung 2021).



Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 15: Entwicklung der wöchentlichen Zuzüge aus dem Ausland und der Wegzüge in das Ausland sowie des Außenwanderungssaldos 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)

dies bei den Wegzügen nicht der Fall war, war auch der Wanderungssaldo in diesem Zeitraum erhöht (vgl. Abb. 15).

Die COVID-19-Maßnahmen wirkten sich allerdings nicht in gleicher Weise auf die Migrationsvorhaben aller Personengruppen aus. Vor der Pandemie war im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 der Wanderungssaldo von österreichischen Staatsangehörigen in den Kalenderwochen 12 bis 24 durchgehend negativ, mit Durchschnittswerten zwischen –24 Personen (Dreijahresdurchschnitt der Kalenderwoche 24) und –126 Personen (Dreijahresdurchschnitt der Kalenderwoche 13). Mehr Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zogen in dieser Zeit aus Österreich weg als nach Österreich zu.

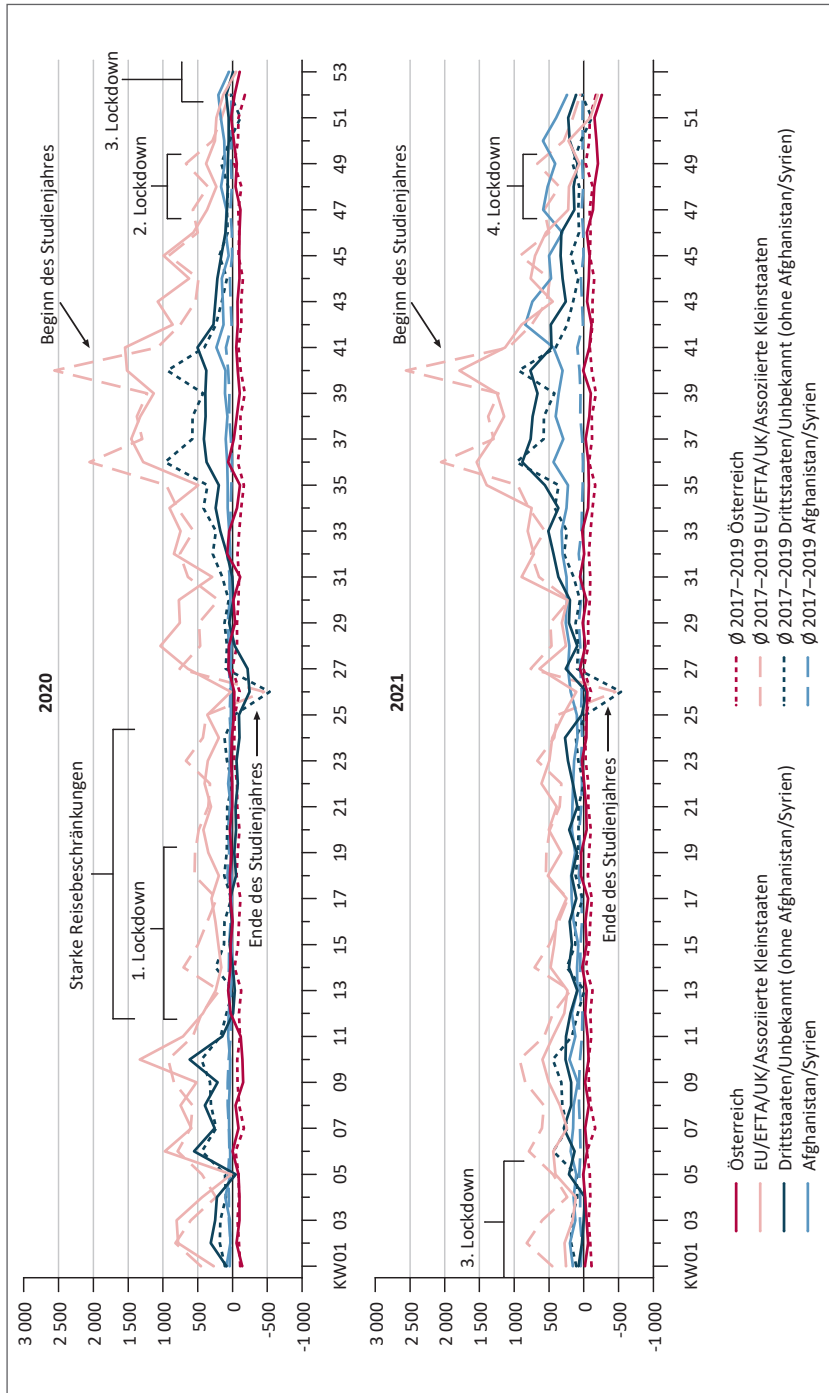
Als in dieser Phase im Jahr 2020 nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Staaten der Erde erste Lockdowns verhängt waren sowie der internationale Reiseverkehr generell stark beschränkt wurde, kehrten zahlreiche im Ausland lebende Österreicher/innen wieder in ihre alte Heimat zurück. Demzufolge war die Zuwanderung von österreichischen Staatsangehörigen nach Österreich in dieser Periode höher als die Zahl ihrer Auswanderungen, wodurch es in den meisten Kalenderwochen dieses Zeitraums zu einem leicht positiven Saldo kam, der zwischen +5 (Kalenderwoche 22) und +63 Personen (Kalenderwoche 13) lag.

Nach Kalenderwoche 24 blieb der Saldo 2020 und 2021 in den meisten Kalenderwochen aber – ebenso wie vor der Pandemie – wieder im negativen Bereich, fiel aber meist weniger stark als im Dreijahresdurchschnitt der jeweiligen Kalenderwochen 2017 bis 2019 aus.

Während der Zeit der strengen Mobilitätsbeschränkungen (12. bis 24. Kalenderwoche 2020) lagen die Wanderungssalden auch für nicht-österreichische Staatsangehörige insgesamt deutlich unter dem Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Da aber die längerfristigen internationalen Reisebeschränkungen weltweit nicht überall gleich lang galten, ergaben sich gewisse Unterschiede im Wanderungssaldo zwischen verschiedenen Staatsangehörigkeitsgruppen (Abb. 16).

Personen mit Staatsangehörigkeit eines EU- oder EFTA-Staates bzw. Großbritanniens oder eines mit diesen Ländern assoziierten Kleinstaates holten kurz nach Aufhebung der starken Reisebeschränkungen (Kalenderwochen 28 bis 30) ihre davor eingeschränkte Mobilität nach; in Kalenderwoche 30 lag der Wanderungssaldo dieser Gruppe gar 275 Prozent über dem Durchschnittswert der drei Jahre vor der Pandemie. Dieser „Aufhol-effekt“ ließ dann wieder nach und insbesondere zu Beginn des Schul- bzw. Semesterbeginns 2020 lag der Saldo deutlich unter dem Durchschnitt der drei Vorjahre. Auch zu Ende 2020/Anfang 2021 wanderten im Vergleich zu 2017 bis 2019 viel weniger Staatsangehörige aus dem EU-/EFTA-Raum nach Österreich ein, was mit dem erhöhten Infektionsgeschehen insgesamt, aber insbesondere auch mit dem Landverbot für Flugzeuge aus dem Vereinigten Königreich in Zusammenhang stehen kann. Auch als zu Beginn der Omikron-Welle (Ende 2021) neuerlich Flüge aus dem Vereinigten Königreich nach Österreich verboten wurden, fiel die Zahl der Einwanderungen einzig aus dieser Ländergruppe unter den Dreijahresdurchschnitt (Kalenderwoche 52).

Für Staatsangehörige von Drittstaaten (ohne Syrien und Afghanistan) fiel der Wanderungssaldo ebenfalls während der starken Reisebeschränkungen unter den Durchschnitt des Vergleichszeitraums 2017 bis 2019. Im Gegensatz zu EU-/EFTA-Staatsangehörigen



Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 16: Entwicklung des wöchentlichen Außenwanderungssaldos 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)

blieb der Saldo dieser Gruppe dann aber bis inklusive Kalenderwoche 40 unterdurchschnittlich.

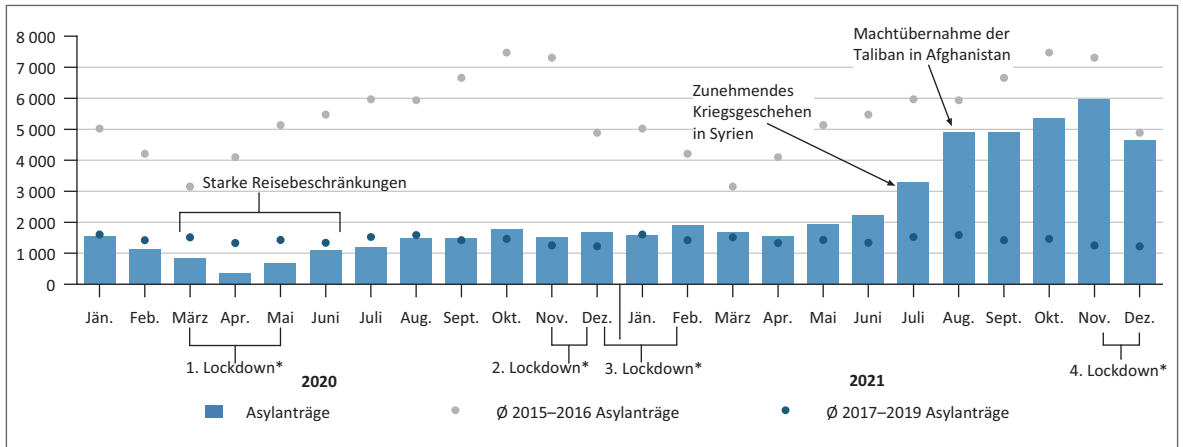
Erst ab der 41. Kalenderwoche 2020, die Anfang September den Semesterbeginn an den Universitäten brachte, stieg der Saldo dieser Personengruppe leicht über den Dreijahresdurchschnitt der Vorpandemiejahre. 2021 war der Wanderungssaldo von Drittstaatsangehörigen in den ersten 10 Wochen meist unterdurchschnittlich gering; möglicherweise sorgte das Aufbäumen der Omikron Welle für Unsicherheiten bezüglich möglicher Umzüge zwischen Kontinenten. Danach lag er aber bis auf wenige Ausnahmen jede Woche bis Jahresende über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019.

Der Wanderungssaldo von Personen mit syrischem oder afghanischem Pass blieb nach dem ersten Lockdown bis zur 32. Kalenderwoche 2020 unter dem Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Ab Kalenderwoche 33 (Mitte August 2020) änderte sich dies aber und der Saldo dieser Personengruppe war von da an bis Ende 2021 überdurchschnittlich hoch, wobei er insbesondere ab dem Sommer 2021 anstieg. Möglicherweise ist diese Zunahme durch einen gewissen „Aufholeffekt“ bzw. durch Personen, die in den vorherigen Monaten auf Fluchtrouten wegen COVID19-Restriktionen nur verzögert vorangekommen waren und nun in Österreich eintrafen, mitbedingt. Eine wesentliche Rolle spielte aber sicher das zur gleichen Zeit zunehmende Kriegsgeschehen in Syrien sowie die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021.

Asylanträge

Eingeschränkte Reisemöglichkeiten erschwerten es auch geflüchteten Menschen, nach Österreich zu kommen. Die Asylstatistik des Bundesministeriums für Inneres erlaubt die Darstellung der monatlich in Österreich gestellten Asylanträge während der beiden Pandemiejahre 2020 und 2021 im Vergleich zu den Vorjahren 2017 bis 2019 sowie zu den antragsstarken Jahren 2015 und 2016 (Abb. 17). In den Monaten März und April 2020, in die der erste Lockdown fiel, ging die Zahl der Asylanträge stark zurück und sie blieb auch im Mai noch deutlich unter dem Durchschnitt der drei Jahre vor der Pandemie. Wurden jeweils im April der drei Jahre vor der Pandemie durchschnittlich 1.333 Asylanträge in Österreich gestellt, waren es 2020 nur 359. Erst ab den Sommermonaten wurden wieder ähnlich viele Asylanträge gestellt wie im Durchschnitt der Vergleichsmonate der Vorjahre.

Wie bei den Außenwanderungen hatten die folgenden Lockdowns wenig Effekt auf die Zahl der Asylanträge, was vermutlich daran liegt, dass internationale Reisebeschränkungen, insbesondere auf wichtigen Fluchtstrecken nach Österreich, weitgehend aufgehoben bzw. mit entsprechenden Gesundheitsnachweisen möglich waren. Der stark überdurchschnittliche Anstieg der Asylanträge ab dem Sommer 2021 ist – genauso wie die steigende Zuwanderung aus Syrien und Afghanistan in dieser Zeit – neben gewissen Aufholeffekten auch mit dem weltpolitischen Geschehen zu erklären und keine unmittelbare Konsequenz von COVID-19. Die hohen Antragszahlen der Jahre 2015/2016 wurden 2021 dennoch nie erreicht.



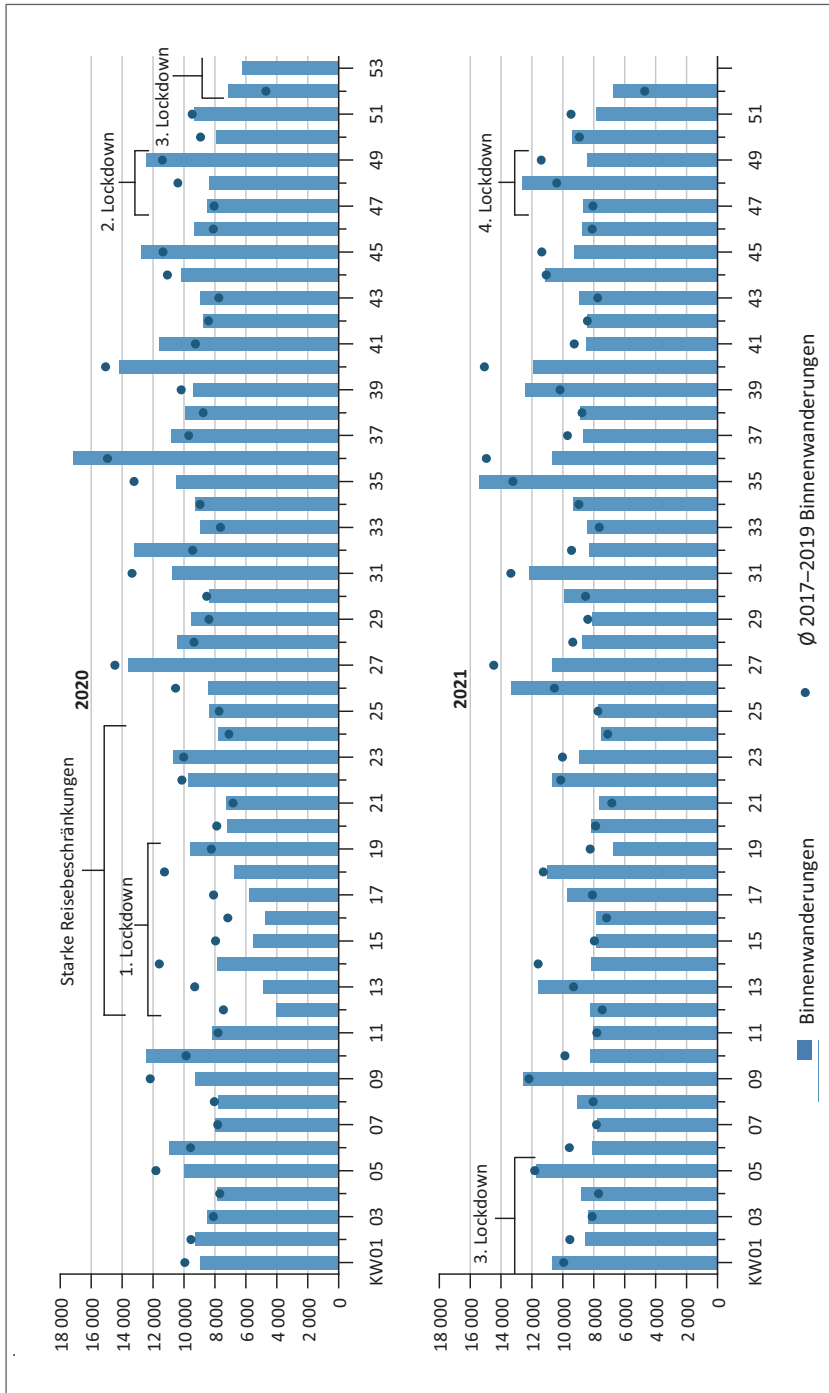
Datenquelle: Bundesministerium für Inneres, Asylstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 17: Entwicklung der monatlichen Asylanträge in Österreich 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 sowie zum Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2016

Umzüge innerhalb Österreichs

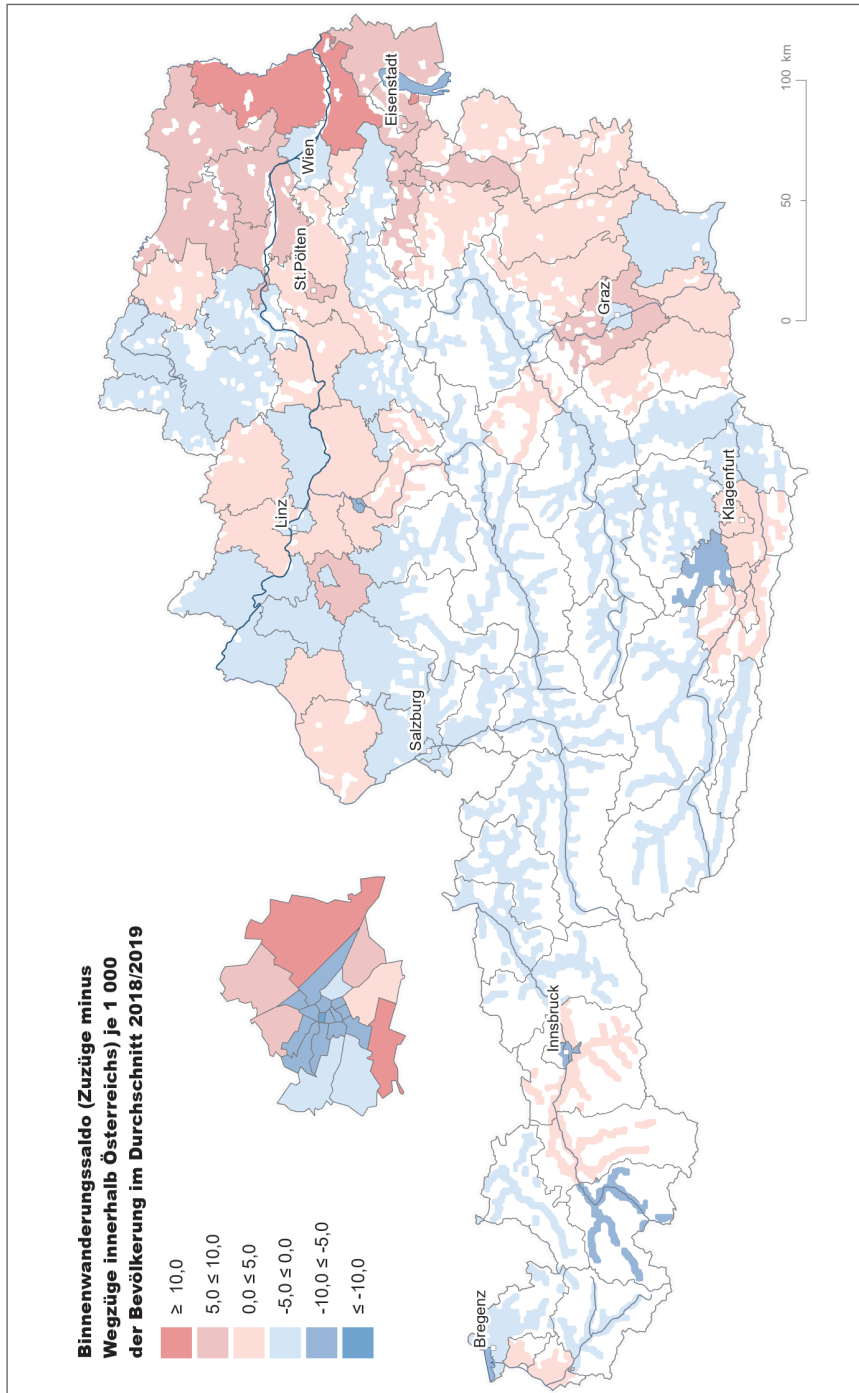
Ummeldungen von Hauptwohnsitzen innerhalb Österreichs werden als Binnenwanderungen bezeichnet. Abbildung 18 zeigt die Zahl der Binnenwanderungen zwischen österreichischen Gemeinden 2020 und 2021. Dass viele Mietverträge in Österreich jeweils zu Monatsbeginn in Kraft treten und Wohnsitzwechsel daher gehäuft in der ersten Woche eines jeden Monats gemeldet werden, spiegelt sich in den höheren Werten der entsprechenden Kalenderwochen wider. Es lässt sich erkennen, dass direkt nach Beginn des ersten Lockdowns Mitte März 2020 (12. Kalenderwoche) die Zahl der Binnenwanderungen zwischen Gemeinden deutlich zurückging und unter dem Durchschnitt der drei Jahre vor Pandemiebeginn verblieb. In den ersten beiden Wochen lag die Zahl der Binnenwanderungen sogar 46 Prozent (Kalenderwoche 12) bis 47 Prozent (Kalenderwoche 13) unter den jeweiligen Vergleichswerten der Vorjahre. Allerdings hielt dieser deutliche Rückgang nur bis zur 18. Kalenderwoche (Anfang Mai 2020) an. Die Aufhebung der drastischen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im Mai 2020 hatte anscheinend auch Auswirkungen auf die innerösterreichischen Umzugspläne der Menschen, aber auch andere Gründe (z. B. krisenbedingte Jobwechsel) können hier eine Rolle gespielt haben.

Die weiteren Lockdowns hatten nur mehr geringere Effekte auf die Zahl der Binnenwanderungen. Im Verlauf des Jahres 2020 fällt allerdings auf, dass es über den Sommer (ab Anfang Juli, Kalenderwoche 28) in vielen Wochen mehr Umzüge zwischen Gemeinden gab als im Durchschnitt der Vergleichswochen 2017 bis 2019. Insbesondere die Woche vor Schulbeginn in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland (36. Kalenderwoche 2020) dürften überdurchschnittlich viele Menschen für einen Umzug genutzt haben.



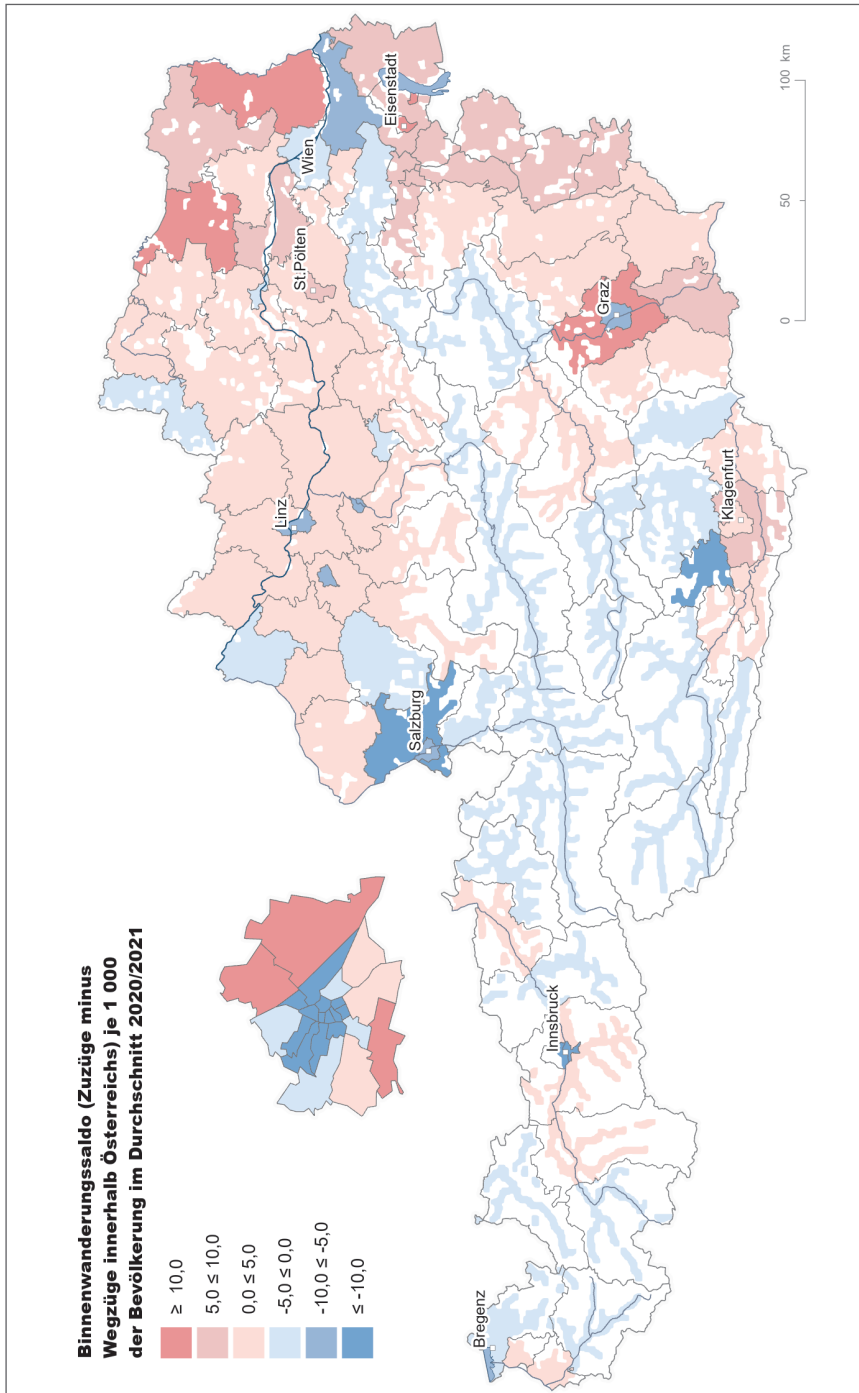
Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 18: Entwicklung der wöchentlichen Binnenwanderungen zwischen Gemeinden (ohne Wiener Bezirke) 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)



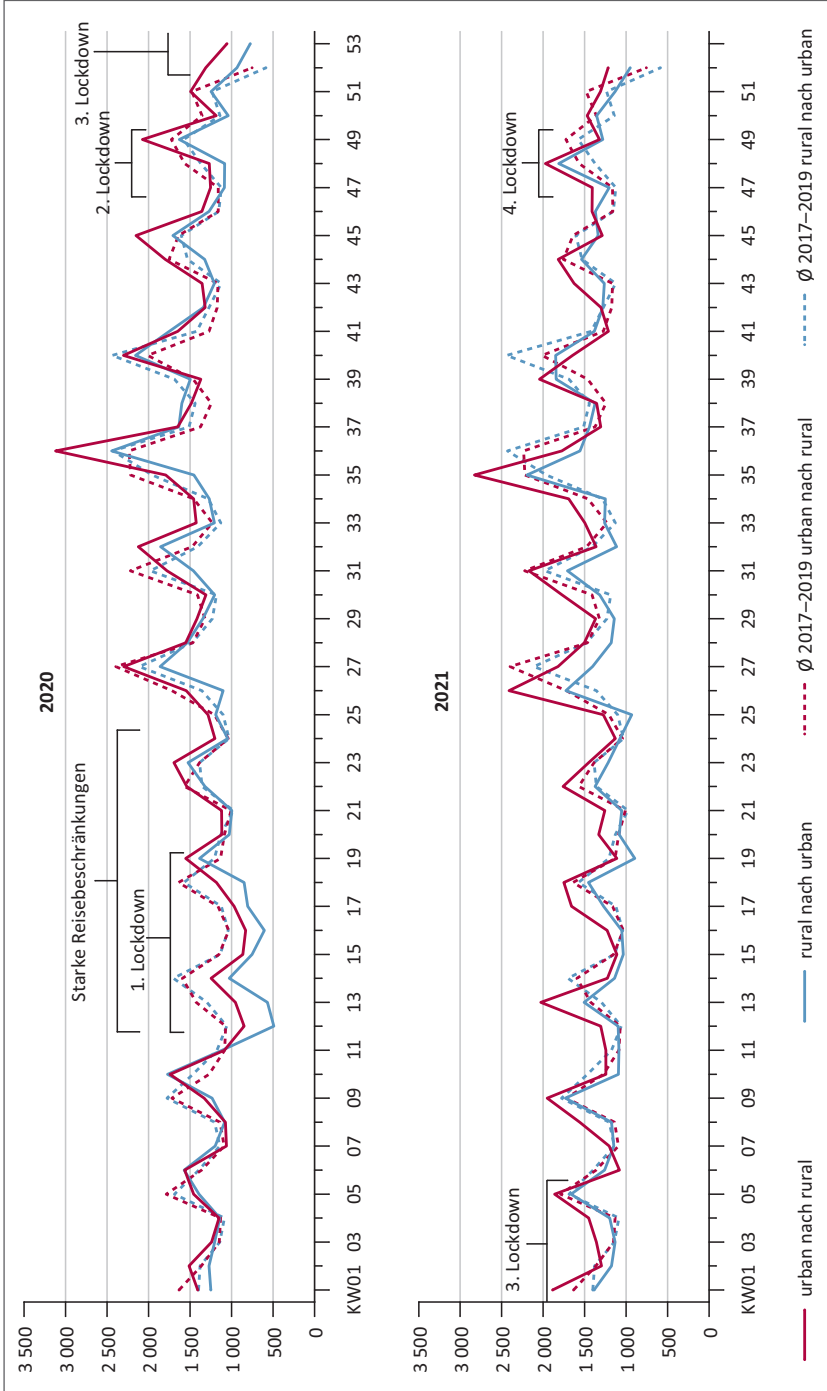
Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 19: Binnenwanderungssaldo im Durchschnitt der Jahre 2018 und 2019, differenziert nach Politischen Bezirken



Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 20: Binnenwanderungssaldo im Durchschnitt der Jahre 2020 und 2021, differenziert nach Politischen Bezirken



Datenquelle: Statistik Austria, Wanderungstatistik. Eigener Entwurf

Abb. 21: Entwicklung der wöchentlichen Binnenwanderungen zwischen städtisch-urbanen und ländlich-ruralen Gemeinden 2020 und 2021 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 (KW = Kalenderwoche)

Abbildung 21 zeigt darüber hinaus, dass in der Zeit nach dem ersten Lockdown mehr Personen als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019 von Gemeinden des städtischen Raums in Gemeinden des ländlichen Raums gezogen sind. Auffallend hoch ist dieser Unterschied wieder in Kalenderwoche 36 des Jahres 2020 bzw. Kalenderwoche 35 des Jahres 2021 (Schulbeginn im Osten Österreichs).

Die Abwanderung aus den Städten hin zu eher ländlichen Gebieten während der Corona-Jahre dürfte ein Phänomen sein, das sich in mehreren europäischen Staaten gezeigt hat (GONZÁLEZ-LEONARDO et al. 2022). Welche Bezirke im Zuge von innerösterreichischen Wohnsitzwechselln während der Pandemie neue Beliebtheit erfahren haben, zeigt ein Vergleich der beiden Abbildungen 19 und 20 (auf den Seiten 56 und 57), in denen jeweils der durchschnittliche Wanderungssaldo von zwei Jahren dargestellt ist – einmal der beiden Jahre vor der Pandemie (2018/2019 in Abbildung 19) und einmal der beiden ersten Jahre der Pandemie (2020/2021 in Abbildung 20).

Es fällt auf, dass es 2020/2021 mehr Regionen im weiteren Umkreis der meisten Landeshauptstädte gab, die einen positiven Wanderungssaldo verzeichnen konnten, während dieser 2018/2019 negativ war. Beispielsweise konnten weite Teile des Waldviertels ebenso wie Bezirke im weiteren Umland von Linz einschließlich des östlichen Mühlviertels und des Salzkammerguts (Bezirk Gmunden) ebenso wie Bezirke im Alpenvorland und am Alpenrand (Kirchdorf an der Krems, Steyr Land, Scheibbs) und die Südoststeiermark – also zum Teil ausgeprägt ländlich-rurale Bezirke – mehr Zuzüge als Wegzüge verbuchen. In den Städten Wien, Graz, Linz, Innsbruck und Salzburg, die schon vor der Pandemie mehr innerösterreichische Wegzüge als Zuzüge verbuchten, blieb der negative Binnenwanderungssaldo bestehen, vergrößerte sich jedoch teilweise deutlich.

9 Die gestiegene Bedeutung von Nebenwohnsitzmeldungen während der Pandemie

Während der Lockdown-Phasen verbrachten viele Menschen einen Großteil ihrer Zeit zu Hause in den eigenen vier Wänden. Urlaubsreisen waren aufgrund geschlossener Hotel- und Ferienbetriebe kaum möglich und auch Besuche bei Verwandten und Bekannten konnten während der Gültigkeit der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen kaum legal stattfinden. Die entsprechenden Verordnungen sahen jedoch stets Ausnahmeregelungen für die Fahrt zwischen dem Hauptwohnsitz und allfällig vorhandenen Nebenwohnsitzen vor, sodass beispielsweise Besuche bei Eltern oder Großeltern jederzeit zulässig waren, sofern man selbst bei ihnen mit Nebenwohnsitz gemeldet war. Damit erlangte die Nebenwohnsitzmeldung plötzlich eine neue rechtliche Bedeutung, indem mit ihr eine Ausweitung der legalen Aktionsmöglichkeiten während der jeweiligen Lockdowns verbunden war.

Entsprechend lohnenswert ist somit auch ein Blick auf die quantitative Entwicklung der Nebenwohnsitzmeldungen und der multilokalen Bevölkerung in Österreich, wobei die statistischen Auswertungen zu diesem Thema grundsätzlich auf zwei verschiedene Arten erfolgen können: einerseits in personenbezogener und andererseits – da eine Person auch über mehrere Nebenwohnsitze verfügen kann – in wohnsitzbezogener (oder fallbezogener) Betrachtungsweise (vgl. WISBAUER et al. 2013).

Veränderung der Nebenwohnsitzmeldungen sowie der multilokal lebenden Bevölkerung

Am 1. Jänner 2020, dem letztverfügbaren Stichtag vor Beginn der Corona-Pandemie, umfasste die Wohnbevölkerung Österreichs insgesamt 8.901.064 Personen. Diese Zahl entspricht der statistisch bereinigten Menge der in Österreich gemeldeten Hauptwohnsitze, da jede Person nur an einem einzigen Hauptwohnsitz gemeldet sein kann. Rund 9,1 Prozent (813.885 Personen) der österreichischen Bevölkerung verfügten neben ihrem Hauptwohnsitz auch noch über mindestens einen Nebenwohnsitz in Österreich. Der Großteil davon hatte nur einen einzigen Nebenwohnsitz, immerhin 50.978 Personen hatten zwei Nebenwohnsitze, 3.812 sogar drei und 366 Personen vier oder mehr Nebenwohnsitze.

Auf Fall-Ebene ergaben sich daher insgesamt 873.633 Nebenwohnsitze von in Österreich mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen. Dazu kamen noch 353.623 Nebenwohnsitze von insgesamt 345.865 Personen, die in Österreich keinen Hauptwohnsitz gemeldet hatten. In Summe ergaben sich somit 1.227.256 Nebenwohnsitze zum Stichtag 1. Jänner 2020 (Tabelle 3). Diese Zahl erhöhte sich im ersten Halbjahr 2020 nur relativ moderat um 0,9 Prozent auf 1.238.067 Nebenwohnsitze am 1. Juli 2020, wobei es jedoch zu zwei gegensätzlichen Entwicklungen kam: Während sich einerseits die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich bereits um 18.670 Fälle bzw. 2,1 Prozent erhöhte, ging andererseits die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich um 7.859 Fälle bzw. 2,2 Prozent durchaus deutlich zurück. Dieser Rückgang war in erster Linie eine Folge der Ausreise zahlreicher nur mit Nebenwohnsitz in Österreich gemeldeter Saisonarbeitskräfte in der Tourismus-Branche zu Beginn des ersten Lockdowns, als es zu den Schließungen der Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe gekommen war.

Im zweiten Halbjahr 2020 blieb die Zahl der Nebenwohnsitze von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich auf praktisch unverändertem Niveau, während gleichzeitig 49.861 neue Nebenwohnsitze von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich angemeldet wurden. Somit gab es mit Stichtag 1. Jänner 2021 um fast 5 Prozent mehr Nebenwohnsitze in Österreich als noch ein Jahr zuvor. Der Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte und lag nun bei 9,8 Prozent. Im ersten Halbjahr 2021 wurden insgesamt weitere 73.934 Nebenwohnsitze in Österreich angemeldet, wobei mehr als drei Viertel davon auf Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich und die übrigen 22,5 Prozent auf Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich entfielen. In der zweiten Jahreshälfte 2021 stieg die Zahl der Nebenwohnsitze in Österreich um weitere 35.232 Fälle an; rund 56 Prozent davon wurden von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich angemeldet, die übrigen 44 Prozent gehörten Personen ohne Hauptwohnsitz im Inland. Am Stichtag 1. Jänner 2022 gab es somit insgesamt 1.396.494 Nebenwohnsitze in Österreich, um 13,8 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Dabei fiel der Anstieg bei den Nebenwohnsitzen von Personen, die auch in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben, mit 16,6 Prozent um einiges stärker aus als jener bei Personen ohne österreichischen Hauptwohnsitz (6,7 Prozent).

Zu Jahresbeginn 2022 gab es insgesamt 937.008 Menschen mit Haupt- und Nebenwohnsitz in Österreich, um 123.123 Personen bzw. 15,1 Prozent mehr als zu Jahresbeginn 2020. Zwar hatte nach wie vor der überwiegende Großteil davon nur einen einzigen Nebenwohnsitz, aber die Zuwächse bei Personen mit mehreren Nebenwohnsitzen waren beachtlich:

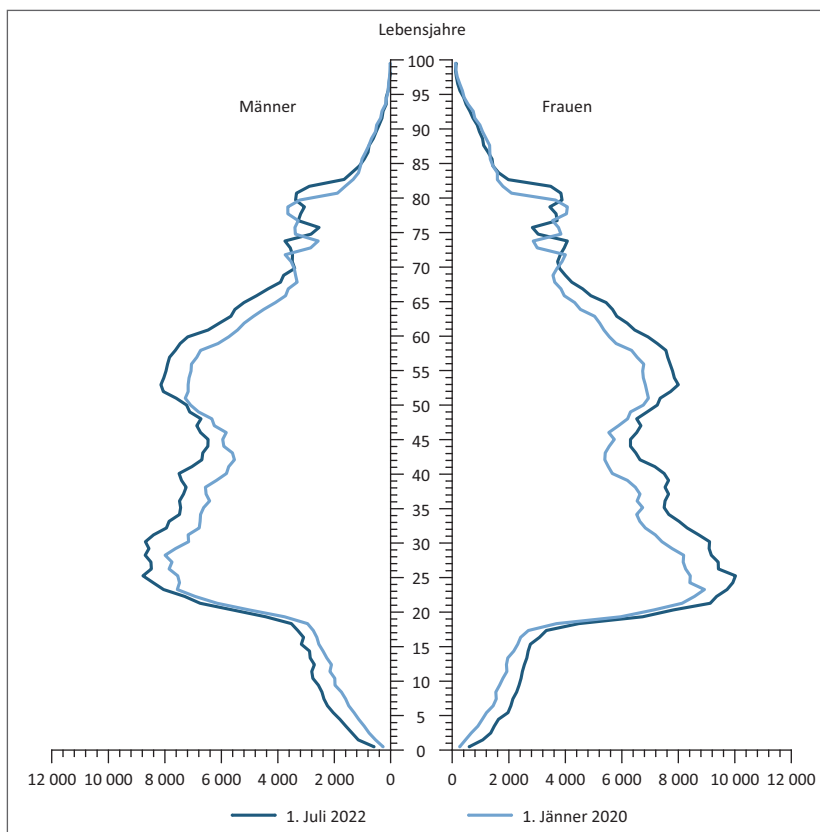
	01.01.2020	01.07.2020	01.01.2021	01.07.2021	01.01.2022	01.07.2022
	absolut					
Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz in Österreich)	8.901.064	8.912.293	8.932.664	8.945.279	8.978.929	9.059.373
– Bevölkerung ohne Nebenwohnsitz	8.087.179	8.082.586	8.059.969	8.025.113	8.041.921	8.123.866
– Bevölkerung mit Nebenwohnsitz(en)	813.885	829.707	872.695	920.166	937.008	935.507
Personen nur mit Nebenwohnsitz (ohne Hauptwohnsitz in Österreich)	345.865	337.391	336.229	351.809	366.686	368.078
Nebenwohnsitze insgesamt	1.227.256	1.238.067	1.287.328	1.361.262	1.396.494	1.397.167
– Nebenwohnsitze von Personen mit Haupt- wohnsitz in Österreich	873.633	892.303	942.164	999.432	1.019.011	1.018.185
– Nebenwohnsitze von Personen ohne Haupt- wohnsitz in Österreich	353.623	345.764	345.164	361.830	377.483	378.982
	relativ (01.01.2020 = 100 %)					
Bevölkerung (mit Hauptwohnsitz in Österreich)	100,0	100,1	100,4	100,5	100,9	101,8
– Bevölkerung ohne Nebenwohnsitz	100,0	99,9	99,7	99,2	99,4	100,5
– Bevölkerung mit Nebenwohnsitz(en)	100,0	101,9	107,2	113,1	115,1	114,9
Personen nur mit Nebenwohnsitz (ohne Hauptwohnsitz in Österreich)	100,0	97,5	97,2	101,7	106,0	106,4
Nebenwohnsitze insgesamt	100,0	100,9	104,9	110,9	113,8	113,8
– Nebenwohnsitze von Personen mit Haupt- wohnsitz in Österreich	100,0	102,1	107,8	114,4	116,6	116,5
– Nebenwohnsitze von Personen ohne Haupt- wohnsitz in Österreich	100,0	97,8	97,6	102,3	106,7	107,2

Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes

Tab. 3: Entwicklung der Personen mit Haupt- bzw. Nebenwohnsitz sowie Veränderung der Anzahl der Nebenwohnsitze in Österreich vom 1. Jänner 2020 bis 1. Juli 2022

68.806 Personen hatten zu Jahresbeginn 2022 zwei Nebenwohnsitze (+35,0 Prozent gegenüber dem 1. Jänner 2020), 5.687 sogar drei (+49,2 Prozent) und 581 Personen vier oder mehr Nebenwohnsitze (+58,7 Prozent). Der Anteil der Hauptwohnsitz-Bevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz in Österreich stieg von 9,1 Prozent am 1. Jänner 2020 auf 10,4 Prozent am 1. Jänner 2022 an. Dieses Ausmaß an multilokal lebender Bevölkerung sowie das Niveau der gemeldeten Nebenwohnsitze in Österreich blieb auch im Lauf des ersten Halbjahres 2022 weitgehend stabil, es kam lediglich zu einer minimalen Reduktion der Nebenwohnsitze von Menschen mit Inlands-Hauptwohnsitz bei gleichzeitig geringfügiger Zunahme an Nebenwohnsitzen von Personen ohne Hauptwohnsitz in Österreich.

Ein Blick auf die Alters- und Geschlechtsstruktur der multilokal lebenden Bevölkerung (siehe Abb. 22) zeigt, dass es in den betrachteten zweieinhalb Pandemie-jahren in praktisch allen Altersjahren vom Säuglingsalter bis zum Pensionsantrittsalter zu einem



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes. Eigener Entwurf

Abb. 22: Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz in Österreich am 1. Jänner 2020 und am 1. Juli 2022 im Vergleich (absolute Zahlen)

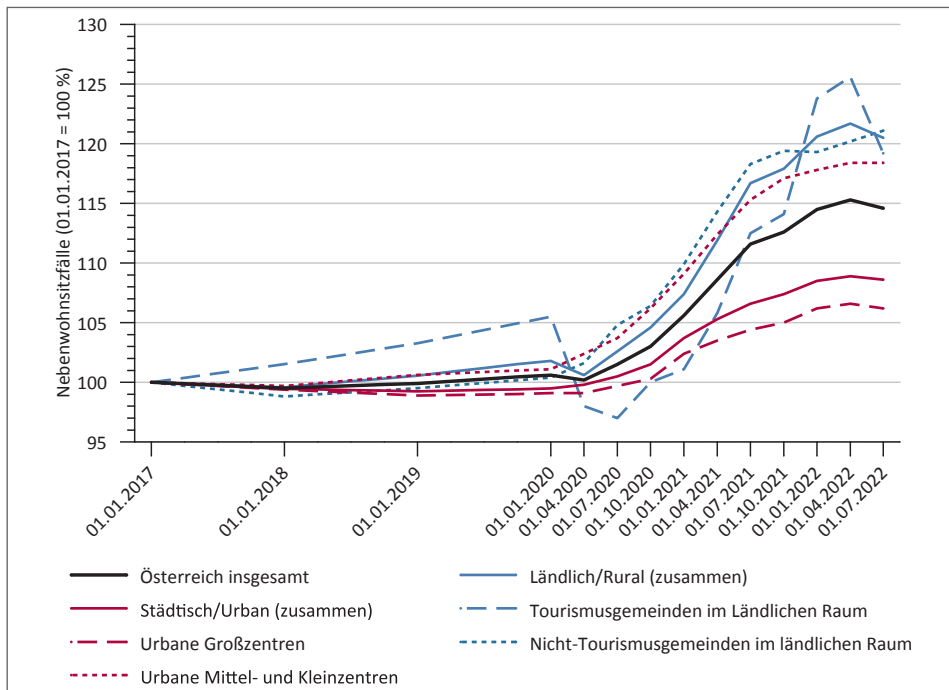
Zuwachs gekommen ist. Bei jüngeren Erwachsenen im Alter von etwa 20 bis 40 Jahren fielen die Zuwächse an Personen mit mindestens einer Nebenwohnsitzmeldung etwas größer aus als bei Kindern und Jugendlichen sowie Personen im mittleren Erwachsenenalter. Kaum verändert hat sich hingegen die Zahl der multilokal lebenden Menschen im Pensionsalter ab etwa 65 Jahren. Der Anteil der Hauptwohnsitz-Bevölkerung mit mindestens einem Nebenwohnsitz in Österreich war am 1. Jänner 2020 mit rund 15 Prozent bei den 22- und 23-Jährigen am höchsten und stieg bis zum 1. Juli 2022 um rund zwei Prozentpunkte auf 17 Prozent an. In allen anderen Altersgruppen blieben die Anteile der multilokal lebenden Bevölkerung unter diesem Niveau, bei den Kindern und Jugendlichen sowie den Menschen im Pensionsalter sogar weitgehend unter der 10 Prozent-Marke.

Regionale Muster der Nebenwohnsitzmeldungen und ihre Veränderung während der Pandemie

Erwartungsgemäß unterschieden sich die Zuwachsraten an Nebenwohnsitzen in den städtischen und ländlichen Gemeindetypen während der Pandemie deutlich voneinander. Abbildung 23 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Nebenwohnsitze vom 1. Jänner 2017 bis zum 1. Juli 2022, wobei aufgrund der unterschiedlichen Häufigkeit von Nebenwohnsitzen in den einzelnen Gemeindetypen die relative Veränderung, ausgehend vom Basisstichtag 1. Jänner 2017, dargestellt ist. Zwischen 1. Jänner 2017 und 1. Jänner 2020 kam es generell nur zu sehr geringen Veränderungen der Nebenwohnsitzzahlen, wobei im ländlichen Raum die Zuwächse an Nebenwohnsitzen tendenziell etwas größer ausfielen als in den städtisch-urbanen Regionen.

Nach einem kleinen Einbruch im ersten Quartal 2020, der – wie bereits erwähnt – auf die Abmeldung von Tourismusarbeitskräften zu Beginn des ersten Lockdowns zurückgeführt werden kann, setzte beginnend mit dem zweiten Quartal 2020 ein zunehmender Boom bei den Anmeldungen von Nebenwohnsitzen ein, der vor allem im zweiten Halbjahr 2020 sowie im ersten Halbjahr 2021 seinen Höhepunkt erreichte und praktisch alle Gemeindetypen mit Ausnahme der urbanen Großzentren betraf. Zwar erhöhte sich auch dort die Zahl der Nebenwohnsitzfälle, jedoch fiel das Ausmaß der Zunahme mit lediglich 6,2 Prozent in den fünfeneinhalb Jahren seit dem 1. Jänner 2017 vergleichsweise gering aus. In den urbanen Mittel- und Kleinzentren gab es hingegen am 1. Juli 2022 um 18,4 Prozent mehr Nebenwohnsitze als am 1. Jänner 2017. Mit einem Plus von 20,5 Prozent fielen die Zuwächse in den ländlich-ruralen Gemeinden noch etwas höher aus, wobei es praktisch keine Unterschiede zwischen den regionalen Zentren und den Außenzonen von Zentren (jeweils +20,4 Prozent) und dem ländlichen Raum abseits von Zentren (+20,6 Prozent) gab, weshalb in Abbildung 23 auch auf diese Differenzierung verzichtet wurde.

Unterscheidet man die Kommunen des ländlich-ruralen Raumes jedoch nicht nach ihrer Zentralität, sondern nach der Bedeutung des Tourismus, so ergeben sich durchaus auffällige Unterschiede. Bereits in den drei Jahren vor der Corona-Pandemie kam es in den ländlich-ruralen Gemeinden mit großer Bedeutung des Tourismus zu einem nennenswerten Anstieg der Nebenwohnsitzmeldungen. Im ersten Halbjahr 2020 änderte sich dies grundlegend, da die Abmeldung der Saisonarbeitskräfte insbesondere in den touristisch



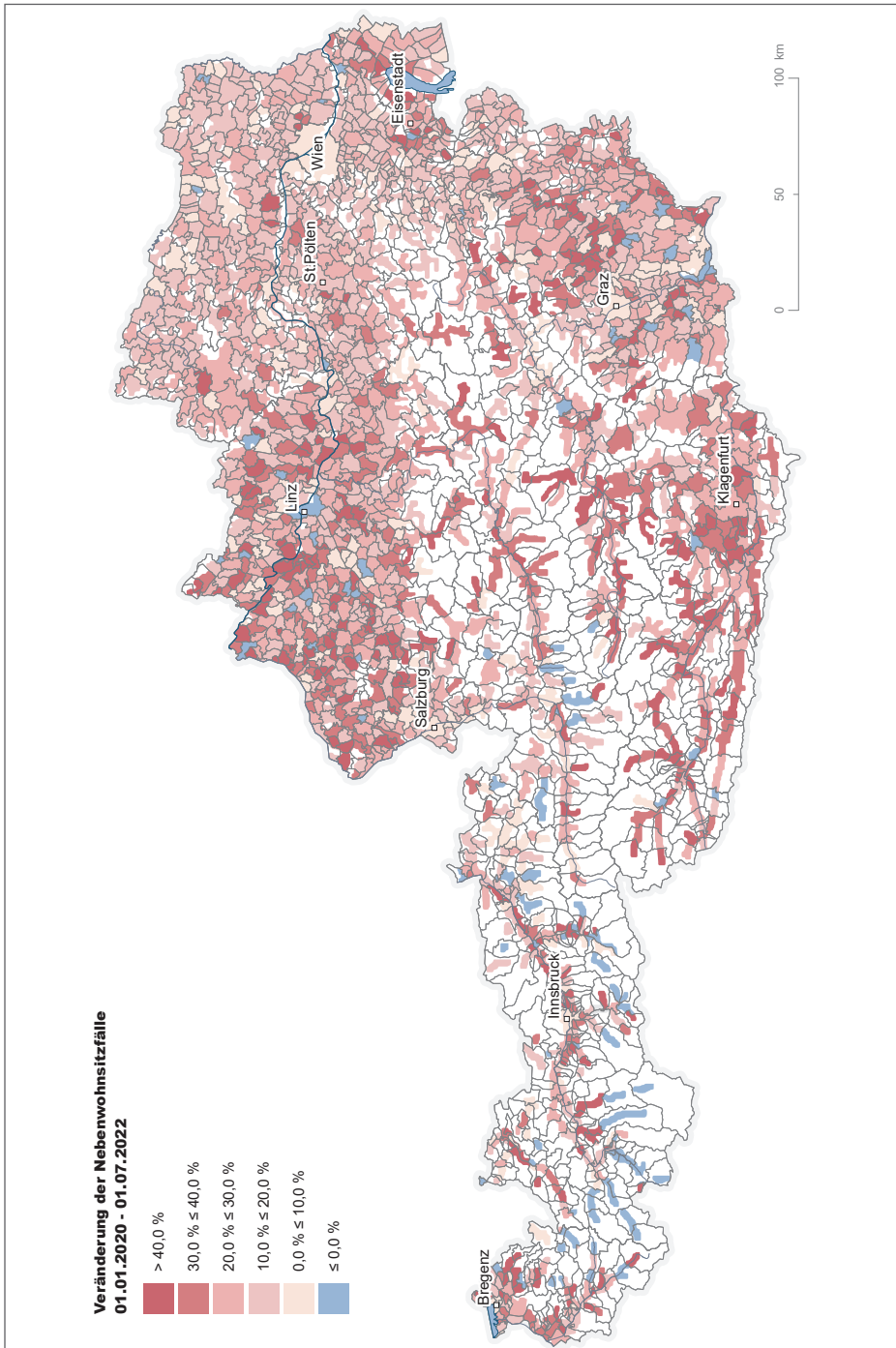
Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes. Eigener Entwurf

Abb. 23: Entwicklung der Nebenwohnsitzfälle in Österreich von Anfang 2017 bis Mitte 2022, differenziert nach der Urban-Rural-Typologie (siehe Kapitel 2) und nach Tourismusgemeinden

geprägten Kommunen des ländlichen Raums zu einem deutlichen Rückgang der Nebenwohnsitze führte. Obwohl bereits im zweiten Halbjahr 2020 wieder ein Zuwachs bei den Nebenwohnsitzmeldungen in den Tourismusgemeinden des ländlichen Raums einsetzte, dauerte es bis zum Beginn des zweiten Quartals 2021, ehe das Ausgangsniveau an Nebenwohnsitzen wie vor dem Beginn der Corona-Pandemie erreicht werden konnte.

Während sich österreichweit die Zuwächse an Nebenwohnsitzen im zweiten Halbjahr 2021 allmählich abgeschwächt haben, kam es in den touristisch bedeutsamen Kommunen des ländlichen Raums vor allem im vierten Quartal 2021 wieder zu besonders zahlreichen Neuanmeldungen von Nebenwohnsitzen, sodass dieser Gemeindetyp zu Jahresbeginn 2022 um rund 24 Prozent mehr Nebenwohnsitze verzeichnete als fünf Jahre zuvor am 1. Jänner 2017. Für diese Entwicklung dürfte letztlich eine Kombination von während der Pandemiezeit neu angemeldeten Freizeitwohnsitzen der österreichischen Bevölkerung zusammen mit der Rückkehr zahlreicher Saisonarbeitskräfte in die Tourismusbetriebe während der Wintersaison 2021/22 verantwortlich sein.

Vergleicht man die Veränderung der Nebenwohnsitzmeldungen in den dargestellten zweieinhalb Jahren der Pandemie auf lokaler Ebene (Abb. 24), so zeigt sich, dass vor



Datenquelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes. Eigener Entwurf

Abb. 24: Veränderung der Nebenwohnsitzfälle in Österreich vom 1. Jänner 2020 bis 1. Juli 2022, differenziert nach Gemeinden

allem in den großen Wintersportorten Westösterreichs, wie beispielsweise jenen in der Arlberg-Region, im Paznauntal, im Oberen Gericht, im Pitztal, Ötztal oder Stubaital sowie in den Gemeinden Saalbach-Hinterglemm, Flachau, Großarl oder Kleinarl die Zahl der gemeldeten Nebenwohnsitze zurückgegangen ist. Am deutlichsten fiel der Rückgang in den beiden Gemeinden Untertauern (-70 Prozent) und Tweng (-63 Prozent) rund um das Salzburger Skigebiet Obertauern aus. Aber auch in den drei Tiroler Gemeinden Ischgl (-61 Prozent), Sölden (-56 Prozent) und Flirsch (-53 Prozent) hat sich die Anzahl der Nebenwohnsitze zwischen 1. Jänner 2020 und 1. Juli 2022 mehr als halbiert.

Besonders deutliche zugenommen hat die Zahl der Nebenwohnsitzmeldungen in weiten Teilen Kärntens und Osttirols, im Salzkammergut, dem oberen Murtal und dem Mariazellerland sowie in der Region um den Neusiedler See. Auch in einigen Gemeinden des Südburgenlands sowie des Mühl- und Innviertels in Oberösterreich gab es ähnlich starke Zuwächse, ebenso rund um den Achensee sowie in einigen Kommunen des Tiroler Inntals und Lechtals sowie des Bregenzerwaldes in Vorarlberg. Am stärksten stieg die Zahl der Nebenwohnsitze zwischen 1. Jänner 2020 und 1. Juli 2022 in Breitenwang im Außerfern (+178 Prozent) sowie in Stadl-Predlitz im oberen Murtal (+153 Prozent, aber auch in Oberhofen am Irrsee (+134 Prozent) oder in Oggau am Neusiedler See (+123 Prozent) nahm die Zahl der Nebenwohnsitze in den betrachteten zweieinhalb Jahren der Pandemie um mehr als das Doppelte zu. In Kärnten verzeichnete die Gemeinde Feld am See mit +93 Prozent beinahe eine Verdoppelung der Nebenwohnsitzmeldungen.

Vergleichsweise geringe Zuwächse an Nebenwohnsitzen verzeichneten hingegen die großen Städte mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 100.000 Menschen: In Wien gab es per 1. Juli 2022 nur um 6 Prozent mehr Nebenwohnsitzmeldungen als am 1. Jänner 2020, in Innsbruck waren es 5 Prozent mehr und in Salzburg und Graz jeweils 2 Prozent mehr. Linz verzeichnete als einzige Landeshauptstadt sogar einen leichten Rückgang im Ausmaß von -2 Prozent. Lediglich Klagenfurt konnte – vermutlich aufgrund der für Freizeitwohnsitze attraktiven Lage am Wörthersee – als einzige dieser Städte einen mit +23 Prozent nennenswerten Zuwachs an Nebenwohnsitzen registrieren.

10 Fazit

Die COVID-19 Pandemie veränderte nicht nur den Alltag der Menschen, sondern auch die Demographie Österreichs. Daten etwa über Sterbefälle, Geburten, Zu- und Abwanderungen oder Eheschließungen sind Zeugnis der Unsicherheiten dieser Zeit. Insbesondere die Phase des ersten Lockdowns hat in fast allen demographischen Bereichen deutliche Spuren hinterlassen. Die Mortalität stieg, insbesondere zu den Höhepunkten verschiedener „Corona-Wellen“, aber sie blieb auch zwischenzeitlich auf erhöhtem Niveau. Entsprechend verringerte sich die bisher stetig steigende Lebenserwartung zwischen 2019 und 2020 um etwa ein halbes Jahr. Die Zahl der während der Pandemie gezeugten Babys gibt im Zeitverlauf Hinweise auf Unsicherheiten während Lockdowns, aber auch hinsichtlich Verunsicherungen, die in Bezug auf die Wirkung von Impfungen erzeugt wurden. Corona-Maßnahmen, wie das Verbot von größeren Zusammenkünften und die Schließung der Gastronomie, dürften dazu geführt haben, dass Hochzeiten verschoben wurden. Ebenfalls

sank die Zahl der Scheidungen insbesondere während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Die internationale Migration ging deutlich zurück, was nicht verwunderlich ist, waren doch Grenzen zeitweise ganz gesperrt oder nur mit Impf- bzw. Genesungszertifikaten passierbar. Dies hatte auch Auswirkungen auf Personen, die um Asyl ansuchen wollten, denn im ersten Lockdown, der zeitgleich in vielen Staaten entlang der für Österreich relevanten Fluchtrouten verhängt wurde, waren Grenzen nur schwer passierbar. Die Entwicklung der Binnenwanderungen sowie der Meldungen von Nebenwohnsitzen lässt die Interpretation eines Bedürfnisses, weniger auf beengten Wohnraum angewiesen zu sein, zu. Es lässt sich also festhalten, dass die COVID-19-Pandemie die demographischen Trends in Österreich verändert hat.

Auch wenn mittlerweile in vielen Lebensbereichen nur geringe oder gar keine Einschränkungen mehr bestehen, ist die Pandemie nach wie vor nicht überwunden. Zwar lassen zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags, im Spätherbst 2022, eine gewisse Stabilisierung der Infektionszahlen und ein Einpendeln der wöchentlichen Sterbefälle auf zwar leicht erhöhtem, aber relativ konstantem Niveau eine gewisse Entspannung gegenüber dem Herbst der beiden vorangegangenen Jahre erkennen, aber auch wenn es aus heutiger Sicht unrealistisch scheint, kann das Aufkommen neuer, noch infektiöserer und/oder potenziell gefährlicherer Virusvarianten – wie die Vergangenheit gezeigt hat – wieder eine temporäre Rückkehr von einzelnen Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens erforderlich machen.

Die vorliegenden Analysen des vorhandenen Datenmaterials bieten Aufschluss über die durch die COVID-19 Pandemie verursachten Auswirkungen auf die demographische Struktur und Entwicklung der österreichischen Bevölkerung. Limitationen bestehen insofern, als kein Anspruch erhoben werden kann, tatsächliche Beweggründe der Menschen über ihr Verhalten identifiziert zu haben. Auf Basis des verfügbaren statistischen Datenmaterials geht letztlich nicht hervor, warum sich Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt für oder gegen ein Baby, eine Hochzeit oder einen Wohnsitzwechsel entschieden haben.

Trotz solcher Einschränkungen ermöglicht der vorliegende Beitrag aber eine gewisse Orientierung für den Fall, dass in Zukunft abermals vergleichbare Maßnahmen erforderlich werden, da wohl zu befürchten ist, dass dies nicht die letzte Pandemie gewesen sein wird. Daher ist es sinnvoll und notwendig, aus der aktuellen Lage zu lernen und vorhandene Informationen aufzuarbeiten, um im nächsten Krisenfall eine bessere Datengrundlage zur Hand zu haben.

Der Analysezeitraum von rund zwei bis zweieinhalb Jahren nach Beginn der Pandemie ist für die meisten Themenbereiche ausreichend gewählt, um die demographischen Auswirkungen von COVID-19 abzubilden. Insbesondere auf das Heirats- und Scheidungsverhalten sowie das Umzugsverhalten der Bevölkerung scheint die Pandemie im Jahr 2022 keine allzu große Auswirkung mehr zu haben. Ähnliches ist auch in Hinblick auf die Fertilität zu erwarten, wobei sich hier konkrete Trends naturgemäß erst mit einer Zeitverzögerung von rund neun Monaten aus den Statistiken ablesen lassen. Durch das Auftreten weiterer krisenhafter Ereignisse im Jahr 2022, wie dem Ukraine-Krieg, der Energiekrise und der Rekord-Inflation, um nur einige Schlagworte zu nennen, ist es darüber hinaus auch zunehmend schwierig, auffällige Entwicklungen in bestimmten demographischen Bereichen (z. B. bei Migrationsbewegungen) auf einen einzelnen konkreten Einflussfaktor zurückzuführen.

Der einzige demographische Themenbereich, bei dem der vorliegende Beitrag mit Sicherheit noch keine abschließende Einordnung der COVID-19-Pandemie ermöglicht, ist jener der Mortalität. Hier lässt der knapp zweieinhalbjährige Analysezeitraum nur einen Überblick über die eher kurzfristigen Effekte der Pandemie zu. Insbesondere in Hinblick auf mögliche Langzeitfolgen von Infektionen mit dem Coronavirus, die vielfach als „Long-COVID“ oder „Post-COVID“ bezeichnet werden, scheinen noch sehr viele Fragen offen zu sein (vgl. ROSNER 2022b). Inwiefern sich Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus auch noch Monate oder gar Jahre nach überstandener Infektion auf gesundheitliche Beeinträchtigungen und in weiterer Folge auf die Sterbewahrscheinlichkeit auswirken, scheint aus heutiger Sicht eine der spannendsten Fragestellungen für zukünftige bevölkerungsstatistische Analysen zu sein.

11 Literaturverzeichnis

- AL-SERORI L. (2020): Ischgl und das Coronavirus. Chronologie des Versagens. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgaben vom 20. März 2020. – <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-ischgl-tirol-chronologie-1.4848484> (abgerufen am 25.11.2022).
- BÄHR J. (2004): Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. 4., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Stuttgart: Ulmer (= UTB, Uni-Taschenbuch, 1249).
- DE GEYTER C., MASCIOCCHI M., GOBRECHT-KELLER U. (2022): Excess Mortality Caused by the COVID-19 Pandemic Negatively Impacts Birth Numbers in European Countries. In: Human Reproduction, 37 (4), S. 822–827. – <https://doi.org/10.1093/humrep/deac031>.
- Die Presse (2021): Lockdowns, Lockerungen, Verschärfungen: Eine Chronologie der Pandemie. – In: Die Presse, Ausgabe vom 18. November 2021. – <https://www.diepresse.com/6062811/lockdowns-lockerungen-verschaerfungen-eine-chronologie-der-pandemie> (abgerufen am 15.12.2022).
- ENGELHARDT H. (2011): Einführung in die Bevölkerungswissenschaft und Demographie. Würzburg: Ergon Verlag (= Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, herausgegeben durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 42).
- FALLESEN P. (2021): Decline in Rate of Divorce and Separation Filings in Denmark in 2020 Compared with Previous Years. In: Socius: Sociological Research for a Dynamic World, 7, online. – <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/23780231211009991>.
- GONZÁLEZ-LEONARDO M., ROWE F., FRESOLONE-CAPARRÓS A. (2022): Rural Revival? The Rise in Internal Migration to Rural Areas during the COVID-19 Pandemic. Who Moved and Where? In: Journal of Rural Studies, 96, S. 332–342.
- HANIKA A. (2020): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer 2019 bis 2080 (2100). Prognosegeneration 2019. In: Statistische Nachrichten, 75 (1/2020), S. 13–38. Institute of Labor Economics (IZA) (2020): COVID-19 Crisis Report Monitoring. Bonn: IZA. – <https://covid-19.iza.org/crisis-monitor/> (abgerufen am 24.11.2022).
- Kleine Zeitung (2021): Chronologie der Pandemie. In: Kleine Zeitung, Ausgabe vom 5. November 2021. – https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6056751/Lockdowns-und-Lockerungen_Chronologie-der-Pandemie (abgerufen am 25.11.2022).
- KLOTZ J., WISBAUER A. (2017): Zum Anstieg der Mortalität im Jahr 2015. In: Statistische Nachrichten, 72 (9/2017), S. 740–742.

- KRUCKENHAUSER P. (2021): Faktencheck: Macht die Covid-Impfung Frauen unfruchtbar? In: Der Standard, Ausgabe vom 8. August 2021. – <https://www.derstandard.at/story/2000128746460/faktencheck-macht-die-covid-impfung-frauen-unfruchtbar> (abgerufen am 18.11.2022).
- Kurier (2020): Chronologie: Was die Schüler ab dem ersten Fall alles erlebten. In: Kurier, Ausgabe vom 19. Dezember 2020. – <https://kurier.at/wissen/wissenschaft/chronologie-timeline-bildung-in-oesterreich-was-die-schueler-ab-dem-ersten-fall-alles-erlebten/401135031> (abgerufen am 15.12.2022).
- MANNING W. D., PAYNE K. (2021): Marriage and Divorce Decline during the COVID-19 Pandemic: A Case Study of Five States. In: Socius: Sociological Research for a Dynamic World, 7, online. – <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/23780231211006976> (abgerufen am 02.02.2023).
- ROSNER S. (2022a): Corona-Pandemie: Sie befinden sich hier! Die Pandemie ist nicht vorbei, aber anders: Welche Risiken haben sich gelöst, geändert? Eine Standort-Bestimmung. In: Wiener Zeitung, Ausgabe vom 16.10.2022. – <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2165032-Corona-Pandemie-Sie-befinden-sich-hier.html> (abgerufen am 26.11.2022).
- ROSNER S. (2022b): Long-Covid, die unbekannte Bedrohung. Langzeitfolgen sind auch ein gesellschaftliches Risiko. Wie groß ist es? Eine Annäherung. In: Wiener Zeitung, Ausgabe vom 02.10.2022. – <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2163440-Long-Covid-die-unbekannte-Bedrohung.html> (abgerufen am 14.12.2022).
- SCHULZ W. H., JOISTEN N., EDYE C. F. (Hrsg.) (2021): Mobilität nach COVID-19. Grenzen – Möglichkeiten – Chancen. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Statistik Austria (2021): Urban-Rural-Typologie. Stand 2021. Methodik. Wien: Statistik Austria. – <https://www.statistik.at/fileadmin/pages/453/urbanRuralTypologie.pdf> (abgerufen am 29.11.2022).
- Statistik Austria (2022a): Standard-Dokumentation. Metainformation (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Statistik der Standesfälle. Bearbeitungsstand 30.09.2022. Wien: Statistik Austria. – https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/B_2/std_b_standesfaelle.pdf (abgerufen am 14.12.2022).
- Statistik Austria (2022b): Standard-Dokumentation. Metainformation (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Statistik der Ehescheidungen und der Auflösungen eingetragener Partner:innenschaften. Bearbeitungsstand 30.09.2022. Wien: Statistik Austria. – https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/B_1/std_b_ehescheidungen_ap.pdf (abgerufen am 14.12.2022).
- Statistik Austria (2023a): Standard-Dokumentation. Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur quartalsweisen Statistik des Bevölkerungsstandes. Bearbeitungsstand 01.02.2023. Wien: Statistik Austria. – https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/B_1/std_b_bevoelkerungsstand.pdf.
- Statistik Austria (2023b): Standard-Dokumentation. Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Wanderungsstatistik. Bearbeitungsstand 02.02.2023. Wien: Statistik Austria. – https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/B_2/std_b_wanderungsstatistik.pdf.
- Statistik Austria, Medizinische Universität Wien (2021): COVID-19 Prävalenz November 2020. Ergebnisbericht. Wien: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.
- Statistik Austria, Medizinische Universität Wien (2022): Schätzung der COVID-19-Seroprävalenz von nicht geimpften und nicht behördlich als genesen bekannten Personen. Methodenbericht. Februar 2022. Wien: Statistik Austria. – https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1694/Methodenbericht_Seropraevalenz_Dezember_2021.pdf (abgerufen am 12.12.2022).

- STRAUB D. (2020): Über 100 Coronavirus-Tote an einem Tag in der Lombardei. In: Der Standard, Ausgabe vom 8. März 2020. Wien. – <https://www.derstandard.at/story/2000115483694/fast-ganz-norditalien-wird-zur-coronavirus-sperrzone> (abgerufen am 24.11.2022).
- WAGNER B. G., CHOI K. H., COHEN P. N. (2021): Decline in Marriage Associated with the COVID-19 Pandemic in the United States. In: Socius: Sociological Research for a Dynamic World, 6, online. – <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/2378023120980328> (abgerufen am 02.02.2023).
- Wiener Zeitung (2022): Zwei Jahre Corona: Über zwei Drittel mit Regierungsarbeit unzufrieden. Von Lockdowns und Lockerungen – Eine Corona-Chronologie. – In: Wiener Zeitung, Ausgabe vom 13. Februar 2022. Wien. – <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oessterreich/2137574-Zwei-Jahre-Corona-Ueber-zwei-Drittel-mit-Regierungsarbeit-unzufrieden.html> (abgerufen am 15.12.2022).
- WISBAUER A., KAUSL A., MARIK-LEBECK S., VENNINGEN-FRÖHLICH H. (2013): Multilokalität in Österreich: Regionale und soziodemographische Struktur der Bevölkerung mit mehreren Wohnsitzen. In: WEICHHART P., RUMPOLT P. A. (Hrsg.): Mobil und doppelt sesshaft. Studien zur residenziellen Multilokalität. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien (= Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung, 18).
- WISBAUER A., KLOTZ J. (2019): Demographische Strukturen und Trends nach Urban-Rural-Typologie. In: Statistische Nachrichten, 74 (2/2019), S. 108–119.
- WISBAUER A., SCHUSTER J. (2021). Demographische Strukturen und Trends 2020. In: Statistische Nachrichten, 76 (10/2021), S. 764–784.
- YILDIRIM S., BOSTANCI S. H., YILDIRIM D. Ç., ERDOĞAN F. (2021): Rethinking Mobility of International University Students during COVID-19 Pandemic. In: Higher Education Evaluation and Development, 15 (2), S 98–113. – <https://doi.org/10.1108/HEED-01-2021-0014>.
- Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) (2022): Klimamonitoring. Wien: ZAMG. – <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/klima-aktuell/klimamonitoring/?param=t&period=period-ymd-2022-07-18&ref=4> (abgerufen am 28.11.2022).